Klassenkampf

Kommunistisches Organ
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, GmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 43 Fritz Koch, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Freitag, den 5. März 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 54

Gegenaktion der Fürstenknechte

Darum erst recht: Einzeichnen für das Volksbegehren, Niederschlagen aller Sabotageversuche!

Berlin, 4. März.

Es haben **Bayrische Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale Volkspartei**, der **Deutsche Offiziersbund** und andere reaktionäre Verbände Aufrufe erlassen **gegen den Volksentscheid**. Der Landesverband Potsdam der Deutschnationalen Volkspartei beauftragt in einem Aufruf die Parteiglieder, an den Einzeichnungsstellen während der Einzeichnungsstunden **Auskunftspersonen** aufzustellen, die „etwa Unwissende oder Unsicherige über den wahren Zweck des Volksbegehrens aufzuklären vermögen". Der Leiter des Berliner Hauptwahlamts, Stadtrat Dr. Richter, hat gegen den Anweisungen des Reichsinnenministers verfügt, daß allgemeine Auskünfte über den Fortgang der Einzeichnungen nicht gegeben werden dürfen.

Die **demokratischen Organisationen** treten mehr und mehr für den Volksentscheid ein. Nachdem der **Landesparteitag der demokratischen Partei** sich für **das Volksbegehren** erklärt hatte, nahm gestern eine Versammlung des demokratischen Bezirksvereins Wilmersdorf-Nord-Mitte eine Entschließung an, die Parteimitglieder auffordert, sich unbeschadet aller weiteren Verhandlungen in die jetzt ausliegenden Listen für das Volksbegehren einzuzeichnen. Die „Vossische Zeitung" wagt es nicht mehr, für das Kompromiß Stellung zu nehmen, jammert aber über die Aufrufe der bürgerlichen Parteien, die nur dazu angetan seien, die klare Scheidung von Rechtsgesinnten und Fürstengegnern immer mehr hervorzurufen. Sie versucht, die demokratischen Mitglieder und Anhänger zu vertrösten **mit den Verbesserungsverhandlungen**, die noch stattfinden sollen.

*

Der Feldzug der Fürstenlakaien hat mit aller Kraft eingesetzt. Wenn das Zentrum bereits vor einigen Tagen einen Aufruf gegen das Volksbegehren erlassen hatte, sind die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Bayrische Volkspartei gefolgt. Der Inhalt ihrer Aufrufe ist auf „Raub" und „Diebstahl" abgestimmt. **Beschimpfung von Verleumdungen und Entstellungen** ergießt sich gegen diejenigen, die den Antrag auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten gestellt haben. Bezeichnend an diesen Aufrufen ist, daß festgestellt wird, daß die Kommunisten in dieser Fürstenenteignungsfrage führend vorangegangen sind. Das Geklärt und das Geschrei dieser Parteien gegen das Volksbegehren und gegen den Volksentscheid zeigt **die schlotternde Angst**, die sie vor der entschädigungslosen Enteignung der Fürsten haben, weil sie wissen, daß dieser Antrag ein Mittel ist, um **weite Kreise der Bevölkerung, die unter dem Einfluß der Rechtsparteien standen, loszulösen und sie unter Einfluß der Arbeiterschaft zu bringen.** Die Rechtsparteien sehen ihre Felle fortschwimmen, darum ist ihnen kein Mittel der verlogensten Demagogie gut genug.

Aber trotz dieser Unsicherheit, die die Rechtsparteien dadurch verspüren, daß sie ihrer Wähler und Mitglieder nicht sicher sind, haben die Rechtsparteien durch ihre organisatorischen Machtmittel ein Mittel in der Hand, das sie mit aller Macht gegen das Volksbegehren und gegen den Volksentscheid aussprechen werden. **Mehr als 90 Prozent der gesamten Presse steht im Dienst der Fürstenlakaien.** Aber indem diese Presse gegen das Volksbegehren und gegen den Volksentscheid tobt, und dadurch den Drei-Milliarden-Raub der Fürsten sichern will, schneidet sie sich selbst ins Fleisch bei allen denen, die am eigenen Leib erfahren haben, was eine Enteignung ist, und die trotz alles Geschreis fest bleiben, daß das, was man ihnen zugefügt hat, in genau derselben Weise denen gegenüber zu geschehen hat, die als fürstliche Potentaten im Jahre 1918 ins Ausland ausgerissen sind.

Noch ein anderes Bollwerk als die Presse steht den Fürstenlakaien zur Verfügung. **Mindestens 80 Prozent der gesamten Staatsapparates organisiert bald offen, bald versteckt die Sabotage gegen das Volksbegehren.** Alle Sabotageakte, die wir heute sehen, sind gewachsen auf dem Humus all der Unterlassungssünden, die in sonderheit von der SPD. begangen worden sind.

Und wenn heute die Empörung der gesamten arbeitenden Bevölkerung sich auf das schärfste **gegen die gesamte amtliche Sabotage** des Volksbegehrens richtet, so muß es allen Werktätigen immer und immer wieder eingehämmert werden: Merkt Euch diese Tatsachen, kämpft gegen sie, aber vergeßt vor allen Dingen nicht, **ihre Ursachen zu beseitigen.** Die Beseitigung dieser Ursachen aber bedeutet, endlich **reinen Tisch zu machen mit der Reaktion im Staatsapparat.**

Auf zum Roten Tag in Teutschenthal!

Sonntag Kundgebung des Bezirks zu Ehren der Märzgefallenen

Wandern in das Gebiet des schwarzweißroten Großagrariers Wentzel! Laßt die roten Banner zu Ehren unserer Märzgefallenen, unserer gemeuchelten Brüder wehen! So lautet die Losung der Kommunistischen Partei, des **Roten Frontkämpfer-Bundes Mittelmansfelder** am Sonntag, dem 7. März.

Das Gebiet von Teutschenthal war einer der schwärzesten Winkel Mitteldeutschlands. Dort herrschten unbeschränkt die Kohlenbarone, die Großagrarier vom Schlage der Wentzel und Konsorten. Das Jahr 1919 erst brachte eine feste Arbeiterbewegung. Die Arbeiterschaft erwachte und organisierte sich. Unter Anspannung aller Kräfte wurde politische Aufklärung in diesen Mansfelder Gebieten getragen. Im Jahre 1920, als die Reaktion, großgeäppelt durch SPD.-Führern, frech ihr Haupt erhob, da standen die Arbeiter des Teutschenthaler Gebietes wie eine Mauer. Die Kampfbataillone bildeten sich und die Mansfelder bestanden im offenen Straßenkampf ihre Feuerprobe erfolgreich. Die Söldner der Revolutionäre Wentzels wurden niedergerungen. Leider hatten wir einige unserer Besten verloren. **Fritz Henze** fiel in diesem Kampf des Jahres 1920 bei Halle. Märzkämpfer, Helden der Revolution, liegen auf dem stillen Friedhof bei Teutschenthal. Die Arbeiterschaft, wachgerüttelt durch die Provokationen der Reaktionäre, schloß sich nur noch fester zusammen. Mächtig wuchsen die Organisationen.

Kommt der März — 1921. Diesmal war der Provokateur der Sozialdemokrat Hörsing, der im Auftrag der Bourgeoisie die mitteldeutsche Arbeiterschaft niederschlug. Erbitterte Kämpfe spielten sich ab. Die Uebermacht der Polizei war zu groß, die Arbeiter mußten weichen. Nicht nur Arbeiterblut floß auf den Halden Mansfelds, Hunderte Tausende der besten revolutionären Kämpfer wurden auf dem hinter Kerkermauern verbannt. Die Bourgeoisie, an der Spitze die Industriebarone und Gutsbesitzer, triumphierte. Die Organisationen der Arbeiterschaft waren vorläufig zerschlagen. Es als je zuvor organisierten die Beauftragten der Wentzel & Konsorten Garden in Gestalt von Stahlhelm, Wehrwolf usw. Hinter wurden die Landarbeiter in diese Organisationen hineingetrieben. Gewissenlose Subjekte, Verbrecher, die aus Ostpreußen flüchteten als Flurhüter herangeholt wurden, waren die Werkzeuge der Drahtzieher. Teutschenthal wurde unsicher gemacht. Nicht einmal Mordmord schreckte diese Gesellschaft zurück. Das beweist die Ermordung unserer Genossen Karl John und Willi Heise im März des Jahres 1924. Diese beiden Genossen waren bei den Kapp-Putsch sowohl wie in der Märzaktion in den vordersten Reihen Seite an Seite mit der übrigen Arbeiterschaft. Sie wurden das Opfer von aus dem Hinterhalt abgegebenen Schüssen. Der Genosse Schmidt aus Langenbogen, das im Gebiet Teutschenthal liegt, wurde das Opfer eines gemeinen Meuchelmordes. Paul Schmidt, der als Funktionär der KPD. des öfteren seine Zuverlässigkeit auch im Kampf bewiesen, wurde in mitternächtlicher Stunde am 29. November 1924 von einem ostpreußischen Feldhüter, der im Dienste des Großagrariers Wentzel stand, heimtückisch gemeuchelt.

So hat das revolutionäre Proletariat des Gebietes Teutschenthal große Opfer für seine Ueberzeugung im Befreiungskampf des Proletariats gebracht. Dieser Opfer gilt es am 7. März nicht nur zu gedenken, sondern ihnen gilt es nachzueifern.

Heute, nach 5 Jahren der Märzaktion, nach Jahren schwärzester Reaktion, hat sich die Arbeiterschaft des Teutschenthaler Gebietes wieder zusammengefunden. An Erfahrungen im revolutionären Kampf reich, haben sie festgefügte Organisationen aufgebaut. Die Reihen des noch vor einem Jahre frechen Gegners kranken an der Zersetzung. Die Drahtzieher des Stahlhelms und der anderen Zemeorganisationen sind nicht imstande, ihren Verfall aufzuhalten. Erfreulicherweise hat auch heute die übergroße Anzahl der Landarbeiter begriffen, daß sie in die Reihen der organisierten Arbeiterschaft gehören.

Am Sonntag, 5 Jahre nach der Märzaktion, werden die Straßen Teutschenthals widerhallen vom Tritt der roten Bataillone. Wir werden unsere im Kampf gefallenen revolutionären Kämpfer dadurch ehren, indem wir den Schwur ablegen, nicht zu ruhen und zu rasten, bis daß wir, wie im Jahre 1921 vor den Märzgefallenen, festgefügte, starke Organisation haben, die in den sich anbahnenden Auseinandersetzungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat wie ehedem ihren Mann stehen wird.

Genossen! Kameraden! Wir sind es unseren gefallenen Kämpfern schuldig, unablässig tätig zu sein, bis über Mansfeld die **rote Flagge des siegreichen Proletariats weht!**

Alle Klub- und Vereinslokale
in denen Arbeiterorganisationen verkehren, müssen unsere Plakate im Fenster aushängen. Bringt Transparente an:
„Keinen Pfennig den Fürsten!"

Logik, Logik, Herr Reichstagspräsident!

Halle, den 5. März.

Daß im 8. Jahre der Republik, nachdem bereits die Fürsten seit 1918 unzählige Millionen von verschiedenen deutschen Regierungen erhalten, aber dem Volke gehörende Vermögensteile ins Ausland verschoben haben, die deutsche Arbeiterklasse sich beschäftigen muß mit der Frage der Fürstenenteignung, daß überhaupt die Enteignung der Fürsten noch eine **Frage** ist, darin liegt eingeschlossen **die ganze Schmach und Schande dieser kapitalistischen Republik.** Wer heute zu den Massen über die schamlosen Forderungen der Fürsten spricht, der hat vor allen Dingen, will er nicht den Vorwurf eines seichten Kannegießers auf sich nehmen, **die politische Konsequenz des fürstlichen Raubzuges am deutschen Volke aufzeigen** mit der positiven Zielrichtung, das deutsche Proletariat zu mobilisieren über die ganz selbstverständliche Fürstenenteignung hinaus zum Kampf um die proletarischen Interessen. Denn das ist doch wohl eine Binsenwahrheit, daß solange die Fürsteninteressen in Deutschland genügend mächtige Anwälte finden werden, solange das Wesen dieser Republik eine absolut kapitalistische, monarchistische, arbeiterfeindliche bleibt.

Paul Loebe, der gestern in Halle in zwei Versammlungen sprach, hat diesen Gedanken nicht im entferntesten auch nur auszusprechen gewagt. Er beschränkte sich darauf, billigen Triumph zu ernten dadurch, daß er wohl **einkubierte Skandalstückchen von deutschen Fürstenhäusern** preisgab. Wer amüsiert sich wohl nicht, wenn er hört, daß eine Komtessa de Ratzenau für ihre Liebeserweisungen irgendeinem Großherzog von Mecklenburg gegenüber heute noch Millionen vom deutschen Volke verlangt! Wer ist wohl nicht empört darüber, wenn er hört, wie die hessischen Fürsten ihre Landeskinder an die Engländer verkauft haben, um sie so schnell wie möglich in den amerikanischen Freiheitskriegen hingemordet zu sehen, denn für jedes tote deutsche Landeskind gab es noch einmal eine erkleckliche Summe Geldes für den gemütsvollen Landesvater! Wer könnte wohl ruhig bleiben bei dem Gedanken, daß deutsche Richter dem Großfürsten Michael Millionen zugesprochen haben, obgleich er offen Landesverrat geübt hat, indem er während des Krieges auf Seiten des zaristischen Rußlands als Artillerie-General gegen Deutschland gekämpft hat! Oder wer empfindet nicht die ganze Schamlosigkeit der Fürstenforderungen, wenn er hören muß, wie irgendeine Prinzessin Danilo von Montenegro oder irgendwelche englische Prinzen und Prinzessinnen ihre unverschämten Anforderungen an das deutsche Volk stellen!

Der Schreiber dieser Zeilen hat Herrn Loebe in beiden Versammlungen sprechen hören. Es ist ihm dabei aufgefallen, daß Paul Loebe in beiden Versammlungen vollkommen wortgetreu seine wohlberechneten, auf den Lacherfolg spekulierenden Mätchen vorgebracht hat. Man hatte von vornherein das Gefühl, daß die Pointen vorher wohl einstudiert waren, und daß im Grunde genommen Herr Loebe von einer tiefaufwühlenden Erregung gegen die Fürsten und die Fürstenknechte und einer Begeisterung für die Volksbewegung der Fürstenenteignung völlig unberührt war.

Aber warum mußte Herr Loebe mit diesem geschickten Versammlungstricks operieren? **Warum durfte er sich nicht auf das eigentlich politische Gebiet hinauswagen?** Weil er dann seiner eigenen Politik und der seiner Partei, wollte er ehrlich sein, einen vernichtenden Schlag hätte zufügen müssen.

Wir meinen nicht einmal den Skandal jener Millionenabfindungen und Entschädigungen, die von Sozialdemokraten in den Ministerien an die fürstlichen Räuber bis heute gezahlt worden sind. Wir meinen auch nicht einmal jene zweifelhaften Gestalten in der SPD., wie den offenen Fürstenanwalt Heine, der gleich dem deutschnationalen Rechtsanwalt Everling nur deutschen Gerichten Fürstenansprüche begründet hat. Wir meinen vielmehr **die schwarzrotgoldene Koalition**, deren glühender Verehrer und Einpeitscher von jeher Herr Loebe gewesen ist.

War es nicht die Sozialdemokratie, und insbesondere Herr Loebe, die diese **schwarzrotgoldene Front von SPD., Demokraten und Zentrumsleuten** erstens als die wahre Hüterin und Schützerin der deutschen Republik den Arbeitern angepriesen und zweitens gleichzeitig die Kommunisten als die Todfeinde der Republik bezeichnet hat, weil sie diese für sozialdemokratische Arbeiter widernatürliche schwarzrotgoldene Koalition bekämpft haben? Und wie liegen die Dinge heute? Wer hat mit seiner politischen Einstellung gegenüber dem Zentrum und den Demokraten recht behalten? Herr Loebe oder die Kommunisten? Die Antwort kann sich jeder selbst geben, wenn wir die nackte Tatsache feststellen, daß heute kein Geringerer als der **sozialdemokratische Reichspräsidentschaftskandidat Dr. Marx als Reichsjustizminister die führende Persönlichkeit des monarchistischen Justizfeldzuges für die Fürsten ist**, während die Kommunisten die Haupttreiber und die treuesten Anhänger eines Volksentscheides sind und in einer Front mit den **sozialdemokratischen Arbeitern stehen.** Vor denkenden Arbeitern muß heute bereits jene sozialdemokratische Hetze, die Kommunisten wären die Steigbügelhalter der Reaktion, und die Lüge, die schwarzrotgoldene Front wäre die Hüterin der Republik, als absoluter Schwindel glatt zu Boden fallen.

In der Praxis ist **die Weimarer Koalition der schwarzrotgoldenen Parteien schon längst zum Teufel gegangen.** Nicht nur sind die schwarzen Hilfstruppen endgültig zur Fürstenarmee geworden, sondern selbst die Demokraten, wenigstens in ihrer offiziellen Führung, stehen nicht in der Volksfront für den Volksentscheid, sondern suchen Anschluß bei den offenen Fürstenknechten.

Hat Herr Loebe schon nicht gewagt, diese Tatsachen auch nur mitzuteilen, hat er nicht gewagt, offen zuzugeben, daß sein Ideal

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260305-11/fragment/page=0001

Schwarzwaldgeld zu Eßig geworden ist, und daß die Führerin der Volksbewegung für die Fürstenenteignung in Wirklichkeit die rote Arbeiterfront ist, so hat er sich erst recht dazu gehütet, irgendwelche politischen Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen.

Wie stellt sich denn Herr Loebe eigentlich die Durchführung eines gültigen Volksentscheides vor, wenn nach wie vor die monarchistische Luther-Regierung herrscht? Wird er wiederum dafür sein, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die jetzt bei dem zweiten Luther-Kabinett durch Stimmenthaltung Luther vor dem Sturz gerettet hat, Luthers weitere Existenzmöglichkeit gibt? In kurzer Zeit wird bereits im Reichstag die Gesamtabstimmung über den Luther-Etat stattfinden. Da wird es sich zeigen, inwieweit die Sozialdemokratie wirklich den ehrlichen Willen hat, die unbedingt notwendigen Vorbedingungen zur Durchführung eines gültigen Volksentscheides zu schaffen. Ermöglicht sie wiederum Luther das Weiterregieren, so weiß jeder denkende sozialdemokratische Arbeiter, daß hier ein politisches Falschspiel ersten Ranges getrieben wird, denn auf der einen Seite für die Fürstenenteignung sein und auf der anderen Seite dem Monarchisten Luther das Weiterregieren ermöglichen, das ist ein absoluter Widerspruch.

Wenn Herr Loebe wirklich die kampffähige Front für die Enteignung der Fürsten wollte, dann hätte er sich nicht beschränkt darauf, nur interessante Skandalstückchen vorzutragen, sondern er hätte seiner Freude Ausdruck geben müssen, daß endlich, zum erstenmal nach der Revolution, sich sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter zu einer ganz bestimmten Aktion mit einem ganz bestimmten Ziel zusammengefunden haben.

Daß die Arbeiterklasse endlich die Schmach der Fürstenabfindungen von der deutschen Republik durch die entschädigungslose Enteignung abwaschen muß, das ist einfach selbstverständlich. Aber ehrliche Klassenpolitik fordert, daß man gleichzeitig den Weg über diesen Volksentscheid hinaus aufzeigt, den das deutsche Proletariat gehen muß. Wer es ehrlich mit dem deutschen Proletariat meint, der kann heute in diesem Augenblick des Volksbegehrens und des bevorstehenden Volksentscheides nur dafür eintreten, daß über die Aktionsgemeinschaft der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter für die Fürstenenteignung hinaus eine rote Klassenfront zustande kommt, die sich nicht mehr auseinanderreißen läßt, sondern den Kampf aufnimmt für alle proletarischen Interessen.

Der „Kronprinz" im Begriff, sein „Privateigentum" zu verschieben

Der Volksentscheid muß ihm die Suppe versalzen!

Die „Welt am Abend" vom 5. März berichtet:

Wie wir soeben aus absolut zuverlässiger Quelle erfahren, treffen sowohl die Hohenzollern wie die anderen Fürsten, über deren Ansprüche das Volk begonnen hat zu entscheiden, die verschiedensten Maßnahmen, um noch vor der Entscheidung ihren beweglichen Besitz in Sicherheit zu bringen, soweit sie nicht schon vorher alles in das Ausland gebracht haben.

Der Kronprinz hat

im Speicher der Möbelspeditionsfirma Knauer („Hoflieferant"), Wilmersdorf, Platzburger Straße, sechzig Waggons unter Verschluß stehen,

die nur mit „Privateigentum" gefüllt sein sollen.

Es ist zweifellos, daß hier nur eine der vielen Stellen entdeckt worden ist, in denen die Hohenzollern das Eigentum des Staates „abtransportbereit" halten.

Fest steht jedoch, daß der Inhalt dieser 60 Waggons aus den verschiedensten Schlössern kommt, die durchaus nicht mehr Privateigentum, sondern Staatseigentum sind. Außer wertvollen Möbeln sollen kostbare Teppiche, Bilder und moderne Wertsachen darin enthalten sein, die zusammen ein enormes Wertobjekt bilden.

Sämtliche Waggons sind bereit zum Abtransport.

Es muß sofort eine Untersuchung eingeleitet werden, auf wessen Anweisung und durch welche Unterstützung es möglich gewesen ist, 60 Waggons unbewertet mit hohen Wertgegenständen aus den Schlössern zu füllen und nach Wilmersdorf zu bringen.

Die Einheitsfront für den Volksentscheid

Sie muß zusammenstehen auch über den Volksentscheid hinaus im Kampf um alle proletarischen Interessen!

Breslau, 4. März. Die Belegschaft der Bahnmeisterei Sosnitza nahm eine Entschließung an, die das gemeinsame Vorgehen der KPD. und SPD. in der Fürstenenteignungsfrage begrüßt und sie auffordert, darüber hinaus zusammenzugehen im Kampf zur Besserstellung der Lage des Proletariats.

•

Magdeburg, 4. März. Der Gautag des Zentralverbandes der Witwen und Invaliden Deutschlands, Gau Sachsen-Anhalt, der mit 175 Delegierten aus 240 Ortsgruppen beschickt war und 25 000 organisierte Sozialrentner vertrat, hat sich einstimmig gegen den Fürstenraub und für den Volksentscheid ausgesprochen.

•

Bremen, 3. März. Für die Unterstützung der Volksentscheidsaktion erklärten sich: Bezirkskonferenz des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung Bremen, die Gemeindevertretung in Rumunds und der Reichsverband ambulanter Händler, Ortsgruppe Bremen.

•

Chemnitz, 3. März. Am Sonntag wurde in Köthensdorf ein Ausschuß zur Durchführung des Volksentscheids gebildet. Dem Ausschuß gehören an: KPD., SPD., die KPD.- und SPD.-Gemeindefraktion, Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Rote Hilfe, Freie Turnerschaft.

Neue Provokation der Eisenbahner

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 5. März.

Die achte Zivilkammer des Landgerichts I Berlin fällte in der Anklage der Eisenbahnergewerkschaften gegen die Reichsbahngesellschaft, die sich auf die Zulässigkeit der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 22. September 1925 bezog, ein Urteil, das die Klage der Gewerkschaften kostenfällig abweist. Die Gewerkschaftsführer haben, um den Abwehrkampf der Eisenbahner zu organisieren, den Weg der Zivilklage beschritten und sich dabei dieser Niederlage von der Klassenjustiz geholt. Der „Vorwärts" schreibt zu diesem Urteil, daß es für die Eisenbahner in Zukunft nur eine Möglichkeit gibt, um sich auskömmliche Löhne und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, den Kampf. Das Urteil beweist in der Tat erneut: Entweder die Eisenbahner unterwerfen sich stumpf den Bedingungen der Scharfmacher, oder aber sie führen einen rücksichtslosen Kampf um ihre Existenzbedingungen. Einen dritten Ausweg läßt das Urteil der achten Zivilkammer nicht zu.

Verschleppung des Prozesses gegen den Oberlemmerder Schutz

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist die Hauptverhandlung gegen die Oberlemmerder Schutz und Kumpane vom 15. März auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Klassenjustiz setzt durch eine Verschleppung scheinbar die Methoden des Prozesses Pfennier fort.

Roter Tag in Teutschenthal!

Programm

Sonnabend, den 6. März:

Begrüßungsabend im „Bürgerhof" zu Teutschenthal. Mexikanische Genossen Maclowski, Halle. Aufführungen revolutionärer Theaterstücke vervollständigen den Abend.

Sonntag, den 7. März:

Vormittags 10 Uhr:	**Gedenkfeierstunde für den ermordeten Genossen Schmidt in Langenbogen. Gedenkrede Genosse Lademann.**
Vormittags 11 Uhr:	**Geschlossener Marsch nach Teutschenthal.**
Mittags 12 Uhr:	**Fahnenweihe in Teutschenthal.**
Nachmittags 1 Uhr:	**Gedenkfeier am Grabe der Märzgefallenen. Enthüllung des Gedenksteines. Redner: Genosse Lademann. Anschließend Demonstration in Eisdorf und Teutschenthal.**
Ab 7 Uhr abends:	**Konzert im „Bürgerhof" zu Teutschenthal.**

•

Die Genossen der KPD. und die Kameraden des RfB. werden aufgefordert, durch zahlreiches Erscheinen den roten Tag zu Teutschenthal zu einer Massenkundgebung auszugestalten.

Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg.
Gauleitung des RfB. Halle-Merseburg.

Verbrecher Jürgens soll freigelassen werden

Neue Prozesse gegen Kommunisten auf Grund seines Spitzelmaterials

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 5. März.

Wie wir hören, sind gewisse Behörden am Werk, Jürgens in den nächsten Tagen wieder auf freien Fuß zu setzen. Sie wollen eine öffentliche Verhandlung gegen den Justizverbrecher verhindern. Wenn sie den Fall überhaupt nicht unterdrücken können, werden sie ihn mindestens als eine Affäre la Bothmer abtun wollen, d. h. alles auf die Frau Jürgens abschieben. Ein unerhörter, fast unglaublicher Skandal ist es, daß am 9. März der Staatsgerichtshof einen neuen Kommunistenprozeß auf Grund des verlogenen Spitzelmaterials des Verbrechers Jürgens durchführen will. Angeklagt ist Genosse Heuck, der 22 Monate durch Jürgens Hilfe in Untersuchungshaft gehalten wurde.

Kleine Auslandsmeldungen

Der ungarische Ministerpräsident als Mitwisser der Frankenfälschungen entlarvt

(Eig. Drahtm.) **Budapest**, 4. März.

Markgraf Pallavicini, der am Dienstag eine aufsehenerregende Anklagerede gegen Bethlen hielt, veröffentlicht in der Budapester Abendpresse folgende Erklärung:

„Mit Bezug auf mein gestern in der Nationalversammlung gegebenes Versprechen wiederhole ich hier die gegen die Regierung erhobene Anklage. Ich behaupte, daß Ministerpräsident Graf Bethlen seit Monaten von den Vorbereitungen der Frankenfälschung Kenntnis hatte. Er wußte, daß der Landespolizeichef an dem Komplott beteiligt war. Doch ist der Ministerpräsident aus mir unbekannten Gründen seiner Amtspflicht nicht nachgekommen und hat die Frankenfälschungen zu geeigneter Zeit nicht vereitelt. Nach bestem Wissen behaupte ich, daß, als die Affäre mit der Verhaftung der Fälscher an die Oeffentlichkeit drang, der Ministerpräsident alles versuchte, um die Täter und Teilnehmer an den Frankenfälschungen zu verheimlichen."

Streikbewegungen in Frankreich

Paris. Im Laufe des Montagnachmittag fanden Kundgebungen der Pariser Bau- und Erdarbeiter gegen den Steuerraubzug der Regierung statt. Nach Schluß der Versammlungen kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei zahlreiche Personen verletzt wurden und Verhaftungen stattfanden. In Poitiers kam es ebenfalls zu Zusammenstößen, in deren Verlauf Genosse Saboul verletzt wurde.

•

Strazburg. Die Weber und Weberinnen von Markirch und Rosheim (im Elsaß) stehen im Streik. Die Eisenbahner haben den Streik beschlossen. Die Kalirbeiter stehen in Kampfbereitschaft. Aktionsausschüsse werden im ganzen Lande gebildet.

•

(Eig. Drahtm.) **Paris**, 4. März.

In Paris begann gestern der Steuerstreik der Kaufleute. Die Bewegung setzte morgens bereits ein. Nachmittags um 2 Uhr begann der vom Einzelhandelsverband angesetzt zweistündige Generalstreik. In den kleinen Bürgervierteln waren nahezu sämtliche Geschäfte geschlossen und die Rolläden heruntergelassen. Auf den Plätzen und Höfen der öffentlichen Gebäude stehen große Polizeiaufgebote in Reserve.

Riesenaussperrung in England

London, 4. März. (Eig. Ber.) **Der Konflikt in der Maschinenindustrie hat sich außerordentlich rasch zugespitzt. Nachdem die 900 Arbeiter einer Londoner Druckmaschinenfabrik ausgesperrt wurden, hat das Unternehmertum beschlossen, am 13. März eine halbe Million Arbeiter auszusperren. Durch die Aussperrung werden mindestens eine Million Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen. Die Aussperrung erfolgt nach zweijährigen Verhandlungen über Lohnerhöhungsforderungen der sieben beteiligten Verbände. Diese verlangen jetzt eine Lohnerhöhung von 20 Mark die Woche.**

Der Gewerkschaftsrat hat beschlossen, sofort eine außerordentliche Tagung einzuberufen, da die Aussperrungsaktion offensichtlich einen Teil des Unternehmerkampfplanes gegen die Gesamtarbeiterschaft darstellt.

England und die Ratssitze

London, 5. März.

Chamberlain wird im Unterhaus in einer ausführlichen Rede den Standpunkt der englischen Regierung darlegen. Es ist jetzt schon klar, daß die englische Politik in der Völkerbundsversammlung auf eine Verschleppung jeder Erweiterung der Ratssitze bis zum Herbst hinzielt.

•

Gegen den Ausschluß englischer Kommunisten aus der Arbeiterpartei

Eine Bezirksausschußsitzung der Arbeiterpartei in Port-Talbot beschloß mit 39 gegen 12 Stimmen, den Liverpooler Beschluß über den Ausschluß der Kommunisten nicht zur Anwendung zu bringen. Port-Talbot ist einer der wichtigsten Stützpunkte der Arbeiterpartei und des Wahlkreises Macdonalds (!). Der erwähnte Beschluß gilt als Antwort auf die dringende Aufforderung seitens Macdonalds, die Liverpooler Beschlüsse unter allen Umständen und um jeden Preis durchzuführen.

Entstaatlichung der belgischen Eisenbahnen

Brüssel. Die belgische Regierung, deren besondere Zierde Herr Vandervelde ist, bereit gegenwärtig die Entstaatlichung der belgischen Eisenbahnen. Die Milliarden, die durch die Ausgabe von Obligationen an Privatkapitalisten hereinkommen, sollen „zur Deckung der schwebenden Schuld" (an Amerika!) und „im Interesse der Frankenstabilisierung" verwendet werden.

Im Zeichen von Locarno!

685 Millionen Mark für die Reichswehr

Von **Ernst Schneller**

Die Locarno-Politik dient dem Frieden, sie ist — wieder mal — der „sechste Schritt" auf dem Wege zum Sozialismus, trompeten die Führer der SPD. den hungernden arbeitenden Massen in die Ohren. Zu gleicher Zeit erklärt Luther, der Kanzler dieser Locarno-Politik, es fehle an Geld für die Erwerbslosenfürsorge, die Opfer des Krieges und der Arbeit, für Mutter- und Säuglingsschutz. Und Reinhold, der Finanzminister des Unternehmertums, erklärt, an allen Staatsausgaben müsse für die Unterbindung der Wirtschaft gespart werden.

Zu gleicher Zeit wird dem Reichstag ein Etat für Kriegszwecke — gegen den inneren und äußeren Feind, gegen die hungernden Massen und die Sowjetunion — vorgelegt und von ihm abgeptiert, der die krasseste Verschwendung an öffentlichen Mitteln darstellt.

Für hunderttausend Mann des Heeres und fünfzehntausend Mann der Marine sieht der Etat 685 788 000 Mark Ausgaben vor, das macht **pro Mann im Heer und Marine 5094 Mark, pro Mann der Bevölkerung 11 Mark im Jahr.** Dazu kommen noch Ausgaben, die sachlich mit dem Wehretat zusammenhängen, aber bei anderen Kapiteln geführt werden: für Auslieferung und Vernichtung von Kriegsmaterial 2 Millionen, für Schleifung von Festungswerken 2 Millionen, für Beihilfen zur Umstellung von Rüstungsfirmen 10,9 Millionen, für Umstellungen in der Marine rund 100 000 Mark und schließlich die Bezüge der Pensionen des neuen Heeres in Höhe von 13,9 Millionen, so daß sich die **Gesamtausgaben,** die im Zusammenhang mit dem Wehretat stehen, auf 713,7 Millionen Mark belaufen, das sind **9,4 Prozent der Ausgaben des Reiches überhaupt.**

Die Ausgaben für Heer und Marine sind in den letzten Jahren dauernd gewaltig gestiegen — bei gleichbleibender Kopfzahl der Machtapparates. Sie betrugen **1924: 456 Millionen, 1925: [illegible] Millionen Mark;** sie sind also seit 1925 um 124 Millionen, **1924 um 228 Millionen gestiegen.**

Diese Steigerung der Ausgaben erscheint um so ungeheuerlicher, als sie nicht etwa dem Wohle der Mannschaften zugute kommen. Die Summen werden im wahrsten Sinne des Wortes verpulvert.

Für **Waffen und Munition** sind allein beim Heer 126,334 Millionen Mk. veranschlagt, für **Uebungen** aller 32,748 Millionen Mk. (nicht „nur" 20 Millionen, wie sozialdemokratisch behauptet wurde). Man muß sich veranschaulichen, was das bedeutet: **Für jeden Soldaten werden 1263 Mk.** im Jahre für **Waffen und Munition ausgegeben, 327 Mk. pro Mann** für Uebungen (Manöver, Felddienstübungen, Pionierübungen usw.). Bedenkt man doch sind auch die Ziffern für Bekleidung: 23,5 Millionen Mk., also im Durchschnitt **235 Mk. pro Mann.** Welcher mittlere Beamte oder Mittelständler — von Proleten nicht zu reden — kann solche Summen in seinen Jahresetat einsetzen? **Vor dem Kriege betrugen die Ausgaben pro Mann für Bekleidung 63 Mk.** Eine Steigerung der Ausgaben ist verständlich — aber auf das Dreifache? Wo sind etwa Reserven aufgestapelt? Niemand kann doch behaupten, daß der Reichswehrmann so glänzend gekleidet geht, wie nach den Ziffern zu entnehmen wäre. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Spezialtruppen besondere Summen eingesetzt sind: für Kraftpersonal (etwa 2000 Mann)! 1 230 130 Mk., davon 790 000 (390 Mk. pro Mann) als einmalige, 450 000 Mk. (225 Mk. pro Mann) als dauernde Ausgaben. An vielen einzelnen Positionen ließe sich noch zeigen, wie im Reichswehrministerium aus den Mannschaften gewirtschaftet wird.

Die Illustration zu den Ziffern wird gegeben durch den Geist, **der bei der Reichswehr herrscht! Im Ausschuß des Reichstags** wurde über die **Unglücksfälle und Selbstmorde** bei der Reichswehr berichtet: **1925 sind 154 durch Unglücksfall und 129 durch Selbstmord umgekommen.** Kein Erklärungsversuch kann darüber hinwegtäuschen, daß in der Truppe vieles faul ist. Von den Führern wird das Leben der Mannschaften nicht geschont, daher die Unglücksfälle. Und andererseits treibt das ganze System die jungen, anspruchsvollen kräftigen Mannschaften zum Selbstmord. **Den Mannschaften ist das Heiraten verwehrt, sie dürfen nur bestimmte Zeitungen lesen, jede Beziehung zur Arbeiterschaft wird unterbunden, ein Gefühl Knechtseligkeit wird gezüchtet.** Die Vertrauensleute sind nur Dekoration da; politische und persönliche Rechte hat der Soldat nicht, er ist nur Werkzeug! Die Erhöhung des Etats um 85 Millionen kommt ihm nicht zugute! Es ist bezeichnend, daß in diesem Reichstag alle Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten eine Diskussion oder Abstimmung über die Anträge der Kommunisten, diese Mißstände zu beseitigen, abgelehnt wurde.

Die Republik braucht gerade diese Reichswehr, mit diesem Reichswehrminister und diesem Offizierskorps! Was den Mannschaften abgeht, das haben die Offiziere in Fülle und Fülle: nämlich persönliche Freiheit, für ihre politische Ueberzeugung zu wirken und **anderes als monarchistische Offiziere werden im Heere die Aufgaben der Reichswehr nicht gebuldet.** Herr Geßler streitet natürlich den monarchistischen Charakter der Reichswehr; die Tatsachen kann er aber nicht auslöschen, die Ereignisse von 1923, **die Arbeitermorde und Fememorde sprechen eine zu beredte Sprache.** Die Verhandlungen im Ausschuß und im Plenum des Reichstages haben gezeigt, daß noch heute Zeitfreiwillige ausgebildet werden und daß **den Angehörigen der faschistischen Organisationen Waffen- und Materiallager anvertraut werden,** die, wenn sie entdeckt werden, von der Reichswehr als ihr Eigentum reklamiert werden. Reichswehroffiziere und Unteroffiziere sind Zeitfreiwillige der Offiziersbünde, des Stahlhelm, Wicking, des Heimatbundes.

Für die Arbeiterschaft dürfte die Stellung zum Geßler-Etat klar sein. **Diese 685 Millionen unproduktiver Ausgaben sind abzulehnen, die Arbeiterschaft verzichtet auf eine Reichswehr, die bereit, aus ihren eigenen Reihen in Gemeinschaft mit den Kleinbürgern Werktätigen eine Wehr zu bilden.** Ihre Ablehnung richtet sich selbstverständlich nicht gegen den einzelnen Reichswehrmann, der zu 60 bis zu 70 Prozent proletarischer Abstammung sind, sondern gegen das System. Darum fordern wir die Ueberführung in andere gewählte Berufe.

Bisher hat sich der Wehrminister immer auf die Zustimmung der SPD. zum Etat berufen können. **Im Ausschuß hat sie Streichungsanträge zurückgezogen.** Wird die SPD. die Koalitionstreue gegenüber der Luther-Regierung noch weiter treiben? Sie hat sie nur erklärt, das Gehalt des Ministers abzulehnen, wegen Geßler mangelnde Energie vorwirft.

Die Antwort der Arbeiter ist klar: **Es wie für die Bourgeoisie keinen Pfennig, so auch keinen Pfennig für die Schutztruppe der Monarchisten, der internationalen Imperialisten!** Für die Reichswehrsoldaten aber gilt es, aus ihren eigenen Erfahrungen die Lehren zu ziehen. Nicht Feindschaft und Mißtrauen gegen das Proletariat — wie die Führer wollen, — sondern **Bündnis und Kampfgemeinschaft** muß die Losung für beide Teile sein.

Daß es so geht: die rote Arme Rußlands, die vor wenigen Tagen die achtjährige Wiederkehr ihres Gründungstages feierte, beweist es! Nicht Söldner gegen die Arbeiter und Bauern, sondern Kämpfer für die Sache aller Werktätigen!

Die deutsche Delegation für Genf

Abreise Freitag abend

(TU.) Berlin, 4. März. **Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird sich die deutsche Delegation für die Völkerbundstagung Freitagabend mit dem fahrplanmäßigen Basler Zug nach Genf begeben. Die Zusammensetzung der Delegation steht noch nicht endgültig fest. Sie besteht aus dem Reichskanzler Dr. Luther, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, dem Staatssekretär Schubert, dem Staatssekretär Kempner, Reichskanzleichef Dr. Kiep und dem Ministerialdirektor Dr. Gaus. Generalsekretär der Delegation reist Regierungsrat Dr. Hammer mit, der bereits in dieser Eigenschaft die deutschen Delegationen in Locarno begleitete.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260305-11/fragment/page=0002

Aus den Parlamenten

...ngernot — gemeinsame Not des Proletariats

...ertagung der Verfahren gegen die Winzer von Bernkastel

...ag nahm am Donnerstag zu den Anträgen und Inter-... über die Notlage der Winzer Stellung. Nachdem ...ionale und Zentrumsleute gegen die Handelsvertrags-...politik gewettert hatten, für die sie selbst die Verant-...tungen, und Minister Marx eine Erklärung abgegeben ...auf leere Phrasen beschränkte, sprach Genosse Hörnle ...aus, daß die Notlage der kleinen Winzer, auf die allein ...nmissen seit langer Zeit hingewiesen haben, in ursäch-...Zusammenhang mit der allgemeinen Krise der kleinbäuer-...Betriebe und der allgemeinen Not des Staatsproletariats ...nur zusammen mit diesen endgültig beseitigt werden ...Er brandmarkte die rigorose Steuerpolitik der Regierung ...bei der Steuereintreibung durch die Finanzämter, welche ...zwingen von Notverkäufen weit unter dem Wert und zur Ver-...ung von gepfändeten Gegenständen zu lächerlichen Preisen ..., wodurch die Winzer zur Verzweiflung getrieben wur-...Am Schluß begründet er die kommunistischen Anträge, welche ...eine Niederschlagung aller gerichtlichen Verfahren gegen ...Winzer von Bernkastel und zur Linderung der größten ...Steuerlast und langfristige Kredite an die kleinen Winzer ...Alle Anträge wurden einem Sonderausschuß über-... Am Freitag Weiterberatung des Reichswehretats.

...s den Ausschüssen des Reichstags

...Alkoholkapital beherrscht den Reichstag

...haushaltsausschuß des Reichstages kam es am Donnerstag ...Beratung des Etats des Innern zu einer heftigen Aus-...ung über den Kampf gegen den Alkoholismus.

...der Kampf gegen den Alkoholismus sind im Haushalt des ...1½ Millionen vorgesehen, die dazu auch noch zur Hälfte ...der harten Bekämpfung des Alkoholismus, sondern auch zu ...den Alkoholismus verursachten Krankheitserscheinungen ...werden sollen. Die kommunistische Fraktion beantragte ...dieses Fonds auf 5 Millionen Mark. Dieser An-... gegen die Stimmen der KPD. und SPD. abgelehnt. ...bürgerlicher Abgeordneter beantragte ferner, die im Etat ...1½ Millionen nicht zur Bekämpfung des Alkoholismus, ...zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs zu verwenden. ...Antrag wurde nach ...Auseinandersetzung mit 13 gegen 13 Stimmen abgelehnt, ...Fall die Demokraten mit den Kommunisten und ...stimmten. Die ganze Sitzung zeigte wieder allzu ...sehr das Alkoholkapital den Reichstag beherrscht.

Gesundheitsfragen im Haushaltausschuß

...Beratung des Etats des Innenministeriums wurde im ...ausschuß des Reichstages am Mittwoch das Gesundheitswesen .... Die kommunistische Fraktion hatte als einzige An-..., in den Etat neunenswerte Summen für Volksgesund-...einzusetzen; alle Anträge wurden aber von den bürger-...einschließlich SPD. abgelehnt.

Werkstättenschließungen bei der Reichsbahn

Trotz des Hundertmillionenkredites

...ausschuß für Volkswohlfahrt des Reichstages befaßt sich ...ingerer Zeit mit der Behebung der Erwerbslosigkeit durch ...Arbeiten. Alle Regierungsstellen marschieren auf ...immer und immer wieder, daß man „gerne" helfen wolle — ...aber keine Mittel da. Auch die Reichsbahngesellschaft hat ...Programm für 1926 nur laufende Arbeiten, jedoch keine ...Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaftskrise ein-... Selbst der Hundertmillionenkredit aus Reichsmitteln wird ...nicht zu einer Mehrbeschäftigung von Arbeitern verwendet. ...soll nun doch wahr werden, was gegenüber kommu-...Anfragen immer energisch bestritten wurde, daß sogar ...Werkstätten in Schwerin, Breslau und anderen Städten ge-...werden sollen. Wieder ist also eine Illusion, daß die Ver-...von Reichskrediten an das Großkapital eine Verringerung ...Erwerbslosenziffer bringen könnte, zerplatzt.

...aus mit dem Hohenzollernvergleich der preußischen Regierung!

...Beginn der Donnerstagssitzung des Landtages beantragte ...Fried, einen vor Wochen bereits eingebrachten Punkt der ...Tagung zu behandeln.

...Antrag verlangt vom Staatsministerium, daß es dem ...unverzüglich den Inhalt des mit den Vertretern des ...Hohenzollern abgeschlossenen Vergleichs in einer Vorlage mitteile.

Genosse Fried erläuterte hierzu: Es beginnt heute die Einzeichnungsliste für das Volksbegehren, und es ist nötig, daß zum mindesten die preußischen Wähler erfahren, auf welcher Basis das Staatsministerium bereit war, sich mit den Hohenzollern über die unverschämten Forderungen, die diese erhoben haben, zu verständigen. Desgleichen muß sofortige Einstellung der nach wie vor erfolgenden monatlichen Zahlungen der preußischen Regierung an die Hohenzollern in Höhe von 50 000 Goldmark verlangt werden.

Auch hierzu muß sofort der Landtag Stellung nehmen. Da die deutschnationalen Fürstenknechte widersprechen, kann eine sofortige Beratung nicht stattfinden.

Verschleierter Beamtenabbau in Preußen

Entrechtung der weiblichen Beamten — 30 000 Junglehrer bleiben auf der Strecke

Der Preußische Landtag behandelte dann das sogenannte Personal-Abbau-Abwicklungsgesetz. Der Genosse Kasper, der dazu sprach, führte aus: Sowohl bei der Beamtengesetzgebung im Reich wie auch in Preußen sind die auf dem Boden der Erfüllungspolitik stehenden Parteien gezwungen, die Maßnahmen durchzuführen, die die Kolonialgebieter der deutschen Kolonie zur Steigerung ihrer Tribute für nützlich erachten. Aus dieser Erkenntnis heraus ist es zu verstehen, wenn die Mehrheit dieses Hauses Unsoubermerechte gegenüber den weiblichen Beamten faßtigt. Die Doppelzüngigkeit der SPD.-Fraktion ist auch bei dieser Angelegenheit erwiesen. Im Ausschuß haben die sozialdemokratischen Mitglieder mit Recht erklärt, daß § 12 des Gesetzentwurfes, der den Abbau verheirateter Beamtinnen fordert, eine schreiende Ungerechtigkeit darstellt. Man könne eine Frau nicht dafür bestrafen, daß sie sich verheiratet habe. Aber bei der Endformulierung hat auch die SPD. dem schreienden Unrecht zugestimmt. Trotz allen Herumgeredes bleibt auch die Einstellungssperre bestehen, sowohl gegenüber den Militäranwärtern, den Beamtenanwärtern als auch ganz besonders gegenüber den Junglehrern. 30 000 Junglehrer, die für den Lehrerberuf ausgebildet worden sind, verlangen vom Staat Arbeit. Die Aufrechterhaltung der Einstellungssperre bedeutet gegenüber den Junglehrern einen Kulturskandal. Die Regierung begründet alle diese Maßnahmen mit der Notwendigkeit des Sparens. Genosse Kasper zeigt genügend Möglichkeiten des Einsparens in den einzelnen Etats. Die Regierung erklärte kategorisch, daß, wenn entsprechend dem kommunistischen Antrag die §§ 8 und 9 gestrichen, d. h. die Einstellungssperre aufgehoben werde, sie an dem Gesetz überhaupt kein Interesse mehr habe. Vor dieser Drohung fiel die SPD., die vorher diese Anträge ebenfalls gestellt hatte, um. Sie trägt damit die Verantwortung für das weitere Elend der 30 000 Junglehrer.

Die von den Kommunisten beantragten namentlichen Abstimmungen, einmal gegen den zwangsweisen Abbau der verheirateten Beamtinnen, sodann gegen die Streichung der Paragraphen, die auf eine Verlängerung der Einstellungssperre hinauslaufen, ergaben jedesmal eine reaktionäre Mehrheit. Gegen die Einstellungssperre stimmte nur geschlossen die kommunistische Fraktion. SPD. fand sich mit Zentrum und mit den anderen reaktionären Parteien zusammen.

Zum Schluß wird die zweite Beratung der preußischen Steuernotverordnung vorgenommen, die bekanntlich als Zwischenlösung bis zur endgültigen Einführung der 100prozentigen Friedensmiete eine Mieterhöhung von 86 Prozent auf 92 Prozent erbringt. Genosse Stolt berief sich auf eine Denkschrift des ADGB., worin in Uebereinstimmung mit den kommunistischen Forderungen ebenfalls die restlose Verwendung der aus der Hauszinssteuer gewonnenen Mittel für Zwecke des Wohnungsbaues verlangt werden. Unser Redner stellte fest, daß im Gegensatz zu diesen Forderungen die Sozialdemokraten im Ausschuß einer Lösung zugestimmt haben, die abgesehen von der Neubelastung der Mieter auch eine erhöhte Verwendung der Mittel für Zwecke des Finanzbedarfs des Staates vorsieht.

Die SPD. stimmt einem Antrag der freien Gewerkschaften nieder!

Jeder, auch der kleinste Versuch, in der neuen Städteordnung die Rechte der städtischen Arbeiter festzulegen und die Mitwirkung der Betriebsräte städtischer Werke an den Verwaltungsausschüssen (Deputationen usw.) herbeizuführen, wurde von den Rechtsparteien niedergestimmt. Am reaktionärsten zeigte sich in entscheidenden Punkten die demokratische Fraktion. Ihre arbeiterfeindliche Tendenz wurde höchstens noch überboten durch das unerhörte Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber dem Antrag Nr 2179, den die Kommunistische Partei in Uebereinstimmung mit dem Hauptvorstande des Verbandes der Staats- und Gemeindearbeiter eingebracht hat. Dieser Antrag hatte folgenden Wortlaut:

„Für die Betriebe sind mit den freigewerkschaftlichen Organisationen der in ihnen beschäftigten Angestellten und Arbeiter Tarife abzuschließen, in denen Lohn, Arbeitszeit, Urlaub, Kündigungsfristen, Ruhelohn, Hinterbliebenenversorgung usw. entsprechend den Forderungen dieser Organisationen festgesetzt werden."

Bei der namentlichen Abstimmung wurde dieser Antrag mit 344 gegen 35 kommunistische Stimmen abgelehnt.

...htung!

Die Gegner ...sind am Werk!

Die bürgerliche Presse lügt und ...hetzt wie zur Zeit der „Kriegs-...berichte". Selbst den Rundfunk benutzen sie für ihren Zweck, die

Massenbewegung für den Volksentscheid

zu lähmen, weil sie fürchten, daß es ihnen selbst ans Leder geht! Versetzt ihnen die Suppel-Mo... blisiert auch den Letzten für die

Klein **Einzeichnung in die Listen für das Volksbegehren!**

Schlußabstimmung über den Gesetzentwurf einer neuen Städteordnung

Bei der Fortsetzung der Einzelabstimmung über die Städteordnung wurden die kommunistischen Anträge, die Staatsaufsicht zu beseitigen, mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten abgelehnt. Die SPD. hatte beantragt, die Genehmigungspflicht auch der Anleihen aufzuheben. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte jedoch gegen ihren eigenen Antrag. Eine geringfügige Verbesserung gegenüber der bisherigen Städteordnung wurde dadurch erreicht, daß die besoldeten und unbesoldeten Stadträte keiner Bestätigung mehr bedürfen. Das Bestätigungsrecht für die Bürgermeister und deren Stellvertreter ist jedoch geblieben. In der Vorlage war weiterhin noch vorgesehen, daß nach Einführung der neuen Städteordnung in allen Kommunen Neuwahlen stattfinden sollten.

Die SPD. und die Rechtsparteien stimmten gegen die Neuwahlen und für ein Verbleiben der jetzigen Stadtverordneten bis zum Ablauf ihrer Wahlzeit. Auch für den Fall, daß die neue Städteordnung noch vor diesem Termin durchgeführt wird.

Durch Ablehnung verschiedener Paragraphen des Entwurfs wurde die Städteordnung stark durchlöchert. Eine Gesamtabstimmung soll erst nach der dritten Lesung stattfinden. Es ist zweifelhaft, ob sich für den Gesetzentwurf eine Mehrheit findet.

Partei-in-Not-Quittung

Bisher quittiert:	7 492,85 Mk.
Ortsgruppe Greppin, für Marken	34,50 Mk.
Ortsgruppe Halle, Distrikt 13 a, für Marken	17,— Mk.
Ortsgruppe Halle, Distrikt 1, für Marken	4,— Mk.
Ortsgruppe Lapitz, für Marken	3,— Mk.
Ortsgruppe Muldenstein, für Marken	15,— Mk.
Ortsgruppe Nelleben, für Marken	19,— Mk.
Ortsgruppe Halle, Konsum, für Marken	48,— Mk.
Ortsgruppe Taucha, für Marken	2,— Mk.
Ortsgruppe Halle, kaufm. Personal der Produktiv	76,— Mk.
Ortsgruppe Radefeld, für Marken	5,— Mk.
Ortsgruppe Möderau, für Marken	5,— Mk.
Ortsgruppe Wittenberg, für Marken	19,50 Mk.
Ortsgruppe Wittenberg, durch Ziegler, für Marken	10,— Mk.
Ortsgruppe Artern, für Marken	8,50 Mk.
Ortsgruppe Halle, Distrikt 18, für Marken	8,— Mk.
Ortsgruppe Merseburg, für Marken	25,— Mk.
Ortsgruppe Seeben, für Marken	8,— Mk.
Ortsgruppe Nauendorf (Saalkreis), für Marken	32,50 Mk.
Ortsgruppe Schkeuditz, für Marken	35,— Mk.
Ortsgruppe Hohenmölsen, für Marken	20,— Mk.
Ortsgruppe Kretzschau, für Marken	5,— Mk.
Ortsgruppe Falkenberg, für Marken	8,— Mk.
	7 903,85 Mk.

Wir ersuchen alle Ortsgruppen, für verkaufte Marken Akontozahlungen möglichst jede Woche an den Bezirk zu leisten. Die Einzahlungen haben auf das Postscheckkonto Nr. 107 001 Leipzig, Arthur Sämisch, Halle a. d. S., zu erfolgen, mit dem Vermerk: „Für Partei-in-Not-Marken".

BL. Halle-Merseburg, Abteilung Kasse.

Die Rebellion

Roman von Joseph Roth

Copyright 1924 by Verlag Die Schmiede, Berlin

...ll dem ahnte, wie gesagt, Frau Blumich — sie hieß übri-...Katharina — gar nichts. Sie war gewohnt, Eindruck auf ...zu machen, und sie fand nichts besonderes daran, daß auch ...Lapp ihr einen jener unternehmungslustigen und dennoch ...Blicke zugesandt hatte, den alle Frauen zu schätzen ...Sie sammelte eine Menge solcher Blicke alle Tage im ...auf der Straße, im Park und im Laden. Das hatte ...bedeuten. Von den Männern ist einer leichtsinniger als ...alle wollen ohne Verantwortung genießen, jeder will ...immer will sahlen, wie das Sprichwort lautet. Katharina ...war eine nüchterne Frau. Auch den ersten Mann hatte ...zufällig erwählt. Daß er später lungenkrank wurde, weil er ...arbeitet war, war Gottes Wille. Gegen das Schicksal kann ...nichts unternehmen, aber den Versuch muß man trotzdem ...sollen. Dieser plädierte für einen Mann gesetzten Alters, ...körperlichen Mangel womöglich, der das eheliche Glück ...nicht verhindern konnte; die Vernunft gebot einen Vogel ...gefiedertem Gefieder, der leicht zu halten war und keiner ...Disziplin mehr bedurfte. Dabei spielte der Stand ...aber nur eine geringe, insofern, als es Frau Blumich ...gefielen, ein Wesen aus tieferer Sphäre zu sich empor ...als selbst emporgezogen zu werden. Dieses hätte sie zur ...verpflichtet und sie ihre Autorität beraubt. In jedem ...aber ist die Autorität der Frau das Wichtigste.

...diesem Grunde verzichtete Frau Katharina Blumich auf ...Vorsteher Vinzenz Topp. Mochte er eine andere unglück-... Mochte er sein Leben lang überhaupt nur mit losen ...umgehn. Als eine ständige Bedrohung des recht-...Ehegatten Gatten und als ein Anlaß zu dessen Eifersucht ...heiß nachbarlich zur Hand und gut zu gebrauchen. Man ...es ausnützen, aber man darf sich nicht wegwerfen.

...ch an dem Andreas Pum seinen offiziellen Antrittsbesuch ...des Hauses siebenundreißig machte, war trübe und bietern, ...spätsommerlichen Schwüle eine Vorahnung des Herbstes ...einem starken Feuchtigkeitsgehalt, der Andreas Schmerzen ...sein Bein verursachte. An diesen Tagen war er ohnedies schuhbedürftig, kindlich, verlassen, wehmutsvoll, sehnsüchtig. Kaum hatte er im Hof als ein schweigend ausgemachtes Erkennungszeichen die „Loreley" intoniert, als Frau Blumich erschien, ihn bat, abzubrechen und in ihrer Wohnung sein Spiel fortzusetzen. Es war ein trauriges, ein melancholisches Lied und tat der Trauer keinen Abbruch.

Der Musik folgte ein artiger Knix der kleinen blassen Anna, die ein dünnes Zöpfchen mit einer übermäßig großen fledermausartigen schwarzen Schleife trug. Das Kind war von den traurigen Aufregungen verstört und still. Der neue Mann mit dem hölzernen Fuß und dem Instrument gefiel ihr trotz seiner Fremdheit. Sie wurde sehr zutraulich. Sie war fünfjährig, ein Mensch in jenem Alter, in dem man noch ein wissender Gott ist, vor dem die verborgene Güte der anderen sichtbar liegt, wie buntes Gestein unter klarem Bergwasser.

Dann floß das Gespräch, unterbrochen von Kaffee und hausgebackenem Kuchen, eine stille Totenfeier für Herrn Blumich. „Er hatte eine großartige Garderobe", rühmte die Frau, „und gerade so gewachsen, wie Sie, war er auch. Zwei braune Anzüge sind kaum fünf Jahre alt, damals war er noch Soldat und ich hab' mich um ihn gesorgt, wäre er doch draußen gestorben, wer kann da wissen, vielleicht wäre der Schmerz kleiner und das Kind nicht da, ein vaterloses Kind! Ach, Sie wissen ja nicht, wie eine ganz allein, mutterseelenallein stehende Frau in dieser bösen Welt lebt. Sie können das gar nicht wissen, die Männer können das gar nicht wissen."

„Meine Mutter, die selige, war auch eine junge Witwe geblieben", glaubte Andreas sagen zu müssen.

„Und sie hat nie wieder geheiratet?"

„Ja, sie hat einen Klempner genommen."

„War er brav?"

„Sehr brav."

„Lebt er noch?"

„Nein, sie sind beide im Krieg gestorben."

„Beide im Krieg?"

„Ja, beide."

„Nun, wenn man so glücklich ist, und der zweite Mann auch ein guter, treuer Lebenskamerad." Hier hielt es Frau Blumich angesetzt, zu weinen, sie suchte nach ihrem Taschentuch, fand es und brach aus.

Andreas hielt diese traurige Szene nicht mit Unrecht für eine günstige Fügung. Jetzt konnte er es mit Aussicht auf Erfolg wagen. Und indem er sich über die schluchzende Frau beugte und wie von ungefähr ihre Brust streifte, sagte er:

„Ich will Ihnen immer treu sein."

Frau Blumich entfernte das Taschentuch und fragte mit einer fast nüchternen Stimme:

„Wirklich?"

„So wahr ich hier sitze."

Frau Blumich stand auf und drückte einen Kuß auf Andreas Stirn. Er suchte ihren Mund. Sie fiel auf seinen Schoß. Sie blieb dort sitzen.

„Wo wohnst Du jetzt?" fragte sie.

„In einer Pension", sagte Andreas.

„Es ist nur wegen der Leute. Sonst könnten wir morgen schon zusammenziehen. Wir warten vielleicht vier Wochen."

„So lang?" fragte Andreas und schlang beide Arme um Katharina, fühlte die stramme Weichheit ihres Körpers und wiederholte klagend: „So lang?"

Katharina riß sich mit einem entschlossenen Ruck los. „Was sein muß, muß sein", sagte sie streng und so überzeugend, daß Andreas ihr Recht gab und sich fügte, aber alsogleich die süßesten Zukunftsträume zu spinnen begann.

VI

Was war er doch für ein Glückspilz! Dergleichen Dinge geschahen nicht alle Tage, es waren keine gewöhnlichen Dinge, es waren Wunder. Wie viele seinesgleichen erwarteten jetzt zitternd den Winter, wie einsame, schwache Gesträuche, wissend, daß sie preisgegeben und zum Tode verurteilt und dennoch ohne Kraft, dem langsam vernichtenden Schicksal durch einen schnellen Selbstmord zuvor zu kommen. Ihn aber, Andreas Pum, unter tausend Zweiblen, hatte die Witwe Katharina Blumich erwählt, die er langsam und wie um sich vorzubereiten, „Kathi" zu nennen begann. Sein war nun das erträumte Weib, das starkbusige, breithüftige, warme; drängende Weibheit entströmte ihrem Körper, ein verlangender und betäubender Dunst, der langentbehrte Duft des Weibes, der selbst schon schwellend ist, was das Fleisch, wogend, wie ein Busen, der Duft, in den man sich betten kann, wie auf einen Leib.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260305-11/fragment/page=0003

K·P·D

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbeamten Telephonruf 9287

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Beuchberg. Mitgliederversammlung Freitag, 5. März, abends 8 Uhr, im „Deutschen Haus". Referent von der BL. ist anwesend. Alle Mitglieder haben bestimmt zu erscheinen.

Domnitz. Große öffentliche Volksversammlung für den Volksentscheid in Verbindung mit der Internationalen Frauenwerbewoche Sonnabend, 6. März, abends 8 Uhr, im Lokal Paul Alimer. Referent Genosse Lehmann, Halle.

Nietleben bei Neuendorf. Große öffentliche Volksversammlung Freitag, 5. März, abends 8 Uhr, im Gasthof Wilke. Referent ist anwesend.

Dölitz. Mitgliederversammlung Freitag, 5. März, abends 7 Uhr, im „Bad". Gemeinschaftsabende und Kassenkassieren sind hierzu eingeladen.

Diesa. Mitgliederversammlung Sonntag, 7. März, abends 8 Uhr, im Lokal Richter. Wichtige Tagesordnung. Referent von der BL. ist anwesend.

Wörmlitz. Große öffentliche Volksversammlung Sonntag, 7. März, nachmittags 3 Uhr, im Lokal Raatschenbach. Referent Genosse Schumann, Halle.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Großkayna. Große öffentliche Volksversammlung für den Volksentscheid in Verbindung mit der Internationalen Frauenwerbewoche Sonnabend, 6. März, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus". Referent Genosse Paul, Merseburg.

Nahnitz. Große öffentliche Volksversammlung Sonnabend, 6. März, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent ist bestimmt anwesend.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Erdeborn. Große öffentliche Volksversammlung Freitag, 5. März, abends 8 Uhr, im Lokal „Zum weißen Roß". Referent Genosse Paul Richter, Halle.

Walbeck. Große öffentliche Volksversammlung Sonnabend, 6. März, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Tanne". Referent ist anwesend.

Arnstedt. Große öffentliche Volksversammlung Sonnabend, 6. März, abends 8 Uhr, im Gasthof Vorsehlen. Referent ist anwesend.

Eisleben. Große öffentliche Volksversammlung für den Volksentscheid in Verbindung mit der Internationalen Frauenwerbewoche Freitag, 5. März, abends 8 Uhr, im „Kaiserhaus". Referent Genosse Sachs, Sangerhausen.

Hergisdorf. Große öffentliche Volksversammlung Sonntag, 7. März, nachmittags 4 Uhr, im Gasthof „Fortuna". Referent Genosse Lessig, Eisleben.

Wolferode. Große öffentliche Volksversammlung Sonntag, 7. März, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Anker". Referent Genosse Lehmann, Halle.

Gräfjahn. Große öffentliche Volksversammlung Sonntag, 7. März, vormittags 10 Uhr, im Gasthof Damm. Referent Genosse Sachs, Halle.

Strenznaundorf. Große öffentliche Volksversammlung Sonntag, 7. März, nachmittags 2 Uhr, im Lokal Speling. Referent Genosse Sachs, Halle.

Helfta. Große öffentliche Volksversammlung Sonntag, 7. März, nachmittags 5 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Sachs, Halle.

Helbungen. Mitgliederversammlung Freitag, 5. März, abends 8 Uhr, beim Genossen Schneidewind. Referent Genosse Lessig, Eisleben.

Langenbogen. Mitgliederversammlung Freitag, 5. März, abends 8 Uhr, beim Vorsitzenden. Referent Genosse Müller, Eisleben.

Rieder. Außerordentliche Mitgliederversammlung Sonnabend, 6. März, abends 8 Uhr, beim Vorsitzenden. Referent Genosse Lessig, Eisleben.

Wimmelburg, Creisfeld. Mitgliederversammlung Sonntag, 7. März, abends 8 Uhr, in der „Reichspost". Referent Genosse Merzinski, Eisleben.

Ober- und Unterwiederstedt. Mitgliederversammlung Sonntag, 7. März, nachmittags 3 Uhr, im Parteilokal. Referent Genosse Lessig, Eisleben.

Hettstedt, Burgörner, Molmerswende. Mitgliederversammlung Sonntag, 7. März, abends 7½ Uhr, im „Hohenzollernpark". Referent Genosse Lessig, Eisleben.

Leimbach. Mitgliederversammlung Sonntag, 7. März, nachmittags 3 Uhr, im Lokal Tittel. Referent Genosse Müller, Eisleben.

Klostermansfeld. Außerordentliche Mitgliederversammlung Sonntag, 7. März, abends 7½ Uhr, im „Hohenzollern". Referent Genosse Müller, Eisleben.

Hettstedt, Burgörner, Molmerswende, Großörner, Wiederstedt, Siersleben treten geschlossen pünktlich 12½ Uhr zur Demonstration gegen Fürstenraub an.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch

Holzweißig. Große öffentliche Volksversammlung Freitag, 5. März, abends 8 Uhr, im Lokal Häser. Referent Genosse H. Müller, Bitterfeld.

Pieteritz. Große öffentliche Volksversammlung für den Volksentscheid in Verbindung mit der Internationalen Frauenwerbewoche Freitag, 5. März, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus". Referent Genosse Schumann, Halle.

Wittenberg. Große öffentliche Volksversammlung für den Volksentscheid in Verbindung mit der Internationalen Frauenwerbewoche Freitag, 5. März, abends 8 Uhr, im Hotel Brauhausberg. Referent Genosse Heilmann-Seminar, Berlin.

Sprengstoffbaracke. Große öffentliche Volksversammlung abends 7 Uhr im Gasthof. Referent Genosse Bode, Wittenberg.

Straach. Große öffentliche Volksversammlung Sonnabend, 6. März, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Bode, Wittenberg.

Radersdorf. Große öffentliche Volksversammlung Sonnabend, 6. März, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Lehmann, Pieteritz.

Reinsdorf. Große öffentliche Volksversammlung Sonnabend, 6. März, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Lehmann, Zahna.

Sandersdorf. Große öffentliche Volksversammlung Freitag, 5. März, abends 8 Uhr, im Lokal Münzler. Referent Genosse Röbel, Bitterfeld.

Zahna. Große öffentliche Volksversammlung Sonntag, 7. März, nachmittags 4 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Rogg, Wittenberg.

Bad Schmiedeberg. Mitgliederversammlung Sonntag, 7. März, nachmittags 4 Uhr, im Parteilokal. Referent ist anwesend.

Zahna. Mitgliederversammlung Sonntag, 7. März, nachmittags 6 Uhr, im Parteilokal. Referent ist anwesend.

Altjessnitz. Volksversammlung Sonnabend, 6. März, 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse H. Müller, Bitterfeld.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Fochwitz. Große öffentliche Volksversammlung für den Volksentscheid in Verbindung mit der Internationalen Frauenwerbewoche Freitag, 5. März, abends 8 Uhr, im Lokal Richter. Referent Genossin Rasch, Halle.

Mauxdorf-Sandhausmühle. Große öffentliche Volksversammlung für den Volksentscheid in Verbindung mit der Internationalen Frauenwerbewoche Sonnabend, 6. März, abends 8 Uhr, im Lokal Dambowitz. Referent Genossin Rasch, Halle.

Mauxdorf. Große öffentliche Volksversammlung Sonnabend, 6. März, abends 8 Uhr, im Gasthof Müller. Referent ist anwesend.

Schildau. Große öffentliche Volksversammlung Sonnabend, 6. März, abends 8 Uhr, im Lokal Hebenal. Referent Genosse Holzweißig, Torgau.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Grossjena. Große öffentliche Volksversammlung Freitag, 5. März, abends 8 Uhr, im „Schützenhof". Referent Genosse Scheibner, Weißenfels.

Zeitzhain, Selau, Porna. Große öffentliche Volksversammlung Sonnabend, 6. März, abends 8 Uhr in der „Friedenseiche". Referent Genosse Scheibner, Weißenfels.

Tettenhof. Große öffentliche Volksversammlung Sonnabend, 6. März, abends 8 Uhr, in der „Weintraube". Referent Genosse Fleckert, Naumburg.

Droßdorf. Mitgliederversammlung Sonntag, 7. März, vormittags 10 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Gustav, Zeitz.

Mücheln. Große öffentliche Volksversammlung Sonntag, 7. März, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof Beck. Referent von der BL. ist anwesend.

Tagewerken. Große öffentliche Volksversammlung mit anschließender Demonstration Sonntag, 7. März, nachmittags 3 Uhr, im Lokal Schäfer. Referent Genosse Meißner, Weißenfels.

Hohenmölsen. Große öffentliche Volksversammlung Sonntag, 7. März, nachmittags 3 Uhr, im „Preußischen Hof". Referent Genosse Scheibner, Weißenfels.

Droßdorf. Große öffentliche Volksversammlung Sonntag, 7. März, nachmittags 5 Uhr, im „Adler". Referent von der BL. ist anwesend.

Tonndorf. Große öffentliche Volksversammlung Sonntag, 7. März, nachmittags 2½ Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Fleckert, Naumburg.

Wiehe. Große öffentliche Volksversammlung Sonnabend, 6. März, abends 8 Uhr, im Lokal „Gute Quelle". Referent von der BL. ist anwesend.

Roßleben. Mitgliederversammlung Sonntag, den 7. März, vormittags 10 Uhr. Referent Genosse Fleckert, Naumburg.

Wählitz. Große öffentliche Volksversammlung Sonntag, 7. März, nachmittags 2 Uhr, im Lokal Hoffmann. Referent von der BL. ist anwesend.

Thießen. Große öffentliche Volksversammlung Sonntag, 7. März, abends 7½ Uhr, im „Blauen Stern". Referent Genosse Scheibner, Weißenfels.

Reuden. Große öffentliche Volksversammlung Sonntag, 7. März, abends 7 Uhr, im Gasthof Schumann. Referent Genosse Benkwitz, Zeitz.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Freitag außerordentliche Generalversammlung ½8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft, zu der ein jedes Mitglied verpflichtet ist, zu erscheinen. Mitgliedskarten sind als Ausweis mitzubringen, ohne Karte kein Einlaß.

Sonntag, 7. März, Treffen aller Gruppen am Hallmarkt zum Marsch nach Teutschenthal; abends ½8 Uhr Lichtbildervortrag vor und nach der Revolution". Zur Deckung der Unkosten werden 20 Pfennige erhoben.

Bennendorf. Freitag, 5. März, abends 7 Uhr, im Restaurant „Zur Post" Sprechchor und Theatergruppe. Sonntag, 7. März, trifft sich die gesamte Mitgliedschaft vormittags ½9 Uhr im „Burschschlößchen" zur Beteiligung an der Werbetour der Roten Hilfe.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Alle Gruppen des Unterbezirks beteiligen sich möglichst am Roten-Landjugendsonntag in Kreischau.

Zeitz. Freitag, 5. März, im Jugendheim Probe. Sonnabend, 6. März, öffentlicher Werbeabend.

Zeitz. Sonntag, 7. März, Beteiligung an der Werbekampagne der Roten Jungfront.

Bund der Freunde der JAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Zeitz. Sonntag, 7. März, abends 8 Uhr, in der „Schuhmacherherberge" Mitgliederversammlung der Ortsgruppe. Die Mitglieder sind verpflichtet, an dieser Versammlung teilzunehmen.

Teuchern. Sonntag, 7. März, findet im Gasthaus „Zum grünen Baum" eine Mitgliederversammlung statt. Alle Einzel- sowie Korporativmitglieder haben zu erscheinen.

Gangerhausen. Freitag, 5. März, abends 6 Uhr, „Herzenkrug" Mitgliederversammlung. Es ist Pflicht, daß alle Mitglieder, auch Korporativmitglieder, erscheinen. Wichtige Tagesordnung.

Volkstümliche Tage

zu volkstümlichen Preisen!

Wir verbilligen unsere Waren von Tag zu Tag!

Waschseide farbiert, ca. 70 cm breit . . . . Mtr.	1,65
Eolienne Wolle mit Seide, in den neuesten Farben . . . . Mtr.	4,90
Crêpe de chine ca. 100 cm breit, in ca. 50 Farben, gute, fehlerfreie Qualität . . . . . Mtr. 6,90	5,80
Cheviot reine Wolle, doppeltbreit . . . . Mtr.	1,65
Wollmousseline neue Muster . . . . . Mtr. 2,75	2,45
Kostümstoffe ca. 140 cm breit gestreift und farbiert . . . . . Mtr.	2,40
Damenstrümpfe schwarz, engl. lang . . . . . Paar	0,20
Damenstrümpfe schwarz u. farb. mit doppelten Fersen u. Spitzen, Paar	0,55
Damenstrümpfe „Seidenimitation", mit Doppelsohle u. Hochferse, schwarz u. farbig . Paar	0,95
Damenstrümpfe „Seidenflor", mit Doppelsohle u. Hochferse verstärkt, schwarz u. farbig, Paar	1,25
Damenstrümpfe „echt Mako", m. Doppels. u. Hochferse, farb. u. schw. Paar	1,65
Damenstrümpfe „Waschseide" auf. halb., m. Doppels. u. Hochferse, P.	2,90
Damen-Schlupfhosen Trikot, in viel. schön. Farben, Paar 1,65	0,88
Herren-Einsatzhemden Trikot, m. gestreiften Einsätz. Stück 2,95	2,25

Konfektion

Schottenkleider mit einfarbiger Blende u. Knopfgarn.	4,95
Waschseid. Kleider nur helle Destins, mit weißem Kragen und Kermelaufschlägen	9,75
Glockenkleider a. gut. Popeline, in allen modernen Farben, mit apart. Golbverzierung	15,75
Samtkleider aus gutem Köperstamt, moderne Verarbeitung	19,75
Plissee-Röcke aus reinwoll. Kammgarn-Cheviot . .	7,90
Sportjacken aus reinwollenen Stoffen in certise, jade, gift und mode	9,75
Covercoatmäntel moderne Glockenform	11,75
Frühjahrsmäntel aus modernen, englischen Stoffen .	16,50

Putz

Neue Uebergangshüte aus Seide oder Band 8,50 6,50 5,90	3,90
Mariza-Hüte in vielen Farben . . . . . jeder Hut	2,95
Linonformen . . . . . Stück 0,95	0,65
Hutborden in allen Modefarben . . . Mtr. 0,40	0,25
Reiherstangen ca. 35 cm lang . . . . . Stange	1,00

3 Stand Betten

Bett 1
grau/rot gestreiftes Inlett
1 Unterbett, gefüllt mit 5 Pfund Federn
1 Oberbett, gefüllt mit 5 Pfund Federn
1 Kissen, gefüllt mit 2 Pfund Federn
zusammen **41,00**

Bett 2
einfarbig rotes Inlett
1 Unterbett, gefüllt mit 6 Pfund Federn
1 Oberbett, gefüllt mit 6 Pfund Federn
1 Kissen, gefüllt mit 2 Pfund Federn
zusammen **53,00**

Bett 3
einfarbig rotes Inlett
1 Unterbett, gefüllt mit 5 Pfund Halbdaunen
1 Oberbett, gefüllt mit 5 Pfund Halbdaunen
1 Kissen, gefüllt mit 2 Pfund Halbdaunen
zusammen **65,00**

Bettbezüge mit Kissen guter, weißer Wäschekoff . . Garnitur	5,75
Bettbezüge mit 2 Kissen geblümtes und kariertes Bettzeug, gute Qualitäten . . . . . Garnitur	7,75
Bettlaken aus starkem Roß-Renforcé, ca. 140/200 cm . . . Stück	2,85

Mengenabgabe vorbehalten!
—
Verkauf solange Vorrat!

NUSSBAUM

Das Kaufhaus für Alle

Die neuen **Ullstein Mode-Alben** sind erschienen und bei uns erhältlich

Halle an der Saale — **Gr. Ulrichstraße 60-61**

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Gauleitsekretariat Gr. Klausstraße 19 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Mitgliedskarten und Kartenscheine sind sofort einzusenden. Telephon 6612.

Geldeinzahlungen auf das alte Postscheckkonto Kriegs Brandt dürfen auf keinen Fall mehr stattfinden, sondern sie sind weiteres per Postanweisung an Paul Dächner, Halle a. d. S., Gr. Klausstraße 19, desgleichen sämtliche anderen Postsendungen.

Sämtliche Ortsgruppen, die am 7. März auf der Fahrt nach Teutschenthal Halle berühren, melden dies sofort der Gauleitung, zwecks Mitteilung des Hauptsammelplatzes.

Ortsgruppe Halle

Alle Kameraden der Altermannschaft treten am Sonntag, 7. März, zur Teilnahme an der Fahrt nach Teutschenthal pünktlich vormittags 8 Uhr auf folgenden Stellen an:

Bezirk 1 (Chen) Rathplatz;
Bezirk 2 (Süden) Johannisplatz;
Bezirk 3 (Westen) Weingärtenplatz;
Bezirk 4 (Norden) Dorothenstraße (vor der Kraxelei);
Bezirk 5 (Zentrum) Paradeplatz;
Spielmannszug Rathplatz.

Abfahrt von allen Bezirksplätzen 8.10 Uhr. Der Verkauf von Fahrtscheinen ist geschlossen. Alle zur Verfügung Stehenden Autos sind besetzt. Nachmeldungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Bezirk 1 (Chen). Freitag, 5. März, abends 8 Uhr, bei Hübner, Kurze Gasse, Bezirks-Pflichtversammlung.

Bezirk 4 (Norden). Freitag, 5. März, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Bezirks-Pflichtversammlung.

Jungfront

Sonntag, 7. März, Ausfahrt nach Teutschenthal. Abmarsch nach dem Hauptsammelplatz wie folgt:

Bezirk 2 (Süden) 7 Uhr Johannisplatz;
Bezirk 3 (Westen) ½8 Uhr Weingärtenplatz;
Bezirk 4 (Norden) ½8 Uhr Wettinerplatz;
Bezirk 5 (Zentrum) ½8 Uhr Paradeplatz.

Untergau Saalkreis

Alle mit der Ortsgruppe Halle nach Teutschenthal fahrenden Kameraden des Werbebezirks Geuben treten vormittags 8 Uhr auf dem Sammelplatz des Bezirks Norden an.

Reideburg. Freitag, 5. März, abends 8 Uhr, bei Bauermann in Büschdorf Mitgliederversammlung. Regelung der Fahrt nach Teutschenthal.

Lettin. Freitag, 5. März, abends ½8 Uhr, Antreten auf dem Appellplatz, Friedenseiche. Marschanzug.

Lobejün. Freitag, 5. März, im Gasthof „Adler" Pflichtversammlung.

Canena. Der gesamte Werbebezirk beteiligt sich am Roten Tag in Teutschenthal. Treffpunkt am 7. März, vormittags 7 Uhr, am Leuftturm. Kapelle zur Stelle.

Nisleben. Sonnabend, 6. März, besuchen alle Kameraden den Film „Sein Mahnruf". Sonntag, 7. März, Antreten zum Pflichtausmarsch in Reinsdorfs Lokal.

Gröbers. Sonnabend, 6. März, bei Mönlein, Domünde, Pflichtversammlung. — Sonntag, 7. März, Treffpunkt früh ½6 Uhr in Gröbers am Bahnhof. Abfahrt nach Halle ½6 Uhr. Fahrgeld für Teutschenthal wird in Halle abgeklärt.

Rattmannsdorf. Freitag, 5. März, Mitgliederversammlung. Regelung der Fahrt nach Teutschenthal.

Untergau Merseburg

Mücheln. Freitag, 5. März, abends 8 Uhr, im „Generalschlachthaus" außerordentliche Mitgliederversammlung. Endgültige Regelung der Fahrt nach Teutschenthal.

Merseburg. Sonntag, 7. März, 9 Uhr vormittags, Abfahrt vom Rathmarkt nach Teutschenthal.

Untergau Schkeuditz

Papitz, Modelwitz. Freitag, 5. März, abends 7 Uhr, im „Landhaus" außerordentliche Mitgliederpflichtversammlung. Alles muß erscheinen.

Schkeuditz. Sonnabend, 6. März, abends 7 Uhr, im Kursaal (Gasthof) Beisammensein. Sonntag früh 6 Uhr Sammelplatz zum Abmarsch. Notfalls Erscheinen nötig.

Freiroda. Sonntag, 7. März, im Gasthof Freiroda Gedächtnisfeier für die Märzgefallenen.

Die Kameraden der engeren Nachbarschaft werden zum Sonnabend gebeten, in Curdorf zu unterstützen. Für Sonntag, 7. März, sind alle Kameraden, die nicht nach Teutschenthal können, verpflichtet, sich in Freiroda zu beteiligen. Schkeuditz mit Spielmannszug marschiert pünktlich 4 Uhr vom Steglitz ab.

Gröbers. Sonnabend, 6. März, Pflichtversammlung bei Mönlein.

Untergau Mansfeld (Kreis)

Alle Kameraden der Ortsgruppen Wolferode, Klostermansfeld, Wimmelburg, die am 7. März mit nach Teutschenthal fahren, melden sich sofort bei dem Kameraden W. Dunkel, Eisleben, Feldstraße 1. Fahrpreis ab Eisleben mit Auto 80 Pfennige.

Erdeborn. Sonntag, 7. März, vormittags 7 Uhr, Antreten zum Abmarsch nach Teutschenthal.

Oberröblingen. Alle Kameraden beteiligen sich am Sonntag, dem 7. März, an dem Roten Tag in Teutschenthal. Abfahrt des Autos Amsdorf, Gasthaus „Zum Jäger", 7.30 Uhr; Unterröblingen, Gasthaus Reinhold, 8 Uhr; Oberröblingen, Gasthaus Lentsch, 8½ Uhr.

Helfta. Sonntag, 7. März, vormittags 7½ Uhr, Abmarsch von der „Linde" (Mittel) nach Teutschenthal.

Gerbisleben. Sonnabend, 6. März, nachmittags 6 Uhr, Antreten an der Dorfaue zum Abmarsch nach Alberstedt.

Hettstedt. Sonntag, 7. März, beteiligt sich die Ortsgruppe an der Demonstration gegen den Fürstenraub. Alle Reifsle Antreten ¾1 Uhr im „Hohenzollern" zum Abmarsch von daselbst pünktlich ½1 Uhr.

Untergau Bitterfeld

Sämtliche Kameraden des Untergaues treffen sich am Sonntag, den 7. März, vormittags ½8 Uhr, im Bitterfelder „Gesellschaftshaus". Propagandamittel. Auto gegen die Fürstenabfindung.

Brehna. Sonnabend, 6. März, abends ½8 Uhr, im Gasthof „Zur Sonne" Pflichtversammlung.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Sonntag, 7. März, vorm. 8 Uhr, Pflichtausmarsch nach Zahna. Arsenalplatz.

Untergau Weißenfels

Hohenmölsen. Sonntag, 7. März, beteiligt sich die gesamte Ortsgruppe an Werbeveranstaltung in Grunau. Abmarsch nachmittags 4 Uhr vom Zeitzer Tor.

Weißenfels. Sonntag, 7. März, mittags 1 Uhr, Antreten zum Pflichtausmarsch Rosalisweg.

Untergau Zeitz

Zeitz. Sonnabend, 6. März, abends 7 Uhr, im Jugendheim Werbeabend mit Jungfront. Spielleute zur Stelle. Alle Kameraden beteiligen sich dann. Die Ortsgruppen Kaseberg, Zeitz, Theißen, Droßdorf, Kretzschau, Kaundorf, Oberteich beteiligen sich am Freitag, den 5. März, an den Begräbnis verstorbenen Kameraden Marschall. Begräbnis 3¼ Uhr in Oberteich.

Kaseberg. Sonntag, 7. März, vormittags ½9 Uhr, Antreten zum Umzug. Fahnen verpassen.

Magdeburg-Anhalt

Zeitzig. Sonntag, 7. März, ½8 Uhr, im „Volkshaus" Märzgefallenenfeier.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus Organisation aus

Bekanntmachung

betr. Beschaffung von Neubauwohnungen

Infolge der Lockerungen des Wohnungsmangelrechtes und der bei den Behörden öffentlichen Wohnungsbewirtschaftung ungünstigen Rechtsprüfung ist die obertirchlichen Ämter hätte sich das laufende Angebot an Altwohnungen stark zurückgegangen. Die Wohnungskommission beim Wohnungsamt kann deshalb nur noch eine Anzahl derjenigen Wohnungsuchenden mit Altwohnungen versorgen, die in den letzten Monaten im Zeitraum auf Zuweisung einer Wohnung rechnen konnten. Wo die Wohnungsinstanzen bei Hausgrundstücken nur noch die Zahl der Hausgrundstücke ist, die bis jetzt bei der Neubauwohnungen künftig größer sein wird als die Zahl der Altwohnungen. Den als „dringlich" anerkannten Wohnungsuchenden wird daher empfohlen, sich rechtzeitig mit Erstellern von Neubauwohnungen (Baugenossenschaften und Privatunternehmern) in Verbindung zu setzen, um sich den Besitz einer mit öffentlichen Mitteln zu erstellenden Neubauwohnung zu sichern.

Als Bewerber kommen außer den Inhabern von Freischeinen (Nummer 1 nur Wohnungsuchende zu Frage, deren Wohnbedürfnis als dringlich anerkannt (rote Karte), soweit sich einzelne Bauherren wegen Transportmangel und Hausgrundstückshypotheken nicht verpflichtet haben, nur mit Inhabern von Freischeinen und dringlich anerkannten Wohnungsuchenden bis zu einer Bewerbernummer Mieterzitige abzuschließen. Anträge auf Zuweisung von Altwohnungen sind durch die Bauherren beim Wohnungsamt schriftlich einzureichen.

Die Mieten werden in der Uebergangszeit durch Rückstellung Hausgrundstücken gesichert, daß das investierte Kapital bis zu einer Wertrückstellung von 60 Centimeter mit 3 Prozent zu verzinsen ist. Auch ist der Bauherr der Instanzen zur Zuschüsse verpflichtet, für Unterhaltung, Verwaltung und Betrieb nur 3% der Friedensmiete zu fordern.

Halle, 3. März 1926. Der Magistrat

Bezirk: Halle-Merseburg

Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 1473

Die für Sonnabend, den 6. März, angesetzte Versammlung findet nicht statt.

Teutschenthal. Freitag, 5. März, abends 8 Uhr, im „Eisdenhof" Funktionärsitzung. Freitag, 5. März, abends 8 Uhr, im „Eisdenhof" Funktionärsitzung. ½8 Uhr, Abrechnung der Kassierer.

Geuna. Sonnabend, 6. März, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung.

Nauburg. Sonnabend, 6. März, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung.

Naumburg. Sonntag, 7. März, abends 8 Uhr, im Hotel Mitgliederversammlung.

Bad Kösen. Dienstag, 9. März, ½8 Uhr, im Gasthof große Mitgliederversammlung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260305-11/fragment/page=0004

Gewerkschaftsbewegung

Das Programm zur Betriebsrätewahl*)

Von Karl Becker.

Im März finden die Neuwahlen der Betriebsräte statt. Sie fallen in eine Zeit der Krise der kapitalistischen Wirtschaft, größter Arbeitslosigkeit und schärfster Unternehmeroffensive (Lohnabbau). Man sollte meinen, daß es in einer solchen Zeit ganz unmöglich sein, die Betriebsrätewahlen durchzuführen, ohne dabei zu den Programmen und zukünftigen Aufgaben der Betriebsräte und Gewerkschaften Stellung zu nehmen und auf der Grundlage eines Programms die Wahlagitation durchzuführen. Aber der Bundesvorstand des ADGB. bringt das fertig. In seinem Aufruf für die Betriebsrätewahlen bringt er nur technische Anweisungen für die Wahl, behauptete in einem Satz, daß die Gewerkschaften alles Notwendige gegen die Krise tun (ohne zu sagen, was sie tun) und verweist die Betriebsräte lediglich auf die Ausübung ihrer „wichtigen gesetzlichen Rechte".

Es ist daher unbedingte Pflicht, nur solche Betriebsräte zu wählen, die mit diesen gesetzlichen Rechten genau vertraut sind."

Kein Wort wird gesagt über das Wie des Kampfes gegen

Alle Zahlstellen

der Gewerkschaften müssen Agitationszentren für die Fürstenenteignung werden. Sorgt dafür, daß in jeder Zahlstelle Material (Flugblätter, Handzettel usw.) ausliegt. Hängt die Plakate in die Gasträume.

Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Stillegungen usw., kein Wort darüber, daß **die Betriebsräte die Träger der gewerkschaftlichen Aktion in den Betrieben** sein müssen, kein Wort über die Zusammenarbeit der freigewerkschaftlichen Betriebsräte zu Vollversammlungen usw.

Der Aufruf des Bundesvorstandes zu den Betriebsrätewahlen sagt, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Betriebsräte nach wie vor zum Teil als untergeordnete Handlanger, zum Teil als notwendiges Uebel betrachten. Kein klassenbewußter Gewerkschafter kann das gutheißen. **Die Betriebsräte sind heute ein wichtiger Faktor in der Arbeiterbewegung.** Sie müssen zum Nutzen der gesamten Arbeiterbewegung **ein noch wichtiger Faktor sein, wenn sie mehr als bisher in Verbindung mit den gewerkschaftlichen Vertrauensmännern die Träger der gewerkschaftlichen Aktion würden.** Deshalb gilt es gerade bei der Neuwahl der Betriebsräte in dieser Richtung zu arbeiten und in den gewerkschaftlichen Funktionär- und Mitgliederversammlungen der Betriebe **nur solche Kandidaten aufzustellen, welche auf dem Boden des nachfolgenden Plattform stehen:**

1. Erhöhung der Unterstützungssätze der Erwerbslosen um 50 Prozent.
2. Einführung einer Kurzarbeiterunterstützung in der Höhe des Erwerbslosenfalls.
3. Zur Abwehr der Lohnabbauoffensive der Unternehmer Verbindung der Bewegungen in den entscheidenden Industriezweigen (Eisenbahn, Bergbau usw.) zur Durchführung eines großen Abwehrkampfes. So allein nur kann der Lohnabbau verhindert und eine Lohnerhöhung erkämpft werden.
4. Zu diesem Kampfe, der die ganze Macht der Gewerkschaften gegen die der Kapitalisten einsetzt, gilt es auch ernsthaft für die Arbeiterbeirung des Achtstundentages zu kämpfen. Der Kampf um den Achtstundentag ist heute gleichzeitig ein Kampf für die Erhaltung der Arbeitslosigkeit.
5. Kampf gegen Betriebsstillegungen und für die Wiedereröffnung rentabler Betriebe. Wir fordern die entschädigungslose Enteignung solcher Kapitalisten, welche rentable Betriebe stillegen. Die Besitzung und Kontrolle ist den Betriebsräten und Gewerkschaften zu übertragen.
6. Staatskredite an Industrie, Banken, Handel und Landwirtschaft sind nur in der Form der Staatsbeteiligung unter Einführung der Kontrolle der Betriebsräte und Gewerkschaften zu geben.
7. Volle Beteiligung am Volksentscheid für die entschädigungslose Fürstenenteignung. Aktive Beteiligung an der Agitation und Organisation der Bewegung.
8. Wiederbelebung der freigewerkschaftlichen Betriebsrätebewegung. Für den Wirkungskreis jedes Ortskartells des ADGB. muß ein freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale geschaffen werden. Regelmäßig mindestens einmal im Monat muß eine Betriebsräteversammlung stattfinden. Darüber hinaus Bezirks- und Reichsbetriebsrätekongresse.
9. Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses, um zum Kampf gegen die Unternehmeroffensive und Wirtschaftsdiktatur Stellung zu nehmen hat, um die notwendigen Beschlüsse zu fassen und die gesamte Arbeiterklasse zu mobilisieren.

Das sind die wichtigsten Forderungen und Fragen, welche bei der Betriebsrätewahl gestellt und behandelt werden müssen. Sie bilden für jeden klassenbewußten Arbeiter **die Grundlage für die Aufstellung der Kandidaten** in der freigewerkschaftlichen Mitgliederversammlung des Betriebes sein.

*) Aus der Märznummer der Betriebsrätezeitschrift „Arbeiter-Rat". Jeder Betriebsrat und Gewerkschaftsfunktionär müßte diese monatlich erscheinende Zeitschrift regelmäßig lesen. Preis Nummer 20 Pf.

Nach den Metallindustriellen klöckt auch der Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden vor

Der Schiedsspruch für die Metallindustrie, den wir am 4. M. veröffentlicht haben, ist für die Metallarbeiterschaft unannehmbar. Sein Sinn ist, daß die Geschlossenheit der Organisation für die Arbeiter zunichte gemacht und sie jedem einzelnen Unternehmer ausgeliefert werden soll, der nun erklären kann, daß er ihn die Beibehaltung des alten Lohnes „untragbar" ist, und Einzelstreiks also auf Grund des Schiedsspruches doch Lohnerhöhungen verkündet. Wohlweislich werden die Unternehmer natürlich nicht an ein und demselben Tage diesen Vorstoß machen, so daß die große Gefahr besteht, daß ein Betrieb gegen den anderen ausgespielt wird. Das muß die Metallarbeiterschaft erkennen und durch ihre Beschlüsse und **alle notwendigen Vorbedingungen einen erfolgreichen Kampf schaffen.** Für die Arbeiterschaft, die heute noch im Produktionsprozeß steht, heißt es jetzt **unerläßlich zu sein.** Der freigewerkschaftliche Kampf um einen **außerordentlichen Gewerkschafts-Kongreß** muß verstärkt aufgenommen werden.

Wie notwendig **die engste Verbindung der Arbeiterschaft der verschiedenen Verbände** und Industrien ist, welche intensive Arbeit die Ortsausschüsse **des ADGB.** zu leisten haben, beweist folgendes Schreiben des

Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes:

„Scheinbar ermutigt durch die immer größer werdende Zahl der Erwerbslosen — es ist ja verlockend, diese vielleicht ohne weiteres als Reserve für sich buchen zu können — scheint der Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden den gegenwärtigen Zeitpunkt besonders günstig anzusehen, zu einem Generalangriff auf das bestehende Tarifrecht der kommunalen Arbeiter zu blasen. Aber wie die Herren nun einmal sind, suchen sie sich auch vorher Hilfskräfte, die sie von ihrem Standpunkt aus als „zuverlässiger" ansehen. Was liegt da näher als die Beamten und Angestellten in den kommunalen Betrieben? Nicht ohne Grund und Absicht hat man vielerorts Anträgen von Arbeitern auf Ueberführung ins Angestelltenverhältnis ein williges Ohr geschenkt und ganz planmäßig betriebswichtige Stellen — und nur diese — zu Angestelltenstellen gehoben. Wenn auch nicht immer materielle Besserstellung damit verbunden ist, so glaubt man doch, durch den Privatdienstvertrag diese Arbeitnehmer enger an den Betrieb gefesselt zu haben und sie als willenloses Werkzeug behandeln zu können. Wie anders sollte der Inhalt eines Schreibens, den uns der bekannte Wind auf den Tisch wehte, gewertet werden? Das betreffende Schreiben lautet:

„Der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden hat uns gebeten, ihm zur Vorbereitung der erforderlichen Maßnahmen für den Fall eines Streikes der kommunalen Arbeiter Angaben über die bei den städtischen Betrieben beschäftigten Beamten und Angestellten zu machen. Wir ersuchen, der Bitte durch Ausfüllung des anliegenden Formulares zu entsprechen. Um Rückgabe des Formulars innerhalb der nächsten zehn Tage wird ersucht."

Die Tatsache allein, daß der Arbeitgeberverband mit einem eventuellen Streik der kommunalen Arbeiter rechnet, sollte zur Genüge beweisen, wie schuldig er sich fühlt, wenn der kommunale Arbeiter heute noch für Löhne arbeitet und arbeiten muß, die ihm und seiner Familie nicht einmal das bescheidenste Auskommen sichern. Denn daß der Arbeiter nicht aus Freude am Streik oder Uebermut zu dieser scharfen Waffe greift, ist auch dem Arbeitgeberverband nur zu gut bekannt. Andererseits bringt er aber dem berechtigten Verlangen der Arbeiter auf Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage durchaus kein Verständnis entgegen, versucht vielmehr, in unverantwortlicher Weise außerdem noch das bestehende Tarifrecht bedeutend zu verschlechtern. Sollte auch hier der Grund zu oben zitiertem Schreiben liegen und sollte ihn nur sein Machtdünkel davon abhalten, vernünftigere Maßnahmen zu ergreifen? Einsicht ist auch schon ein Fortschritt.

Sollte indessen der Arbeitgeberverband es auf eine Machtprobe ankommen lassen wollen, ganz vergessend, wie schädigend derartige Methoden auf unser schwer darniederliegendes Wirtschaftsleben wirken würden, gut, wir sind gerüstet. Das Liebäugeln des Arbeitgeberverbandes mit den Beamten und Angestellten in den kommunalen Betrieben dürfte auch keine Erfolge mehr für ihn bringen. Auch diese haben eingesehen, welche Macht sie besitzen können, wenn sie gewerkschaftlich fest zusammengeschlossen sind, und werden dem Arbeitgeberverband schon die richtige Antwort erteilen, wenn Streikbrecherdienste von ihnen verlangt werden.

Für die Arbeiter in den kommunalen Betrieben sollte aber die Absicht des Arbeitgeberverbandes der Ansporn sein, dafür zu sorgen, daß auch der letzte Mann in der zuständigen Organisation, dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, organisiert ist."

Baugewerkschaft Halle, Mitgliederversammlung

Uns wird geschrieben: Am 2. März fand eine Mitgliederversammlung des Baugewerksbundes statt, die nur sehr schwach besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden verschiedene verstorbene Mitglieder geehrt. Dann wurde Stellung genommen zu dem **außerordentlichen Bundestag.** Dieser solle sich hauptsächlich mit Finanzfragen beschäftigen. Der Hauptvorstand hat eine beträchtliche Erhöhung der Beiträge beantragt und eine Aenderung in den Bezügen der Erwerbslosen- und Krankenunterstützung. Für Halle würden an Beiträgen dann 1,75 Mk. für Maurer und 1,50 Mk. für Hilfsarbeiter in Frage kommen. Auch soll die alte Staffelung verändert werden. Auf Vorstellung von Brauns und Hübner wird dem entgegen ein Antrag zur Annahme gebracht, daß die alte Staffelung beibehalten werden soll. Ein anderer Antrag, daß die Beiträge nicht erhöht werden und die Erwerbslosen- und Krankenfürsorge in Fortfall kommen (es muß um ausreichende staatliche Fürsorge gekämpft werden), wird als Erweiterungsantrag gegen einige Stimmen ebenfalls angenommen.

Weiter wird in der Versammlung bekanntgegeben, daß die Bücher der vom Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter zum Baugewerksbund übergetretenen Kollegen am Sonntag ausgegeben werden. — Die betreffenden Kollegen müssen also zu diesem Tage unbedingt die fälligen Beiträge bereithalten.

Kollege Meyhenhauer verlangte eine Berichtigung an „Volksblatt" und „Klassenkampf", weil in dem Bericht der letzten Versammlung fälschlicherweise geschrieben war, daß Kollege Meyhenhauer, dessen Amt als zweiter Vorsitzender vom Hauptvorstand nicht bestätigt wurde, wieder zur Wahl gestanden hätte, während dies nicht zugelassen worden ist. Diese Beschwerde wird schnell beseitigt gegen, dagegen die Schreibweise des „Klassenkampf", die den Brauns und Hübner nicht angenehm ist, bemängelt. Zum Schluß der Versammlung wurde darauf hingewiesen, daß nach dem Bundestag eine **öffentliche Versammlung** stattfinden soll und vor der von dem Zersplitterer Kaiser, Berlin, einberufenen Versammlung gewarnt.

Auf dem Wege zur Einheit!

Sitzung des Verbandsbeirats der ausgeschlossenen Bauarbeiter am 14. Februar in Berlin

Am 14. Februar tagte in Berlin (Haberland-Festsäle) der Beirat des VbaB. Das Zentralbureau hatte einen schriftlichen Bericht über die Auswirkung der Verbandstagsbeschlüsse vorgelegt. Nach einer gründlichen Aussprache, in der festgestellt wurde, daß bei den Mitgliedern des Baugewerksbundes die konsequenten Schritte der ausgeschlossenen Bauarbeiter zur Herstellung der Einheit überall freudig begrüßt werden, wurde folgende Entschließung angenommen:

Resolution

Der Verbandsbeirat des VbaB. hat in seiner Sitzung in Berlin am 14. Februar 1926 die Berichte des Zentralbureau und der Bezirksleitungen über die Maßnahmen zur Durchführung der Beschlüsse des 3. Reichskongresses entgegengenommen.

Die Beiratssitzung heißt das Vorgehen der Bezirke Mitteldeutschland und Hamburg gut.

Außerdem wird festgestellt:

1. **daß in Sachsen, Rheinland-Westfalen und Ostpreußen die Vorbereitungen zur Durchführung der Verbandstagsbeschlüsse richtig getroffen sind;**
2. **daß der Verein M.-Gladbach sich noch nicht entschieden hat;**
3. **daß der Verein Berlin sich vom Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter Deutschlands losgelöst und einen eigenen Laden aufgemacht hat.**

Der Verbandsbeirat ermahnt die M.-Gladbacher Kollegen, sich nicht von der revolutionären Linie zu trennen. Sie haben mit den übrigen ausgeschlossenen Bauarbeitern jahrelang von der Einheit geredet und werden jetzt hoffentlich auch den Mut aufbringen, die Einheit praktisch zu verwirklichen.

In Berlin werden sämtliche Freunde der Einheit aufgefordert, mit unerschütterlicher Energie ihren Kampf für die Anerkennung unserer Verbandstagsbeschlüsse fortzusetzen.

Außerdem wurde beschlossen, den „Bauarbeiter" in Zukunft nach Bedarf herauszugeben. Die Restbestände der Lokal- und Hauptkassenvermögen sollen nur für die revolutionäre Arbeiterbewegung und vor allem für die Streik- und Gemaßregeltenunterstützung solcher Kollegen verwandt werden, die in einer freien Gewerkschaft wegen ihrer revolutionären Einstellung und Tätigkeit unter keinen Umständen aufgenommen werden.

Vom Zentralbureau war ein Entwurf zu einem Aufruf an alle Bauarbeiter Deutschlands vorgelegt. Dieser wurde gebilligt. Der Aufruf ist inzwischen allen Vereinen zugeschickt worden.

Beschlossen wurde, jedem Kollegen, der seine Pflicht im VbaB. erfüllt hat (dazu gehört auch, daß sämtliche Extrabeiträge und Kampffondsmarken geklebt sind), eine Bescheinigung für treue Pflichterfüllung auszustellen. Es sind rote Karten, die einheitlich für alle Vereine vom Zentralbureau hergestellt werden. Gültigkeit haben nur diese Karten, wenn sie gleichzeitig mit dem Stempel des Bezirksvereins und der Unterschrift eines verantwortlichen Vorstandsmitgliedes des Vereins unterzeichnet sind. Einzelne Baugewerkschaften vermerken auch von sich aus die im VbaB. zugebrachte Zeit im Mitgliedsbuch des Baugewerksbundes. Trotzdem ist es aber angebracht, daß sich alle Kollegen einen solchen Ausweis besorgen, um jederzeit, auch in späteren Jahren, in der Lage zu sein, nachweisen zu können, daß sie auch als ausgeschlossene Bauarbeiter ihre gewerkschaftliche Pflicht erfüllt haben.

Der Versuch der Kaiser-Leute, ihre Organisation im Reichsmaßstab auszudehnen, ist als gescheitert zu betrachten. In Greifswald sind nicht, wie ursprünglich angenommen wurde, 13 Kollegen, sondern nur sechs zu Kaiser gegangen. Kaiser konnte es auch bis jetzt noch nicht wagen, seinen „eigenen Laden" der deutschen Bauarbeiterschaft als den alleinseligmachenden „Deutschen Industrieverband der Bauarbeiter" zu präsentieren. So viel steht jedenfalls heute schon fest, daß, falls er diesen Schritt dennoch wagen würde, ein riesiges Gelächter die Antwort der gesamten Bauarbeiterschaft ist. Vorläufig begnügt sich Kaiser noch damit, Handlangerdienste für den aus den Resten des „Freien Eisenbahnerverbandes" von Schmidtke gegründeten „Industrieverband für das Verkehrsgewerbe" zu leisten. Außerdem ist er dabei, seinen Laden von den Mitgliedern der Kommunistischen Partei zu „säubern". Er hat zu diesem Zweck angeordnet, daß ihm jeder Kommunist, der irgendwo auf der Baustelle, in Versammlungen usw. für die Einheit spricht, sofort telephonisch zu melden ist. An anderen Tage hat dann der denunzierte Kollege ohne weitere Angabe von Gründen und ohne die Möglichkeit, sich zu verteidigen, per Einschreibebrief seinen Ausschluß. Der Vorsitzende der Berliner Schiedskommission ist von Kaiser bevollmächtigt, um sofort seine Unterschrift unter die Ausschlußbriefe setzen zu können. Die Zellen der Kommunisten in Berlin arbeiten trotz aller Schwierigkeiten mit allen Kräften für den Gedanken der Einheit. Die verzweifelten Maßnahmen der Kaiser-Leute zeigen, daß diese Zellen auf dem richtigen Wege sind.

Es geht trotz aller Hindernisse und Schikanen vorwärts auf dem Wege zur Einheit!

Vom 21. bis 27. März findet in allen Ortsgruppen des Bezirks ein allgemeiner

Gewerkschaftstag

statt. Gewerkschaftsleiter! Bereitet jetzt schon die Sitzungen vor!

Erstickt die Diktaturgelüste der Hamburger

Ein neuer Schandstreich der Genossenschaftsbureaukratie

Mit der langsam aber stetig zunehmenden proletarischen Opposition wachsen auch der Größenwahnsinn und die Brutalität der Hamburger Genossenschafts-„Führer". Den Hamburgern schwillt der Kamm, und es wird allerhöchste Zeit, daß die proletarischen Genossenschaftermassen diesen geschwollenen Kamm nicht nur auf sein ursprüngliches Maß zurückführen, sondern sie müssen die Träger dieser geschwollenen Kämme, diese entarteten Emporkömmlinge, von ihren Sitzen herunterholen.

In Nr. 9 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" vom 27. Februar 1926 verspritzen die giftgeschwollenen Nattern ihr Gift gegen die Fraktionsarbeit der Kommunisten in den Konsumvereinen. Mit einer zynischen Brutalität ohnegleichen präsisieren sie ihren Unternehmerstandpunkt. Wer nicht pariert, fliegt! Wer der Meinung ist, daß die gewaltige Genossenschaftsbewegung nicht in den Dienst der kapitalistischen Wirtschaft gestellt werden darf, sondern zu einem **Kampfmittel des Proletariats** geformt werden muß, und wer demzufolge die kapitalistische Einstellung der „Hamburger" bekämpft, wird ausgeschlossen. Höher geht's wahrlich nimmer!

In demselben Maße, in dem die Bureaukratie den geschäftlichen Methoden des Unternehmertums nachsteht, in demselben Maße übertrumpft sie diese an Brutalität ihren Angestellten gegenüber. Man hör nur:

„Funktionäre der Genossenschaft — ob angestellt oder ehrenamtlich —, die ihrer proletarischen Anschauung Ausdruck geben und sie zu verwirklichen suchen, sind zu entlassen und aus der Genossenschaft auszuschließen.

Arbeiter und Angestellte, die auf eine Aenderung der Politik der Genossenschafts-„Führer" hinarbeiten, sind zu maßregeln.

Genossenschaften, die sich weigern, Hamburgs Befehle auszuführen, sind aus dem „Zentralverband deutscher Konsumvereine" auszuschließen."

Diese wahnwitzigen Anordnungen müssen in den Reihen der proletarischen Genossenschaftsmitglieder einen **Proteststurm** entfachen, der diese Leute von ihren Thronsesseln herunterfegt. Umso tatkräftiger und zielbewußter müssen die klassenbewußten Genossenschafter in ihren lokalen Konsumvereinen eine breite Oppositionsfront gegen die Hamburger und deren Ableger im Reiche organisieren.

Proletarische Genossenschafter, erkämpft die Mehrheit in Euren Vereinen! Verdoppelt Eure Anstrengungen, um dieses Gesindel zu verjagen! Erzwingt die Einreihung der Arbeiterkonsumvereine in die rote Klassenfront des Proletariats!

Lederarbeiter für eine neue Rußland-Delegation

Mannheim. Um einem seit langem bestehenden Wunsche der Mitgliedschaft nachzukommen, **beschloß der Lederarbeiterverband in Weinheim die Entsendung einer Rußland-Delegation, die aus den Kollegen Heinrich Nikolay, Vorstandsmitglied des Lederarbeiterverbandes und Mitglied der SPD., und dem Kollegen Leonhard Seib, zweiter Vorsitzender des Lederarbeiterverbandes und Vorsitzender des ADGB., sowie Mitglied der KPD., bestehen soll.**

Verbindlich erklärter Schiedsspruch für den Kalibergbau

Der Reichsarbeitsminister hat dem Antrag der Bergarbeiterverbände auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs für den Kalibergbau stattgegeben.

Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs im Buchdruckgewerbe. Das Reichsarbeitsministerium hat den von Unternehmerseite abgelehnten Schiedsspruch, durch den der Reichstarif für das deutsche Buch- und Zeitungsdrucker-Hilfspersonal bis zum 31. Mai verlängert worden ist, für verbindlich erklärt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260305-11/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Arbeitseinteilung

zum Volksbegehren am Sonntag, dem 7. März

An alle Parteigenossen von Halle!

Vormittags 8 Uhr: Antreten der nach Teutschenthal fahrenden RFB.-Kameraden.

8½ Uhr: Abfahrt des RFB. nach Teutschenthal;

9½ Uhr: Sammeln der Frauen und Parteigenossen auf dem Kohlplatz;

9½ bis 10½ Uhr: Frauendemonstration nach dem Hallmarkt;

10½ bis 11 Uhr: Abmarsch von Hallmarkt nach den Agitationslokalen des Einheitskomitees;

44 bis 2 Uhr: Schreibdienst für das Volksbegehren von den Agitationslokalen aus. (Also: erst nach 2 Uhr Mittag essen!)

Alle Arbeiterwohnungen flaggen rot!

Kein Fenster ohne rote Fahne!

VZ. Agitprop.

Der erste Tag des Volksbegehrens

Der Magistrat tritt den Rückzug an

Was mit der geradezu skandalösen Bekanntmachung der Einzeichnungslokale zum Volksbegehren von dem Magistrat erreicht werden sollte, ist sichtlich am ersten Tage des Einzeichnungstermins in Halle eingetroffen. Und was dem Magistrat durch seine Sabotage noch nicht ganz geglückt war, vollendeten die reaktionären Rektoren der Schulen, in denen die Lokale festgesetzt waren. Kaum daß man das Wahlzimmer fand, das oft nicht einmal ein Wahlzimmer war. Wie von einem Magistratsmitglied selbst zugegeben werden mußte, hatten einige Schulen

einfach nur Kellerräume als Einzeichnungslokale hergegeben,

in anderen Schulen hatte man weder Tische noch Stühle zur Verfügung gestellt. Diese schlimmsten Auswüchse sind denn auch durch das Magistratsmitglied beseitigt worden, da die Herren keineswegs ein reines Gewissen in dieser ganzen Sache hatten.

Der Magistrat mußte sich aber noch in anderen Fragen dem Druck der breiten Massen beugen. Uns geht der Bericht des hallischen Einheitskomitees zu, das gestern nachmittag um ½4 Uhr eine

Delegation zum Schulrat Finger

entsandt hatte. Herr Finger erkannte das Einheitskomitee an und verhandelte mit dessen Vertretern, die Mitglieder großer proletarischer Organisationen sind. Und so konnte denn das Einheitskomitee — das von der Sozialdemokratie noch vor wenigen Tagen als nicht bestehend geschmäht und abgeleugnet wurde, wesentliche Erfolge erzielen.

Der Protest der Delegation richtete sich vor allem auf vier Punkte:

1. Gegen die Art der Bekanntmachung an den Anschlagsäulen, die kaum zu lesen ist,

2. gegen die Art der Bezirkseinteilung, wonach beispielsweise die Bewohner von Kröllwitz, die z. B. am Waldkater wohnen, bis in die Mittelindischule laufen müssen,

3. gegen die geringe Anzahl der Lokale überhaupt und

4. gegen eine von Herrn Finger geplante Anordnung, wonach die Eintragung alphabethisch nur an bestimmten Tagen vorgenommen werden sollte.

Die Vertreter des Einheitskomitees erreichten nach einer lebhaften Aussprache, daß auf rotem Papier in deutlichem großen Druck eine neue amtliche Bekanntmachung von der Produktiv-Genossenschaft anzufertigen ist, die folgende Abänderungen enthält:

Der Wahlbezirk 31, dem zugemutet worden war, nach der Martinschule zu gehen, wird nach der Klosterschule überweisen; die Bezirke 47, 48 49 und 50, die nach der Freiimfelderschule gehen sollten, wurden der Talamtschule zugewiesen. Der Bezirk 60, der nach der Alten Volksschule gehen sollte, wählt nach der Neueinteilung in der Torschule. Bezirk 78, der nach der Hüttenschule eingeteilt war, kommt nunmehr zur Lutherschule.

Die neue Bekanntmachung soll am Sonnabend in allen Zeitungen und an den Anschlagsäulen veröffentlicht werden.

Die Mehreinrichtung von Lokalen soll in der heute stattfindenden Magistratssitzung angeregt und besprochen werden. Außerdem mußte Geheimrat Finger den mit Ausweis versehenen Mitgliedern des Einheitskomitees die Erlaubnis zur täglichen Einsichtnahme in die Listen zwecks Feststellung des Resultats erteilen.

Die Vertreter der Einheitskomitees hatten schon gestern abend um 8 Uhr versucht, einige Ergebnisse des ersten Einzeichnungstages festzustellen. Dabei wurden ihnen allerdings erhebliche Schwierigkeiten gemacht. Insbesondere wurde Herr Franke, Mitglied des Einheitskomitees, von den Beamten in der Glauchschule, Taubenstraße, zur Einsichtsnahme nicht zugelassen, obwohl er sich den Beamten gegenüber auf den Amtlichen Preußischen Pressedienst stützte, in dem es heißt:

Es bestehen aber keine Bedenken, wenn Beauftragten der Parteien auf Wunsch allgemeine Auskünfte über den Fortgang der Eintragungen gegeben werden. Solche Auskünfte können insbesondere gegenüber den Obleuten der Parteien oder Organisationen, die ein Volksbegehren betreiben, nicht abgelehnt werden, weil diese rechtzeitig sich zu vergewissern haben, ob Eintragungslisten oder Anhänge- oder Einlagebogen dazu noch nachzuliefern sind.

Infolge dieser Schwierigkeiten sind wir noch nicht in der Lage, heute schon einen gewissen Ueberblick über die Einzeichnungsresultate am ersten Tage zu geben. Da nun aber Stadtrat Finger zugestehen mußte, daß den Mitgliedern des Einheitskomitees das Recht der Einsichtnahme in die Einzeichnungslisten zusteht, hoffen wir, daß die Behörden endlich von allen weiteren Hindernissen Abstand nehmen.

An die Arbeiter von Halle aber ergeht nunmehr die Aufforderung, nachdem das Einheitskomitee die Zugeständnisse des Magistrats erzwungen hat, sich in den bekannten Agitationslokalen dem Einheitskomitee restlos zur Verfügung zu stellen und tatkräftig mitzuhelfen an der

siegreichen Durchführung des Volksbegehrens.

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan . . .

Es ist eine alte Geschichte, daß es gerade im schwarzweißrroten Lager mit Ehrenwort und Diskretion nicht allzu genau genommen wird. Man benutzt gute Freunde zu irgendwelchen profitablen politischen Tricks, und wenn der Mohr dann seine Schuldigkeit getan hat, kann er gehen. So verfährt auch die „Hallesche Zeitung" mit Herrn „Kamrad" Drpander, dem ehemaligen Dezernenten der Straßenbahn, jetzt hallischer Kehrminister. Da Drpander keinen Einfluß mehr auf die große Straßenbahnerbelegschaft ausüben vermag und bei den Straßenreinigern höchstwahrscheinlich nutzlos für den Stahlhelm agitiert, sehen die Deutschnationalen nicht ein, warum sie diesen um das Hakenkreuz so verdienten Herrn nicht fallen lassen sollen.

Das haben sie in ihrer Mittwoch-Nummer in einer für Drpander und den gesamten hallschen Magistrat äußerst blamablen Weise getan, so daß der lachende Dritte ein helles Gelächter darüber anstimmen darf. Unsere Leser werden sich noch des Streits zwischen der Firma Christoph & Unmack in Niesky mit der Lindner A.-G. Ammendorf über die gute bzw. schlechte Qualität der jeweils gelieferten Straßenbahnwagen erinnern. Die Firma Christoph & Unmack hatte ein Schreiben an den Stadtverordnetenvorsteher und die gesamte hallsche Tagespresse gerichtet, in dem sie ihre Ware gegenüber der Lindnerschen herausstrich. Die „Hallesche Zeitung" hatte damals nichts eiligeres zu tun, als dieses Schreibe zu veröffentlichen, worüber in einer der letzten Stadtverordnetensitzungen lebhafte Empörung ausbrach. Unsere Genossen haben ihre Stellungnahme damals deutlich bekanntgemacht, die darin gipfelte, daß wir kein Interesse haben, uns schützend vor die kapitalistische Industrie zu stellen, und man ließ die Mitglieder des Ordnungsblocks miteinander raufen.

Es drehte sich in der Hauptsache um die Frage, woher die „Hallesche Zeitung" Kenntnis von dem Brief der Niesky er Firma habe und wer sie zum Abdruck ermächtigt hatte. Herr Busse rief einmal übers andre nervös, daß er der Presse keine Kenntnis des Briefes gegeben habe. Nun hat die „Hallesche Zeitung" selbst den Schleier der Ermächtigung gelüftet, und sie stellt in ihrer Mittwoch-Ausgabe fest:

„Wir hatten zunächst nicht die Absicht, diesen Brief zu veröffentlichen. Er wurde uns dann aber durch Herrn Stadtrat Drpander, den wir noch für den Dezernenten der Straßenbahn hielten, zur Verfügung gestellt. Herr Stadtrat Drpander versicherte uns auf unsere telephonische Anfrage hin, daß der Magistrat Wert auf Veröffentlichung dieses Briefes legte. Lediglich aus diesem Grunde sind wir diesem Ersuchen nachgekommen."

Man kann mit Fug und Recht behaupten, daß die Ermächtigung des Herrn Drpander eine tolle Schiebung darstellt, die den Magistrat rechtfertigen sollte, den Bau von Straßenbahnwagen weiterhin auswärtigen Firmen zu übertragen und die Zahl der hallschen Gewerbskollen nicht zu vorkleinern. Ob nun der gesamte Magistrat von dem Vorhaben des Herrn Drpander Kenntnis hatte, mag dahingestellt bleiben. Da die Veröffentlichung des Briefes aber ganz in der Linie seiner Auftragerteilungspolitik lag, trifft den gesamten Magistrat das Verschulden, das Herrn Drpander zuzuschreiben ist.

Man kann gespannt sein, wie „Kamrad" Drpander sich herausreden wird. Bielleicht erscheint er, wie das schon einmal bei ihm vorkam, eine Weile nicht. Undankbarkeit ist eben eine schlechte schwarzweißrote Tugend, und wir können uns gut vorstellen, wie Drpander auf einem Bettschemelchen kniet und bittet, der Stahlhelmgott möge ihn doch vor seinen Freunden schützen.

Hallische Tageschronik

Es gibt Brot genug!

Ein Arbeiter schreibt uns:

Unsere schöne Ziegelwiese, und zwar die Seite, wo die Unbemittelten im Winter unentgeltlich Eisport treiben konnten, wird jetzt Universitäts-Sportplatz. Das Gelände wird zu diesem Zweck mit Schutt und Asche aufgefüllt. Aus diesem Mull suchen die ärmsten der Armen alles heraus, um mit dem Erlös ihr trauriges Leben zu fristen. Auf der noch vorhandenen Wasserfläche schwimmen oft Tausende von Blechbüchsen usw. und bieten dem Spaziergänger einen ekelhaften Anblick. Dieser Tage entdeckte ich zwischen diesen schwimmenden Gegenständen ein ganzes Brot, beim Weitergehen entdeckte ich aber noch mehrere, und zählte 26 Brote, ohne die schon aufgeweichten und zerbrochenen. Gleichzeitig müssen Arbeiterfamilien hungern. Das nennt man demokratische Republik!

Anläßlich der Aufführung des Films „Sein Mahnruf" in Halle

hat Herr Prodszus, Inhaber des Biophon-Theaters, 50 Mark, Herr Göricke, Inhaber des Burg-Theaters, 35 Mark dem Landesausschuß der Internationalen Arbeiter-Hilfe zugewendet.

Bund der Freunde der IAH., LA. Halle-Merseburg.

Ins Wasser gefallen

In der Nacht zum 4. März gegen 2 Uhr fiel ein 13jähriger Knabe aus Ascherslehen bei der Ronneburg-Mühle, wo er sich zum Schlafen hingelegt hatte, in die Saale. Der Knabe hatte mit seiner Schulklasse einen Ausflug nach Halle mitgemacht und war von den anderen Schülern abgekommen. Schaden hat der Knabe durch das Fallen in das Wasser, aus dem er sich durch Schwimmen selbst rettete, nicht genommen.

Verkehrsunfälle

Am 3. März gegen 2 Uhr nachmittags wurde vor dem Gebäudestück Alte Promenade 2 ein 13jähriger Knabe von einem Lastkraftwagen überfahren. Der Knabe, der eine schwere Bauchverletzung erlitt, wurde mit dem Lastkraftwagen der Klinik zugeführt. Die Schuld soll den Ueberfahrenen, der beim Spiel mit noch mehreren Kindern vor den Wagen sprang, selbst treffen.

Am 3. März gegen 2.10 Uhr nachmittags wurde auf der Hindenburg-Brücke ein 7jähriger Knabe von einem Personenkraftwagen umgefahren. Er wurde, da er eine Verletzung an der linken Hand davongetragen hatte, mit dem Kraftwagen der Klinik und von dort, nach Anlegung eines Verbandes, der elterlichen Wohnung zugeführt. Die Schuld ist dem Knaben selbst zuzuschreiben, da er gegen den Kraftwagen angelaufen ist.

Am 3. März gegen 3.45 Uhr nachmittags wurde an der Ecke Schmeerstraße-Zapfenstraße eine Frau von einem Radfahrer angefahren und zu Boden geworfen, wobei die Frau eine Verletzung am linken Fuß davontrug.

* **Bund der Freunde der IAH., Ortsgruppe Halle.** Auf vielseitigen Wunsch der Mitglieder findet am Sonnabend, dem 6. März, abends 7½ Uhr, im Flugplatz-Kasino (Max Weber) ein geselliges Beisammensein statt. Musikdarbietungen, politisch-satirische Vorträge. Eintritt 30 Pf. Der Ueberschuß wird zugunsten der Küchenstube verwandt. Freunde und deren Familien werden durch unsere Mitglieder eingeführt.

* **Zentralverband der Steinarbeiter.** Die kombinierte Versammlung für Sonnabend, den 6. März, fällt aus. Die Ortsverwaltung.

Briefkasten

„Täglicher Leser!" Besten Dank für den neuen Bericht. Wir bitten Sie indes, zwecks Rücksprache einmal — möglichst vormittags von 8 bis 12 Uhr — auf unserer Redaktion vorzusprechen. **Strengste Diskretion wird zugesichert.**

Sonnabend, den 6. März 1926, abends ½8 Uhr, im Restaurationssaal des „Volkspark", spricht ein Opfer des Justizverbrechers Jürgens

Genosse Wollweber, Cassel

über das Thema:

Hinweg mit dem Staatsgerichtshof
Her mit der Vollamnestie

Rote Hilfe, Ortsgruppe Halle.

Frauen heraus! Demonstriert am Internationalen Frauentag gegen Fürstenraub und Massenhunger!

Zur Nachahmung empfohlen

Warum Persius „Tante Voß" abbestellte.

Der Berliner „Welt am Abend" entnehmen wir:

Der Volksentscheid hat die eine vorzügliche Seite, daß er nicht nur einzelne „demokratische" Persönlichkeiten, Parteien, sondern auch die Presse zwingt, Farbe zu bekennen und ihr wahres Gesicht zu zeigen.

Wie viele Leser einer „freisinnigen", „demokratischen" oder scheinbar arbeiterfreundlichen Zeitung wurden von ihrem Leib- und Magenblatt enttäuscht, als sie merkten, daß es nicht für den Volksentscheid bzw. für entschädigungslose Enteignung eintrat.

Durch Zufall (nicht etwa durch Herrn Persius) gelangen wir in den Besitz folgenden Schreibens, das der bekannte Pazifist und Linksrepublikaner L. Persius, Kapitän z. S. a. D. an das Haus Ullstein richtete, nachdem er am 1. Februar d. Js. die „Vossische Zeitung" abbestellt hatte.

„Sehr geehrte Herren!

Sie wünschen den Grund für meine Abbestellung der Zeitung zu erfahren. Der Staat hat mich entschädigungslos enteignet. Da ich in der Inflation, wie wohl die meisten, gezwungen war, meinen gesamten Besitz an Aktien, Obligationen, Anleihen usw. zu verkaufen, kommt eine Aufwertung nicht in Frage. Ich fordere „gleiches Recht für alle." Die Zeitung, die ich nun abbestellte, bekennt sich nicht zu diesem Spruch, tritt nicht für entschädigungslose Enteignung der Fürsten ein, unterstützt den Volksentscheid nicht.

Ich kann ein solches Zeitungsunternehmen auch nicht durch einige Mark Abonnement fördern.

Hochachtungsvoll

L. Persius, Kapitän z. S. a. D.

Ausgezeichnet, wer noch eine Zeitung hält, die nicht mit aller Intensität eintritt für Volksentscheid und entschädigungslose Enteignung der Fürsten, fördert die Gegenseite. Heraus mit allen Zeitungen, die nicht wenigstens in dieser Frage die Interessen der werktätigen Bevölkerung, der Inflationsopfer, Rentner usw. vertreten.

Hupo.

Ein russischer Film im Biophon-Theater

Die Filmproduktion der Sowjetregierung setzte schon ein, als noch der Bürgerkrieg alle Kräfte in Anspruch nahm. Auch der Film „Das Wunder des Soldaten Iwan" stammt aus dieser schweren Zeit. Gerade das macht diesen Film besonders interessant, wenn auch die neueren Erzeugnisse russischer Filmkunst eine größere Beherrschung der filmischen Ausdrucksmittel zeigen. Ein schlauer leibeigener Bauernbursche spielt seiner Gutsherrschaft allerlei Streiche. Als er sogar ein fettes Schwein im Bett des „gnädigen Fräuleins" versteckt, ereilt ihn das Verhängnis, und er wird zu den Soldaten gesteckt. Als er von einem Verwandten erfährt, daß es seinen Eltern finanziell sehr schlecht geht, sinnt er auf Abhilfe. Er muß ein „wundertätiges" Heiligenbild bewachen. Er löst von diesem einen kostbaren Edelstein, meldet das Geschehene aber sofort mit den Worten: „Die heilige Mutter Gottes hat mir den Stein gegeben!" Seine militärischen Vorgesetzten glauben ihm das aber nicht, er fliegt ins Loch, bekommt Prügel und die Todesstrafe steht ihm bevor. Doch das „Wunder" spricht sich herum, die Pfaffen sind froh, daß wieder mal eines geschehen ist, auch der Zar hört von der Geschichte, und das von Iwan „gedrehte Ding" wird nun zu einem wirklichen Wunder gestempelt. Iwan erhält vom Zaren seine Freiheit, viel Geld und allerlei Ehrungen. Er sieht sich ins Fäuschen und das Heiligenbild wird das Ziel vieler Pilger, die weniger schlau als Iwan sind. Der andere Film zeigt die Schicksale eines Arbeitslosen und die Verruchtheiten eines reichen Mörders. „Alles für meiner Jungen", ist der Titel dieses Films, in dem das gute Spiel des Kindes besonders auffällt.

Theater und Konzerte

Walhalla-Theater. Das neue Programm bietet hinter den beiden zuletzt Gesehenen erheblich partiell. Die zugkräftigen Nummern kommen nur das Tänzerpaar Urloff und Tolnay, die ihres erfolgreichen Auftretens wegen auch prolongiert wurden, und Schäfers Revue der Liliputaner in Frage. Das Puppenspiel und Bachanal der Artisten sind ansprechende Leistungen und fesseln zum Beifall heraus. Die Artisten finden mit ihrer Pantomime absolute reichen Beifall. John Hamilton als Schnellmaler zückt Farbe und Humor gleichmäßig hervor und reißt dadurch den eigentlichen Humoristen des Abends, Oswald Nemmers, bei dem mehr simple Philosophie als Humor zu erkennen ist, in den Schatten. Die NSC-Girls bringen zeitgemäße Reminiszenzen auf amüsantem Gebiet, aber schließlich ist nicht alles Rose schön. Einmal weniger Akrobatik bitten im übrigen das Programm interessanter gemacht.

Z—4.

Modernes Theater. Alles in allem: Ein Programm, das sich sehen lassen kann. Auf dem Gebiet der Akrobatik wird sogar Erstklassiges geboten. Anny Schlaps in ihren Luftakt an einer 6 Meter hohen „Lyra" machte unglaubliche Verdrehungen und Verrenkungen (Streck- und Schedemann würden vor Neid erblassen). Es ist einzige Band, das zurzeit Deutschland nach zusammenhält, das Jazz-Band 18. Natürlich im Märzprogramm die Tänzerinnen (Geschwister Gerd) nicht fehlen. Neu und für zarte Nerven untauglich war der Holländer-Tanz in großen Ausführung. In einem Einakter, wo eine Deutsch rabebrechende Spanierin vor einem Arzt aus „Verlegen" an einem Rechtsanwalt geht, gibts eine Reihe originellen Situationen. Am Ende die bekannte Patentlösung. Die Artisten sich Luise Hartenberg und Elsa Dalmar waren die Leidtragenden. „Zwei Mandolinen" machen auf den unmöglichsten Instrumenten die unglaublichsten Musik. Gerhard hervorragend sind „Les Martinos" mit ihren Leistungen am Schreckbrett. Jeder Sportler wird seine helle Freude an diesen turnerisch ausgezeichneten Leistungen haben. Vom „zarten" Geschlecht bemerkt man hier verhältnismäßig wenig. Den zweiten Teil des Programms bestritt Harry Binewitz, der bekannte Kölner Komiker mit seinem Partner, „Dienstmann Leisel". Jeder Satz ist bei ihm ein treuer Witz, er die Zuhörer zum Lachen bringen muß. Ueber den Inhalt des Stückes lohnt es sich nicht, ein Wort zu verlieren. Es ist immer dasselbe: Mehr oder minder geschickte Variationen auf das „ewig Weibliche". Die Verbindung der beiden Sänger — es selbst nennt es Kolz „Kontrastität" — verbietet, politische Vorgänge auf der Bühne zu verarbeiten. Die Zuschauer wäre z. B. ein glänzendes Objekt. Die „Gebildeten" haben hierfür kein Verständnis, sie wollen nur Zoten hören. Die „neue Kapelle „Welt" macht Musik, die vom Jahrgang und nur unerträglichen Laute von sich (es war eben echte Jazz-Band. Siehe oben.)

Stadttheater. Am kommenden Dienstag gastiert das Max Reinhardt-Ensemble in „Die grüne Flöte", Musik von Mozart. Die Rollen spielen Käthe Sterne, Ernst Matray, Marie Solveg, B. A. Blum — Die Bearbeitung der Dienstag-Sinfoniekonzerten wird auf Mittwoch, den 10. März, verlegt. Zur Aufführung gelangt Mozarts „Don Giovanni".

„Die grüne Flöte." Das Reinhardt-Gastspiel, das am Dienstag, den 8. März, im Stadttheater stattfindet, bringt die Ballett-Pantomime „Die grüne Flöte" mit Musik von Mozart unter der Regie von Max Reinhardt zur Aufführung. „Die grüne Flöte" gelangte vor kurzem in gleicher Inszenierung und Besetzung bei den Salzburger Festspielen zur Erstaufführung, als deren Höhepunkt Fr. allgemein bezeichnet wurde. Die Handlungsgrundlage dieser Pantomime stammt von Hugo von Hoffmannsthal.

Stadttheater. Am 10. März geht „Don Giovanni" neueinstudiert in Szene. Musikalische Leitung: Generalmusikdirektor Erich Band. Regie: Oberspielleiter A. W. Roesler. Die Titelpartie singt Ewald Wähmer.

Stadttheater. „Broadway", eine moderne, stilisierte Pantomime von Ernst Matray und Jazz Kool, gelangt während des Reinhardt-Gastspiels am Dienstag, den 8. März, erstaufführend an „Die grüne Flöte" im Stadttheater zur Aufführung. Detonationen noch Entwickelung von nun heute.

Volksbühne. Am Freitag, den 5. März, findet im Thaliatheater, abends 7½ Uhr, ein Sieder- und Mitvorabend der Gesangschule Forell (Leipzig) statt. Das reichhaltige Programm umfaßt Kompositionen von Mozart, Schubert, Schumann u. a. Karten zu ermäßigten Preisen für unsere Mitglieder in der Geschäftsstelle Bismarckstraße 14. Telephon 3633.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260305-11/fragment/page=0006

Der Zarenschatz

...ieber Tageblatt" veröffentlichte vor einigen Tagen eine ...s russischen Thronschatzes, den die Zaren aus dem ...ten gepreßt hatten. Das russische Volk aber hat sich sein ...wieder zurückgeholt. Der Schilderung entnehmen wir

...tung der Sowjetregierung sind die Herren Rudolf ...Rempport und Norman Weiß aus London nach Moskau ...um ein Gutachten über den Wert der gesamten Kron... Zaren abzugeben. Sie kamen gleichzeitig als Ver... Konzerns amerikanischer Juwelenhändler, um über ...ten Ankauf der Schätze zu verhandeln. Fünf Stunden ...e, um die Pretiosen einer genauen Untersuchung zu ..., und sie finden nach ihrer Erklärung keine Worte, um ...n, den sie von der

Märchenpracht dieses Großschatzes

...zu schildern. „Ich habe", so erklärte Weiß einem Mit... der „Chicago Tribune", „so ziemlich alle bedeutenden ...von Kronjuwelen gesehen, einschließlich der unsäglich ...kostbaren Indiens und Londons; aber keiner dieser ...was Schönheit, Mannigfaltigkeit und Vollendung der ...betrifft, mit dem Schatz der Romanows verglichen werden. ...Märchenhöhle mit ihren Wundern verschwindet im Schat... Perlen und Steinen, deren Mehrzahl sich aus den ...Brillantdiamanten von reinstem Wasser zusammensetzt." ...er andere Sachverständige, erklärt, daß die Stücke ...Kronschatzes von märchenhafter Schönheit sind. Er ...Wert der ganzen Sammlung auf annähernd 250 Mil... ...wobei er jedoch bemerkt, daß er Wochen brauchen ...eine wirklich zuverlässige Schätzung zu geben. — „Selbst ...Diamantenfirmen von Amsterdam, London und Paris", ...er, „würden auch gemeinsam nicht den Betrag aufbrin... Preis bezahlen zu können, der hier in Frage kommt." ...Sowjetregierung wird sich deshalb entschließen müssen, den ...in einzelnen Stücken loszuschlagen."

...auch den Lesern des „Eisleber Tageblattes" der Ge... diese Milliardenwerte besser für das Volk zu ver... ...in den Schatzkammern blutbefleckter Herrscher begraben

...Wörmlitz

...zur Einzeichnung für das Volksbegehren in Wörmlitz ...von 11 bis 1 Uhr vormittags aus. Auf Veranlassung ...sischen Fraktion wurde zugestanden, die Listen auch ...Freitag, nachmittags von 4 bis 7 Uhr, auszulegen.

...Büschdorf

...Fürstenraub. Die am 2. März 1926 tagende ...ung der Ortsgruppe Büschdorf-Reideburg nimmt ...Kenntnis von den angeheuren Forderungen der ... Sie begrüßt das Vorgehen der KPD. und SPD. ...der Einreichung der Fürstenenteignungs und fordert ...KGB. die tatkräftigste Unterstützung desselben.

...tische Frauenversammlung. Vom 1. bis ...findet die internationale Frauenwoche statt. Aus diesem ...kommt in Ammendorf am Freitag, dem 5. März, abends ...Winterthal" eine öffentliche Frauenversammlung statt. ...Frauen und Lesterinnen des „Klassenkampf" haben die ...Frauen und Mädchen auf die Versammlung hinzu... ...zu guten Besuch Sorge zu tragen.

...ntervertretersitzung. Am Dienstag, 2. März, ...folgende Tagesordnung vor. Unter Mitteilungen wurde ..., daß das alte Separationsgelände jetzt endlich der ...Gemeinde eingegliedert ist. Die Nachtragsumlage für ...Geschäftsjahr gilt für erledigt, da sich die voraussicht... ...Einnahmen und Ausgaben decken. Das Konto auf der Kreis... ...von 5000 auf 10 000 Mark erhöht werden. Dem Verkauf ...an einige Siedler wurde zugestimmt. Der Preis be... ...Quadratmeter 25 Pfennige. Außerdem müssen die Siedler, ...die sich aus der Uebernahme des ...Landes belaufen, zu gleichen Teilen mit zahlen. Die ...der Straße vom Bahnhof nach Teutschenthal soll in ...Sitzung beraten werden, da erst genaue Erkundi... ...der Preis und die Geldbeschaffung eingezogen werden ...der Polizeidirektion lag ein Schreiben vor, die Posthilfs-

stelle Ilberben soll aufgehoben werden und die Gemeinde soll eine öffentliche Fernsprechstelle einrichten und die Kosten dafür selbst tragen. Mit Entrüstung wurde dies Schreiben zur Kenntnis genommen und beschlossen, bei der Postdirektion den Antrag zu stellen, in Ilberben wieder eine Postagentur einzurichten. Zum Schluß wurde das Schreiben des Landbundes des Saalkreises zum Volksentscheid über die Fürstenabfindung verlesen. Als Antwort darauf kam eine Resolution zwecks restloser Enteignung der Fürsten zur Abstimmung, welche mit allen Stimmen, bei zwei Enthaltungen, angenommen wurde. Nachdem noch die Zeit der Eintragung für das Volksbegehren, welche schon im „Klassenkampf" veröffentlicht wurde, bekanntgegeben wurde, war die Sitzung, die über drei Stunden lagte, zu Ende.

Aus der Jugendbewegung

Jung-Spartakus-Bund Ortsgruppe Halle

Heute abend 6 Uhr Sprechchorprobe!

Sonnabend, den 6. März: ½6 Uhr Funktionärsitzung in der Produktiv-Genossenschaft.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sportkartell Halle

Heute, Freitag, abend 8 Uhr, im „Volkspark" die letzte Aufführung des gewaltigen Sportfilms

„Die neue Großmacht"

1. Arbeiter-Olympiade zu Frankfurt am Main.

Das reichhaltige Programm wird durch den Kunstradfahrer **Max Enzesberger** verstärkt.

*

Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" die fällige **Kartellsitzung** statt. Jeder Delegierte hat unbedingt zu erscheinen. J. A.: Karl Ortel.

Fichte (Handball). 1. Jugend spielt am Sonntag gegen Ammendorf 1. Jugend in Ammendorf. Treffpunkt 11 Uhr Riebeckplatz, Hallestelle der Fernbahn.

SSC. Sportlust 07. Sonntag, den 7. März, finden folgende Serienspiele statt: 1. Mannschaft — Asania 1. in Nietleben um ½4 Uhr. Treffpunkt ½2 Uhr Hettstedter Bahnhof. 2. Mannschaft — Viktoria 2. um ½4 Uhr Viktoria-Platz. Treffpunkt um 2 Uhr „Eisbäre". 1. Jugend — Fichte 1. Jugend um 10 Uhr Sportlust-Platz. Treffpunkt um 9 Uhr bei Thomas. 2. Jugend — Minerva 1. Jugend um 10 Uhr Minerva-Platz. Treffpunkt 9 Uhr bei Weinrich. **Handball.** Sportler gegen Schwimmer 1. um 4 Uhr Sportlust-Platz. Sportlerinnen — Giebichensteiner 1. um 10 Uhr Peißnitz. Treffpunkt ½10 Uhr Peißnitz. Sonnabend, den 6. März, bei Thomas Bauernabend.

Sportbrüder Halle. Sonntag, den 7. März, Serienspiel Brudkorf 1. — Sportbrüder 1. in folgender Aufstellung: Langhammer, Büttner, Jemer, Berger, Teuscher, Zehe, Weinrich, Thilicke, Romeburger, Schonfeld, Greger. Treffpunkt bei Mannschaft 1 Uhr Hauptbahnhof. Sportgenosse Stürmer preist das Spiel Gräbers 1. gegen Leitia 1. um ½4 Uhr auf Magdeburg Wörmlitz — Giebichenstein Jugend um 11 Uhr. Alle Sportgenossen werden aufgefordert, ihrer Pflicht zum **Einzeichnen gegen den Fürstenraub zu genügen.**

SSC. Viktoria 08. Am Sonntag, dem 7. März, finden folgende Serienspiele statt: Die 1. Mannschaft fährt nach Zörbig zum Spiel gegen Zörbig 07. Treffpunkt 1 Uhr Hauptbahnhof mit Wernicke, Schauerhammer, Fiderlaf, Lüttig, Unsöld, Ulbrich, Friedemann, Löge, Pönold, Schütz, Kittus. Die 2. Mannschaft spielt um ½4 Uhr auf dem Sandanger gegen Sportlust 2. mit Denkewitz, Schäfer, Marx, Röhne, Schubert, Neumann, Bauseld, Jahn, Seff, Meyer, Portius. Die 3. Mannschaft spielt um ½2 Uhr auf dem Sandanger gegen Kröllwitz 3. mit Köhr, Jenzsch, Möritz, Frandenberger 2, Müller, Reitz 1, Reitz 2, Hendel, Blank, Kenner, Lauatzewitz. Die Jugend spielt um 11 Uhr auf dem Sandanger gegen Reform Jugend mit Reinhardt, Lich, Aleithe, Schönbrodt, Walther, Stolle, Angermann, Trauzettel, Just, Meke, Schaffernicht. Treffpunkt für die 2. und 3. Mannschaft eine Stunde vor Spielbeginn, für die Jugend anderthalb Stunde vor Spielbeginn im Vereinslokal „Crodorfer". Jugendleiter ist Brendel. Linienrichter bei der Jugend: Singer, Seff, bei der 3.: Walther, Stolle, bei der 2.: Reitz 1 und 2. Schiedsrichter: Trothe 2. gegen Fortuna 2. Sportgenosse Pätz um ½2 Uhr auf dem Trotha-Platz, Giebichenstein 2. — Fichte 2. Sportgenosse Neumann um ½2 Uhr Peißnitz, Diemitz Jugend gegen Radewell Jugend Sportgenosse Schubert um 11 Uhr in Diemitz.

Turn- und Sportverein Wörmlitz-Völberg. Spiele für Sonntag, den 7. März, in Wörmlitz. 1. Mannschaft: Hirsch, Kopplester, Engelhardt, Koch, Büchel, Kathe, Vogel, Kothe, Dehne, Naumann gegen Fortuna 1. um ½4 Uhr. 1. Jugend: Kolb, Kalbe, Korn, Erling, Gebhardt, Brendel, Weinhardt, Nitzer, Jakobs, Wiegand, Schiebe gegen Giebichenstein um 11 Uhr. Handball. 1. und 2. Mannschaft fährt nach Köthen. Abfahrt 8.44 Uhr. Treffpunkt 7½ Uhr Schule Völberg. Sonnabend, den 6. März, ½8 Uhr, im Gasthof Wörmlitz Mitgliederversammlung des Hauptvereins. Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle vorzulegen.

Ortskartell Völberg-Wörmlitz. Unsere Sitzung findet erst am Donnerstag, dem 11. März, statt. Bis zur Sitzung müssen alle Vereinsmitglieder zum Eintragen in die Fürstenenteignungslisten gewesen sein. Die Mitglieder des Ausschusses sind verpflichtet, darauf aufmerksam zu machen. Am Sonntag, dem 7. März, nachmittags 3 Uhr, öffentliche Versammlung.

Expanderklub Othello. Unsere Monatsversammlung findet am 6. März im Vereinslokal bei Freundlich statt. Anfang 7½ Uhr. Aufstellung der 2. Mannschaft.

Naturfreunde. Heute, Freitag, 5. März, abends 7 Uhr, im Heim Weidenplan wichtige Sitzung der Ortsgruppenleitung und Ausstellungskommission. Die Genossen des Agitations- und Quartieranschusses, ebenso die technischen Leiter müssen zur Stelle sein. Weitere Helfer für die Ausstellungsarbeiten werden noch benötigt.

Sportvereinigung Adlershof von 1906. Sonnabend, 6. März, Mitgliederversammlung nach der Uebungsstunde. Sonntag spielt die erste Mannschaft im Handball gegen Ammendorf 1. ½2 Uhr in Ammendorf mit Reinhardt, Smuroffit, Hebel, August Uter, Rehring, Walter Boalch, Berger, Klopper, Kurt Boalch, Schwartze. Treffpunkt der Mannschaft 12 Uhr Riebeckplatz an der Fernbahn. Umkleidelokal ist „Schützenhaus" Ammendorf. 2. Mannschaft spielt gegen KSC. 2. ½12 Uhr auf der Peißnitz in folgender Aufstellung: Meim, König, Heinicke, Mietz, Wilhelm Uter, Sabber, Bachmann, Rätzwald, Ebert, Kothe. Treffpunkt um ½12 Uhr am Hettstedter Bahnhof. Unsere Sportlerinnen spielen ebenfalls auf der Peißnitz gegen Krällwitz Sportlerinnen um ½10 Uhr mit den Sportlerinnen Kothe, Rühne, Rosberger, Schoch, Reuber, Frau Seiffert, Gertrud Seiffert, Helmreich, Hilde Stummer, Grote, Berta Stummer. Treffpunkt ½9 Uhr Hettstedter Bahnhof. Die Schüler-Handballelf trifft sich ½9 Uhr bei Weinrich, um gegen Minerva 1. Schüler zu spielen. Die Schüler spielen um 9 Uhr mit Hildebrand, Schmidt, Herwig, Gutchhart, Seiffert, Alfred Nischies, Schauerhammer, Schubert, Dienbort, Karl Nischies, Spieß, Gebhardt, Erhard Luse. Es ist Pflicht eines jeden Sportlers und jeder Sportlerin, restlos und pünktlich zu erscheinen.

Freier Wassersportverein (Handball). Sonntag spielt die 1. Mannschaft gegen Sportlust 1., nachmittags 4 Uhr, auf dem Sportlust-Platz. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr bei Thomas, Böllestraße. Um pünktliches Erscheinen wird ersucht.

TV. Die Naturfreunde, Bezirksarbeitsgemeinschaft Ammendorf. Die nächste Tagung findet Sonnabend, 6. März, abends 5 Uhr, im Ammendorfer Naturfreundehaus statt. Es wird sprechen Genosse Miesst, Halle, über „Berufungslehre".

Germania-Gesellschaft Halle veranstaltet am 1. Osterfeiertag internationale Ringkämpfe und nationale Boxkämpfe vormittags 11 Uhr im Wallhalla-Theater.

Arbeitersportler des Amtsbezirks Dieskau

Zum erkaufmäßigen Preis kommt der gewaltige Sportfilm

„Die neue Großmacht"

(1. Arbeiter-Olympiade zu Frankfurt am Main)

am Sonnabend, dem 6. März, im Lokal Gustav Frenzel, Dieskau, wird erwartet, daß sämtliche Arbeiter die Aufführungen besuchen.

Vorstellungen: 4 Uhr und 8 Uhr.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Mitteldeutschland

Am 21. Februar hielt der Gau Mitteldeutschland des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes für den Bezirk Delitzsch-Bitterfeld in Delitzsch einen Bezirkstag ab, der von 24 Vereinen mit 40 Delegierten beschickt war, 4 Vereine fehlten. Der Bezirksvorsitzende Kissing gab den Geschäftsbericht, bemängelte dabei das unpünktliche Einlaufen des Kassiererbuches und der Frageboogen. Er trat für obligatorisches Besuchen der Sängerzeitung ein. Die Kassiererbücher müssen regelmäßiger und pünktlicher einlaufen. Dem Bezirkskassierer wurde Entlastung erteilt. Von der Herausgabe eines Gauliederbuches wurde wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage zugunsten des Bundesliederbuches genommen. Begrüßt wurde die Einführung von Untergruppen im Bezirk, wodurch die einzelnen Vereine engeren Zusammenschluß erzielen. Für das ausfallende Gauliederfest in Bitterfeld wurde ein Bezirksfängerfest festgesetzt. Einstimmig wurde beschlossen, den Sitz des Gaues in Halle zu belassen, ebenso wurden die Delegierten zur Gautagung bevollmächtigt, dafür einzutreten, die „Sängerzeitung" durch den Bund frei zu liefern. Mit dem Lied „Tod Folson" wurde der Bezirkstag beendet.

Verantwortlich: Max Ludemann, Halle, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

Erprobt!
Suchst Du nach Billigkeit und Güte,
zwei Dinge, die sich schwer vereinen?
Was, eines Traumes kühnste Blüte nie fand
im Irrweg wie dem Dessou?
Das bringt heut jede Schokolade,
Die Reichardt schuf zur Göttergabe!

Dauerwäsche, Wringmaschinen, Walzen Gummi-Bieder, Große Steinstr.

6 billige Hosentage

WEISS KLEIDER WERKSTÄTTEN wkw

Wir unterhalten ein ständiges Lager von 5000 Hosen!

Stoff-Hosen	Pilot-Hosen	Manchester-Hosen	Mansch.-Sporthosen	Sport-Hosen
Kammgarn, kräftige Ware	gestreift und einfarbig, gut gewirnte Ware	in braun, grau und oliv, unverwüstliche Qualitäten	in braun, grau u. oliv. Strapazierware	in Homespune mit doppeltem Gesäß in vielen schönen Dessins
für Herren 4,90	Serie I für Herren 4,90	Serie I für Herren 6,90	Serie I für Herren 9,90	Serie I für Herren 4,75
für Herren 6,90	Serie II für Herren 6,50	Serie II für Herren 10,90	Serie II für Herren 12,00	Serie II für Herren 5,75
für Herren 7,90	Serie III für Herren 7,50	Serie III für Herren 13,50	Serie III für Herren 15,00	Serie III für Herren 7,75

Elegante gestreifte Kammgarn-Hosen zum „Cut" passend von **Mk. 14,—** an 818

Leibchen-Hosen und farbige Stoffe 3,10 2,50 **1,85**

Manchest.-Leibchen-Hosen 6,20 5,60 **4,70**

Knaben-Knie-Hosen blau Cheviot u. melierte Stoffe, dauerhafte Ware 3,50 2,95 **2,75**

Knaben-Manchester-Knie-Hosen besonders tragfähige Qualität 7,90 7,20 **6,50**

S. Weiss
Halle am Markt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260305-11/fragment/page=0007

Sie kaufen immer Frühjahrs-Neuheite

834

sowie Artikel des täglichen Bedarfs

bei uns enorm billig

Damen-Bekleidung

Kleider aus reinwollenem Stoff, in verschieden. Farben, Stück	4,50
Kleider aus reinwollenem Popeline, in modernen Farben, mit Falten- und Tressen-Garnitur . . Stück	9,75
Frauen-Kleider aus reinwollenem Twill, in verschiedenen Farben, mit Seidencrepe u. Aufschläg., St.	15,75
Damen-Mäntel aus gutem Donegal-Stoffen . . . . Stück	9,75
Damen-Mäntel aus Tuch, mit reicher Tressen-Garnitur . . . Stück	13,75
Damen-Mäntel jugendliche Form, aus gut. Tuch mit Tressen-Garnitur, in vielen Farben . . . Stück	17,50

Leinen- u. Baumwollwaren

Hemdentuche gute Qualität . . . . Meter	0,43
Weiße Bettbezüge fertig genäht, mit 2 Kopfkissen . . . . Stück	5,75
Bett-Kattune gebümt, 130 cm breit, Meter 1,15, 80 cm breit, Meter	0,65
Bettzeuge kariert, 130 cm breit, Meter 1,25, 80 cm breit, Meter	0,75
Handtücher grau Drell, mit roter Kante . . . . Stück	0,29
Wischtücher kariert . . . . Stück	0,19

Damen-Hüte

Seiden-Hüte aus kunstseidenem Rips . Stück	2,85
Regen-Hüte weich gearbeitet . . . . . Stück	3,25
Seiden-Kappen mit Goldpaipel . . . . . Stück	3,75
Frühjahrs-Hüte apart garn., a. Fantasiestroh Stück	3,90
Frauen-Hüte a. Rips-Kunstseide gearbeitet, Stück	5,25
Vornehme Trotteurs aus Rips-Kunstseide . . . Stück	7,50
Uebergangs-Hüte schick. Form a. Borde m. Marocain verarb., Stck.	9,50
Elegante Hüte aus Band gearbeitet . Stück	12,50

Kleiderstoffe

Kinder-Karos doppeltbreit, große Musterauswahl . . Meter	0,98
Blusen-Streifen mit Kunstseide . . . . . Meter	1,15
Crêpe-Karos in modernen Farben . Meter	1,50
Cheviots doppeltbreit, reine Wolle Meter	1,75
Kleider-Karos 100 cm breit . . . . . Meter	1,95
Kostüm-Cheviots 130 cm br. reine Wolle . . . . Meter	2,35
Popelines doppeltbreit, reine Wolle . Meter	2,55
Prima Popelines 100 cm br. reine Wolle, in viel. mod. Farb. Mtr.	4,90

Gardinen

Scheiben-Gardinen . . . . Stück	0,
Fenster-Spitzen . . . . Meter	0,
Gardinen Stückware . . . . Meter	0,
Etamine-Stores mit Einsatz . . . . Stück	0,
Künstler-Garnituren 3 teilig . . . . . Garnitur	2,
Künstler-Garnituren aus Etamine mit Einsatz, Garnitur	3,
Madras-Garnituren 3 teilig . . . . . Garnitur	3,
Etamine-Stores mit breit. Handfilet-Einsatz, Stück	6,

Apachen-Schals aus Seiden-Marocain oder Crêpe de chine . . . . Stück **2,85**

Matrosen-Mützen mit Schriftband für Knaben und Mädchen . . . . Stück **1,25**

Klöppelspitzen 6 cm breit . . . . . . Meter **0,18**

J. LEWIN

Markt 2 u. 3 — Halle a. S. — Markt 2 u. 3

Turnerbund Zeitz e.V.

Sonntag, 14. März, im „Preuß. Hof"

Bühnen-Schauturnen

Bekannt durch seine glänzenden turnerischen Aufführungen wird der Verein in diesem Jahre alles bisher gebotene übertreffen — Karten im Vorverkauf sind zu haben in den Konsumverkaufsstellen Brühl, Neumarkt und Aue, Zigarrengeschäft Paul Enderlein, Poser Straße, sowie bei sämtlichen Mitgliedern

---

Fehlts am Gelde kauf bei Klingler auf Kredit bei niedriger Anzahlung und kleinen Raten und sofortiger Aushändigung der Ware

Ruhebetten, Anzahlung 5 Mk. Wochenrate 3 Mk. Bettstellen mit Matratzen, Wochenrate 3 Mk. Komplette Küchen, Wochenrate 5 Mk.

Kredithaus **Carl Klingler** Halle S. Leipziger Straße 11 I. Etage

Vertreter: **Hugo Dies, Merseburg, Annenstraße 14** 702

Stadt-Theater

Heute Freitag 8 Uhr **„Trieschübel"**

Sonnabend 8 Uhr **Der Mazurka-Oberst**

Sonntag 3 Uhr **Ein Walzertraum**

Sonntag 8 Uhr **Gräfin Mariza**

Für Feinschmecker Hausschlachtene **Wurstwaren**

Rot- u. Leberw.	℔ 1,40
la. Schwartenw.	℔ 1,20
Knackwurst .	℔ 1,70
Schlackwurst .	℔ 2,20
Lachs-Schinken	℔ 2,40
Pökelknochen	℔ 0,50
Pökelrippchen	℔ 1,30

Regelmäßig jeden Dienstag: **Schlachtefest** ab 8 Uhr früh: Wellfleisch mit gekochten Sauerkohl Täglich: frische Brötchen 836

Ernst Zoche Lerchenfeldstr. 1 Ecke Langestraße Telephon 8137

Das Stadtgespräch von Halle bilden wir kleinen **Liliputaner** im Verein mit den vielen großen Künstlern im **Walhalla** Anfang 8 Uhr 838

Sonntag ½4 Uhr **Familien-Vorstellung** Erwachsene: 0,40 bis 2,50 Mk. Kinder: 0,40 bis 1,25 Mk. Tel. 8385

---

10 Prozent Rabatt

gewähren wir trotz unserer bekannt billig. Preise

Popeline reine Wolle dopp. in gr. Farbsort.	2,20	**Eolienne** Wolle mit Seide doppeltbreit, in vielen Farben	5,50
Woll-Batist doppeltbr. in schön. neu. Farb.	2,50	**Waschseide** 90 cm br. in gr. Farbensortiment	4,50
Serge rein Woll., doppeltbr., in sch. neu. Farb.	2,95	**Woll-Musseline** in ansprechend. neu. Must.	1,95
Cheviot reine Wolle 90 cm br., schwarz u. farb.	1,95	**Wasch-Musseline** große Auswahl . .	0,95
Rips-Epinglé reine Wolle 100/130 cm br. in den neu. Frühjahrsf. 7,00	4,95	**Hemdentuch** kräftige Qual. von	0,45 an
Gabardine r. Wolle 130 cm br., schw. u. farb.	4,75	**Bettsatin** gestreift, süddeutsche Ware 80 cm breit 1,25, 130 cm breit 2,25	
Covercoat für Frühjahrsmäntel 140 cm breit solide Qualität . . .	2,95	**Crolsé finette** weiß, vorz. Qual. 1,10	0,85

Großer Eingang von Frühjahrs-Neuheiten

Geschw. Wolff

Leipziger Straße 37 (gegenüber Rotes Roß)

Willst du dir und ihr was bieten und habt ihr Durst
Spart durch **Perladin** und nicht mit Wurst 32
(Die neue kleine Dose Nr. 66 kostet 10 Pf.)

Jedem schmeckt

Feinkost-Margarine **Blauband** Frisch gekirnt

Fordern Sie die „Blauband-Woche" zu jedem Pfund

Sternwolle ⅕ 85 Pf. Leo Lipper, Magdeburger Str. 25

Sohlen Lederausschnitte Gummiflecke

J. M. Mollnau Weißenfels Leder-Handlung Klosterstraße 35 früher Rich. Heckert

---

Konfektion auf Teilzahlung bei sofortiger Aushändigung — In großer Auswahl. — Zu billigen Preisen

Anzüge / Sport-Anzüge / Konfirmanden-Anzüge / Hosen / Mäntel / Bett- / Damenwäsche

Miesto & Gaitzsch, Merseburg, Neumarkt

Ansichtskarten empfiehlt die Volksbuchhandlung

Kochs Künstlerspiele

Ab 1. März: **Ein Attraktions-Programm!!** mit 4 Tanz-Mascottch Harry Malton Rom. v. Manowicz Der Mann mit der Maske Otto Mrz Harleisti & Harold Die vorzügliche Hauskapelle Hier neu! Vorzugsk. gültig! ff. Freybergbräu und Bamberger Hofbräu 826 Telephon 1066

Alle Bücher empfehlen die **Buchhandlungen** Harz 42/44 Lerchenfeldstr. 14

Möbel auf Teilzahlung!

Ein Sonder-Angebot!

Korbsessel	Anzahlg. 3 M.,	Wochenrate 3 M.
Korbtische	Anzahlg. 3 M.,	Wochenrate 3 M.
Steppdecken	Anzahlg. 3 M.,	Wochenrate 3 M.
Möbel	Anzahlg. 3 M.,	Wochenrate 3 M.
Rauchtische	Anzahlg. 5 M.,	Wochenrate 3 M.
Ruhebetten	Anzahlg. 5 M.,	Wochenrate 3 M.
Daunendecken	Anzahlg. 5 M.,	Wochenrate 3 M.
Waschtische	Anzahlg. 5 M.,	Wochenrate 3 M.
Bücherschr.	Anzahl. 10 M.,	Wochenrate 3 M.
Flurgarderob.	Anzahl. 10 M.,	Wochenrate 3 M.
Teppiche .	Anzahl. 10 M.,	Wochenrate 3 M.
Nähmaschin.	Anzahl. 10 M.,	Wochenrate 3 M.
Bettstellen m. Matratzen	Anzahl. 10 M.,	Wochenrate 3 M.
Waschkommoden mit Spiegel und Marmor	Anzahl. 10 M.,	Wochenrate 3 M.
Kleiderschr.	Anzahl. 10 M.,	Wochenrate 3 M.
Vertiko .	Anzahl. 10 M.,	Wochenrate 3 M.
Büfett .	Anzahl. 20 M.,	Wochenrate 5 M.
Klubsessel .	Anzahl. 20 M.,	Wochenrate 5 M.
Schreibtische	Anzahl. 20 M.,	Wochenrate 5 M.

Eichmann & Co., Große Ulrichstraße 51 Eingang Schulstraße

Modezeitungen empfiehlt die Volksbuchhandlung

Bezirks-Konsumverein Weißenfels-Naumburg Eingetragene Genossenschaft m. beschr. Haftpflicht zu Weißenfels

*832 Unseren Mitgliedern empfehlen wir:

Schnittnudeln, Fadennudeln, Figurennudeln, Hörnchen-Makkaroni i. Pak.

Hochfeine Eierware

Nudeln sind nahrhaft

Wettbewerb

12.500 Goldmark in bar und in Trostpreisen verteilen wir für gute Ideen und Anregungen, z. B.:
für Bildzeichnungen;
für Texte zu Bildern;
für kurze, schlagwortartige Satzbildungen wie etwa:

täglich 2×1 Prise Dr. Schröder's Aufbausalz = 1 langes Leben Jugend

Ein Kaufzwang von **Dr. Schröder's Aufbausalz** ist mit diesem Wettbewerb nicht verbunden.

Nähere Bedingungen kostenlos in allen Apotheken und Drogerien erhältlich, oder durch die Generalvertretung:

Generalvertreter: G. Hartmann & Co., Leipzig, Christianstraße 4. Telephon 17 490

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260305-11/fragment/page=0008

Mobilisiert die Kerntruppen!

In den Betrieben wird zu dieser Kampagne die Agitation verhältnismäßig leicht sein, wenn wir arbeitende Zellen haben. Das Ziel der Agitation im Betriebe ist die Gewinnung der Belegschaft nicht nur für den Volksentscheid, sondern darüber hinaus zum Kampf gegen die wirtschaftliche Verelendung. In den Betrieben besonders muß versucht werden, mit den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern Einheitsausschüsse zu bilden.

Diese Einheitsausschüsse können nur Erfolg haben, wenn es wirklich die ganze Belegschaft führen, wenn es uns gelungen ist, durch unsere Agitation den Betrieb von der Notwendigkeit der Einheitsfrontorgane zu überzeugen.

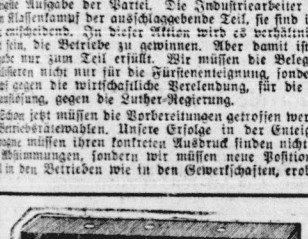
Die Betriebszellenleitung muß dafür sorgen, daß im Betriebe alle Parteimitglieder und Sympathisierende für die Agitation mobil gemacht werden. (Organisation der mündlichen Agitation, Einberufung von Betriebsversammlungen, Organisation von Landagitation unter Beteiligung der ganzen Belegschaft, Herausgabe einer Betriebszellenzeitung, Werbung, daß sich die Belegschaft unserem Schlepperdienst zur Verfügung stellt, Werbung für Zeitungsabonnenten, Gewinnung neuer Mitglieder, Agitation unter den Frauen, Angestellten und Beamten im Betrieb, Berichterstattung an die Parteipresse, Organisation von Arbeiterkorrespondenten.) Soweit es möglich ist, sollen die Betriebe in geschlossenen Zügen zu den Eintragungslokalen gehen, entsprechende Transparente, rote Fahnen sind mitzunehmen.

In den Betrieben, in denen wir keine Zellen haben, muß die Arbeit von den Straßenzellen durchgeführt werden (Flugblattverbreitung vor dem Betrieb, Einberufung von Betriebsversammlungen durch die Straßenzellen, Gewinnung von Vertrauensleuten im Betrieb, evtl. Organisation von Mitgliederwerbung und Aufbau einer Betriebszelle).

Bei der Agitation im Betrieb muß bei dieser günstigen Gelegenheit der Literaturvertrieb organisiert werden. Jede Betriebszelle erhält von den verkauften Broschüren und Zeitungen Rabatt, so daß ihr die Möglichkeit gegeben ist, aus diesen Einnahmen eine Zellenzeitung herzustellen und evtl. Material zu kaufen.

Die Mobilisierung der Betriebsbelegschaften ist die wichtigste Aufgabe der Partei. Die Industriearbeiter sind in dem Klassenkampf der ausschlaggebende Teil, sie sind in erster Linie entscheidend. In dieser Aktion wird es verhältnismäßig leicht sein, die Betriebe zu gewinnen. Aber damit ist unsere Aufgabe nur zum Teil erfüllt. Wir müssen die Belegschaften mobilisieren nicht nur für die Fürstenenteignung, sondern zum Kampf gegen die wirtschaftliche Verelendung, für die Reichstagsauflösung, gegen die Luther-Regierung.

Schon jetzt müssen die Vorbereitungen getroffen werden für die Betriebsratswahlen. Unsere Erfolge in der Enteignungskampagne müssen ihren konkreten Ausdruck finden nicht nur in Abstimmungen, sondern wir müssen neue Positionen, sowohl in den Betrieben wie in den Gewerkschaften, erobern.



Vorstehende Abbildung eines Transparentes, das bei den Demonstrationen zu dem Eintragungslokal getragen wird.

Die Arbeit unter den Arbeitslosen

Unter den Arbeitslosen ist im Laufe der Kampagne eine besonders aktive Tätigkeit notwendig. Als besondere Richtlinie für unsere Arbeit muß gelten: Die Arbeitslosenbewegung darf nie zu einer separaten Bewegung werden, sondern sie muß aufs engste mit dem Kampf der Arbeiter in den Betrieben, besonders mit den freigewerkschaftlichen Arbeitern verbunden werden.

Zur Durchführung der Agitation unter den Erwerbslosen sind folgende praktischen Maßnahmen notwendig:

a) sofortige Mobilisierung der arbeitslosen Kommunisten (Arbeitslosenfraktionen) und der Erwerbslosenausschüsse in jedem Ort, in jedem Stadtbezirk, jedem Arbeitsnachweis. Wo keine fraktionelle Zusammenfassung besteht, muß diese sofort geschaffen werden. Die Genossen (Fraktionen) müssen in jeder größeren Stadt (Bezirk usw.) in einer gemeinsamen Versammlung auf das Genaueste über ihre Aufgaben instruiert werden. Diese Aufgaben bestehen:

in Verteilung von Flugblättern, Handzetteln usw. für das Volksbegehren, nicht nur unter den Arbeitslosen, sondern auch unter den Arbeitern, in Betrieben, bei Fabrikschluß usw.

Tragen von Transparenten, möglichst truppweise, Verteilung von Plakaten an Wirtschaften, Läden usw.

in der Organisierung von Landagitationstrupps, die Flugblätter und Plakate auf dem Lande verteilen, Versammlungen organisieren usw.

in der Anfertigung von Agitationsmaterial.

in der Organisation von Erwerbslosendemonstrationen unter den Erwerbslosen und Arbeitern gemeinsam mit den Belegschaften der Betriebe.

in der Agitation in den Stempelstellen.

Im ähnlichen Sinne müssen die Ausschüsse tätig sein, sie haben u. a. organisieren, daß die Erwerbslosen beim Stempeln den Nachweisen, oder beim Auszahlen der Unterstützungsgelder truppweise geschlossen in das nächste Büro geführt werden, wo die Liste zur Eintragung ausliegt.

Die Arbeit in den Gewerkschaften

Wenn auch der ADGB. die Sitzungen mit der KPD. und SPD. geleitet hat und seine Zustimmung zu dem Gesetzentwurf gab, so ist doch aus seinem bisherigen Verhalten zu ersehen, daß er nicht beabsichtigt, die ganze Wucht der gewerkschaftlichen Organisation für den Kampf einzusetzen. Die einzelnen Gewerkschaften, auch die lokalen Organisationen, soweit sie nicht unter unserem Einfluß stehen, werden nach den bisherigen Erfahrungen nur allgemeine Zustimmungserklärungen geben und kaum besondere Aktivität entfalten. Unsere Aufgabe ist es, unter Berufung auf die Zustimmung vom ADGB. alle Gewerkschaften vorzutreiben, damit sie nicht nur zustimmen, sondern mit allen zur Verfügung stehenden Kräften die Agitation unterstützen. In unserer Agitation muß der Kampf um die Fürstenenteignung verbunden werden mit dem allgemeinen Kampf gegen die Verelendung und für die Gewerkschaftseinheit.

Die kommunistischen Fraktionen müssen in jedem Ort und Bezirk ganz speziell auf die Arbeit zur Durchführung des Volksentscheids eingestellt und in Sonderbesprechungen auf ihre Aufgabe hingewiesen werden. Wo keine Fraktionen bestehen, ist die Agitation für den Volksentscheid zu verbinden mit der Neugründung von Fraktionen.

Durch die Ortsleitung müssen alle Fraktionen über Politik und Taktik der Partei wie auch über die Losung und das Ziel der Kampagne orientiert werden. Jede Fraktion muß für ihre Tätigkeit einen Arbeitsplan aufstellen, der den Orts- bzw. Bezirksleitungen vorzulegen ist.

Die Fraktionen müssen in jedem gewerkschaftlichen Ortsverein oder Ortsverwaltung einen Antrag stellen, der die ausdrückliche Unterstützung des Volksbegehrens verlangt. Die Gewerkschaften sollen nicht nur Mitgliederversammlungen, sondern auch öffentliche Agitationsversammlungen einberufen. Sie sollen sich den lokalen und Bezirksausschüssen für Durchführung des Volksentscheids korporativ anschließen. Die Hauskassierer sollen angewiesen werden, unter den Gewerkschaftsmitgliedern bei der Kassierung zu agitieren. (Falls die Gewerkschaftsleitung eine solche Anweisung nicht herausgeben will, müssen von uns aus die Hauskassierer einzeln für diese Arbeit gewonnen werden, und wir müssen ihnen Agitationsmaterial hierfür überweisen.)

Wo eine Gewerkschaftspresse besteht, müssen wir die Einstellung der Presse auf die Kampagne verlangen. Schreibgewandte Genossen unserer Fraktionen müssen Artikel und Notizen an ihre Verbandsorgane senden und deren Veröffentlichung verlangen.

Soweit keine Hauskassierung besteht, sondern Zahlstellen in Wirtschaften eingerichtet sind, sollen diese für die Agitation ausgenutzt werden.

Die Gewerkschaftsleitungen sind von uns aufzufordern, besonderes Agitationsmaterial (Flugblätter, Handzettel) herauszugeben oder zu kaufen.

Die gewerkschaftlichen Veranstaltungen müssen von unseren Fraktionen für Literaturverkauf und Pressewerbung ausgenutzt werden.

Bei der Stellung von Anträgen in gewerkschaftlichen Veranstaltungen muß von unseren Fraktionen unter allen Gewerkschaftsmitgliedern schon vor der Antragstellung eine systematische Agitationsarbeit geleistet werden. Die Anträge sind möglichst auch von sozialdemokratischen Arbeitern unterzeichnen zu lassen, damit unsere Arbeit nicht als eine isolierte Aktion einiger Kommunisten erscheint, sondern von vornherein die Unterstützung sozialdemokratischer und parteilloser Arbeiter hat.

Jede Ortsverwaltung oder Bezirksleitung muß aufgefordert werden, ihre Mitglieder öffentlich zur Einzeichnung in die Listen aufzufordern.

Organisiert die Arbeit — Organisiert den Erfolg!

VON MAX ENGEL (AGITPROP) BERLIN

Wir stehen am Anfang einer neuen Etappe. Zum ersten Male seit 1918 folgen unserer Parole: „Keinen Pfennig den Fürsten! Brot und Arbeit den Werktätigen!" nicht nur Hunderttausende, sondern die wirkliche Masse, die Millionen Werktätigen. Nicht nur die Industriearbeiter, sondern der weitaus größte Teil der Mittelschichten, Kleinbürger, werktätigen Bauern, Beamten und Angestellten. Die Sympathien für das Volksbegehren gehen bis weit in die Reihen des Zentrums, ja sogar bis in die völkischen und deutschnationalen Kreise. Die Demokraten schwanken, sie stehen unter starkem Druck ihrer Anhänger und werden vielleicht noch für das Volksbegehren mit aufrufen.

Das ist eine andere Einheitsfront als zur Präsidentenwahl. Heute sind wir die Führenden. Zu unseren Parolen stoßen die Millionen. Aber täuschen wir uns nicht, wenn auch die Stimmungen, die Sympathien für uns sind, so ist es noch ein weiter Weg bis zu Handlungen der Masse. Es gibt sicher noch in Deutschland Millionen, die von den Forderungen der Fürsten keine Ahnung haben.

So ist es unsere erste Aufgabe, die Tatsachen den breitesten Kreisen bekannt zu machen. Die zweite Aufgabe ist, die Massen organisatorisch zu leiten, damit ihr Wille einen sichtbaren Ausdruck findet; wir müssen dafür sorgen, daß schon beim Volksbegehren nicht nur vier, sondern acht bis zehn Millionen Unterschriften abgegeben werden. Die dritte Aufgabe besteht darin, daß wir nicht nur die Massen mobilisieren für das Volksbegehren, sondern sie zusammenfassen auch für die Zeit nach dem Volksbegehren, sowohl für den Volksentscheid, wie für den Kampf gegen die wirtschaftliche Verelendung, gegen den Reichstag und gegen die Luther-Regierung.

Selbstverständlich soll das Schwergewicht unserer ganzen Arbeit innerhalb des Industrieproletariats liegen: aber gleichzeitig können und müssen wir die Massen der Mittelschichten erfassen und beeinflussen.

Wir geben für die Organisation der Kleinarbeit in dieser Sonderbeilage eine Anzahl Vorschläge. Die Organisation dieser Kleinarbeit war bisher bei uns mangelhaft; wir haben ihre Bedeutung unterschätzt, wir sahen die Massen immer nur, wenn Zehn- oder Hunderttausende demonstrierten; der intensiven, planmäßigen Arbeit der einzelnen Mitglieder haben wir fast keine Beachtung geschenkt.

Unsere Organisation stützt sich auf Betriebs- und Straßenzellen, Ortsgruppen, Unterbezirke und Bezirke. In allen Gewerkschaften und Genossenschaften arbeiten unsere Fraktionen, wir haben eine relativ gute Tagespresse, geben Zeitschriften und Literatur heraus, haben jetzt zum Volksbegehren fast 10 Millionen Exemplare gedrucktes Agitationsmaterial herausgegeben, unsere Genossen sind Mitglieder in Sport-, Kultur- und Geselligkeitsvereinen, bei den Kriegsbeschädigten, Mietern, Freidenkern usw. usw.

Das Problem ist: was müssen wir tun, damit alle Parteiorgane, alle Parteifunktionäre und Mitglieder in dieser Kampagne nach einheitlichem Plan arbeiten, damit ihre Arbeit nicht dem Zufall überlassen bleibt, sondern organisiert wird. Die verschiedenartige Arbeit — in den Gewerkschaften sowohl, wie bei den Freidenkern, in den Genossenschaften wie in den Sport- und Kulturverbänden usw. — hat überall das gleiche Ziel: Mobilisierung der Massen für unsere Parolen! Die Verhältnisse in den verschiedenen Organisationen, auch in den Betrieben und bei der Hausagitation mögen verschieden sein, das Ziel unserer Arbeit bleibt das gleiche. Die organisatorische Aufgabe, die hier zu leisten ist, muß von den Zellen- und Fraktionsleitungen durchgeführt werden. Planmäßig ist die Arbeit an die Mitglieder zu verteilen, für diese Arbeit werden die Genossen verantwortlich gemacht, sie müssen Bericht erstatten. Nur wenn es uns gelingt, die Partei auf diesem Wege wirklich zu mobilisieren, wenn wir planmäßig alle Kräfte, die die Partei hat, einsetzen, nur dann können wir mit einem großen Erfolg rechnen.

Wenn es uns gelingt, alle bisher brachliegenden Kräfte der Partei zu erfassen und ihnen für eine konkrete Aufgabe konkrete Anweisungen zu geben, dann werden wir in der Lage sein, die Tatsachen des Fürstenraubs den Millionen der Werktätigen bekannt zu machen, dann wird es uns gelingen, schon beim Volksbegehren 8 bis 10 Millionen zur Eintragung aufzubringen.

Die erste Aufgabe ist also: planmäßige Organisation aller unserer Kräfte und aller Hilfsmittel. Dazu gehört, daß nicht nur einmalige Anweisungen gegeben werden, sondern daß die Durchführung kontrolliert wird, die leitenden Organe helfen Ratschläge geben, und in engster Verbindung mit den Arbeitskörpern der Partei, den Zellen und Fraktionen stehen. Ständige Berichterstattung von unten nach oben ist eine der Bedingungen, ohne die keine leitende Körperschaft wirklich arbeiten kann.

Die Mobilisierung der Massen für das Volksbegehren ist die erste Möglichkeit, die werktätigen Massen, auch der Mittelschichten nicht nur zur einmaligen Aktion zu bringen, sondern fester an uns zu binden und eine wirkliche Einheitsfront aller Werktätigen aufzurichten. Das ist die zweite Aufgabe; über die Kampagne für den Volksentscheid hinaus die Agitation zu erweitern, durch die Popularisierung unserer Losungen: Auflösung des Reichstages, gegen die Luther-Regierung, für die Gewerkschaftseinheit, gegen die wirtschaftliche Verelendung. In dem Kampf gegen den Raubzug der Fürsten folgen uns heute Millionen Werktätige. Sie sehen heute noch nicht die inneren Zusammenhänge zwischen der Fürstenabfindung und dem Raubzug der Großkapitalisten und Großagrarier. Ihnen diese Zusammenhänge klarzumachen, und sie auch für spätere Kämpfe organisatorisch zu erfassen, in die Rote Front einzureihen, das ist der Weg, der über die erste Etappe: „Sammlung der Massen um die aktuelle Losung" hinausführt. Die zweite Aufgabe ist also, unseren politischen Einfluß, den wir heute besitzen, so fest organisatorisch zu verankern, daß er die Kampagne für den Volksentscheid überdauert, und die Basis abgibt für den Klassenkampf der Werktätigen gegen die kapitalistische Klasse, ihre Parteien und ihre Regierung.

Das organisatorische Zentrum für diese Massenbewegung müssen die Einheitsausschüsse werden, die heute bereits in vielen Orten trotz der Sabotage der Führer der SPD., der Gewerkschaften und des Reichsbanners gebildet worden sind. Diese Einheitsausschüsse müssen sich in erster Linie auf die Industriearbeiter stützen, aber sie dürfen nicht verkennen, daß das Proletariat die Mittelschichten als Verbündete im Kampfe gewinnen muß.

Eine kluge Politik, die Aufstellung der richtigen Losungen, das ist die erste Voraussetzung zu dem Erfolg. Eine geschickte Taktik, die uns die Möglichkeit gibt, an die Millionen Massen Erwerbstätige heranzukommen, ist unerläßlich. Aber nicht unterschätzen dürfen wir die Notwendigkeit der planmäßigen systematischen Arbeit unserer Organe und Mitglieder. Beim heutigen Stand der Partei muß das Schwergewicht auf die Organisation der Arbeit gelegt werden. Dulden wir keine Zufälligkeiten, machen wir die Arbeit nicht abhängig davon, ob irgendwo ein Genosse sitzt, der freiwillig etwas übernimmt, bedenken wir, daß wir einen Stab von einigen Hunderttausend Mitgliedern haben, die im Klassenkampf eine riesige Kraft darstellen, wenn wir es verstehen, ihre Tätigkeit so zu organisieren, daß der größte Erfolg wahrscheinlich ist.

Wir geben nachstehend für die Organisation unserer Arbeit die wichtigsten praktischen Richtlinien. Sie sind das mindeste, was jede Organisation, sowohl die Zellen, wie die Fraktionen durchführen müssen.

Wenn wir die Kleinarbeit organisieren, organisieren wir den großen Erfolg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260305-11/fragment/page=0009

Agitationslokale

Die Durchführung des Volksbegehrens ist besonders darin verschieden von einer Reichstagswahl, daß jetzt die Eintragungszeit auf 14 Tage verteilt ist. Bei der Reichstagswahl konzentrierte sich die letzte Arbeit der Partei auf den Wahltag. Beim Volksbegehren müssen wir 14 Tage lang die höchste Aktivität entfalten.

Die vielen Aufgaben können natürlich nur erledigt werden, wenn nicht nur die ganze Partei mobil ist, sondern wenn es uns gelingt, einen möglichst großen Teil Sympathisierender zur aktiven Helferarbeit zu mobilisieren. Die im Verhältnis geringen Kräfte der Partei müssen planmäßig eingesetzt werden. Jede Ortsgruppenleitung muß für die Dauer der Eintragung — entsprechend der Größe der Stadt — eine Reihe von Agitationslokalen einrichten. Am besten ist es, wenn wir dazu unsere

Außenansicht eines Agitationslokals

Versammlungslokale benutzen, — je mehr, desto besser. Diese Agitationslokale sind die Zentren des Volksbegehrens für den betreffenden Stadtteil.

Zuerst ist es notwendig, daß für jedes Agitationslokal ein verantwortlicher Genosse bestimmt wird, der die ganze Arbeit leitet. Dann muß das Agitationslokal nach außen kenntlich gemacht werden. Wir geben nachstehend eine Skizze eines Berliner Lokals.

Ueber die Straßenfront ist ein Transparent gespannt, links und rechts je eine rote Fahne. In jedem Schaufenster hängt sowohl das Plakat: „Bekanntmachung", wie auch das Plakat: „Hier Agitationslokal der Kommunisten". Außerdem muß außen eine Bekanntmachung angebracht sein, aus der hervorgeht, wo sich das Eintragungslokal befindet und wann die Listen ausliegen.

Im Lokal wird eine Auskunftsstelle errichtet. Der leitende Genosse muß alle Eintragungslokale der ganzen Stadt kennen (zu ersehen aus den amtlichen Bekanntmachungen). Der Verkehr in diesem Lokal wird ziemlich stark sein. — gibt also eine Agitationsmöglichkeit. Deshalb muß mit der Auskunftsstelle ein Literaturvertrieb verbunden sein. Zum Verkauf besonders geeignet: Broschüre „Keinen Pfennig den Fürsten". — „Arbeiter-Illustrierte Zeitung" und „Knüppel". Diese können vom Literaturobmann oder der Bezirksbuchhandlung bezogen werden. Außerdem muß die kommunistische Presse ausliegen und Abonnentenscheine vorhanden sein.

Ueber die Organisation des Schlepperdienstes schreiben wir an anderer Stelle. Wir wollen nur noch die Genossen darauf aufmerksam machen, daß wir jetzt ständig durch die Presse die Parteigenossen und Sympathisierenden auffordern, bei der Arbeit zu helfen. Sicher werden sehr viele Erwerbslose schon am Tage bereit sein — Standarten zu tragen. Material zu verteilen, die Ladenbesitzer aufzusuchen und Schlepperdienste zu leisten. Wenn wir in unserer Presse auffordern, daß diese Sympathisierenden sich in den Agitationslokalen melden sollen, müssen natürlich genug Lokale vorhanden und von außen gut kenntlich sein.

Eine Summe von Kleinarbeit muß geleistet werden, aber erst, wenn wir diese gut organisieren, werden wir Erfolge haben, die nach Millionen Stimmen zählen.

Die Straße in unserem Dienst

Das revolutionäre Proletariat weiß die Bedeutung der Straße zu schätzen. In ungezählten Demonstrationen hat die Rote Front die Straßen beherrscht, drückten ihnen einen bestimmten Charakter auf, hat ihr Gesicht verändert. Wenn auch nur vorübergehend; aber viele Tausende haben die demonstrierenden Massen gesehen, — diskutieren darüber, denken nach über Zweck und Ziel der Demonstration. Aber einige Tage später hat die Straße wieder ihr altes Gesicht.

Wenn wir durch die Straßen der Großstadt gehen und kritisch alles beachten, muß uns auffallen, wie wenig wir die Straße für unsere Agitation ausnützen. Ich meine das Alltagsgesicht der Straße. Was sehen wir? Besonders in der Großstadt nach dem Kriege eine gewaltige Ausdehnung der Reklame. Fast jeder freie Raum wird benutzt. Irgendein Schlagwort springt dir hundertmal am Tag in die Augen, irgendeine Reklamefigur wird durch geschickte Anbringung an den verkehrsreichen Stellen volkstümlich. Die politische Agitation verschwindet vollständig in der Masse der kaufmännischen Reklame. Hier und dort kleben noch Ueberreste aus dem letzten Wahlkampf, Versammlungseinladungen usw. Sie finden keine Beachtung.

Gibt es für uns keine Möglichkeit, das Alltagsgesicht der Straße für unsere Zwecke zu verändern? Haben wir nicht auch die Möglichkeit, zu einem großen Teil die von vielen Millionen täglich benützten Straßen in unseren Dienst zu stellen? Gewiß können wir nicht die Reklame besiegen, aber besonders jetzt, — in der so volkstümlichen Agitation fürs Volksbegehren gibt es eine Unmasse Agitationsmöglichkeiten, die wir bisher nicht ausnutzten.

Da sind zuerst die Schaufenster der Läden. Während sonst bei einer Wahl- oder anderen Kampagne der größte Teil der Ladenbesitzer nicht auf unserer Seite stand, müssen wir heute feststellen, daß sicher der größte Teil mit unseren Parolen sympathisiert. Wir haben also die Möglichkeit, in dem größten Teil der Schaufenster mindestens das gemeinsame Plakat „Bekanntmachung" auszuhängen. Selbstverständlich müssen unsere Ortsgruppen diesen Aushang planmäßig organisieren. Die Ladenbesitzer kommen nicht zu uns, sondern wir müssen zu ihnen gehen.

Die übergroße Mehrheit der Besitzer der Wirtschaften wird gleichfalls bereit sein, unsere Plakate nicht nur im Schaufenster, sondern auch in den Gastträumen auszuhängen.

Daneben müssen wir kleine Trupps von Standartenträgern zusammenstellen, die mit Standarten die verkehrsreichen Straßen und Plätze abpatrouillieren, daneben können diese Handzettel und Flugblätter verteilen, Broschüren verkaufen und mündlich agitieren. Je nach der Größe der Stadt müssen entsprechend viele Trupps organisiert werden. Das Geheimnis des Erfolges liegt wie bei der Reklame auch bei uns, darin, daß die Passanten nicht einmal eine Kolonne sehen, sondern überall, an den wichtigsten Punkten und Straßen der Stadt immer wieder auf unsere Agitation treffen.

Ueber die Einrichtung der Agitationslokale und die Ausnutzung ihrer Straßenfront geben wir an anderer Stelle praktische Vorschläge.

Besonders notwendig ist es, daß wir durch geeignete Mittel die amtlichen Eintragungsstellen bekannt und kenntlich machen. Der Schlepperdienst hat hierbei die Hauptaufgabe, aber auch von den Eintragungsstellen müssen wir ständig einige Genossen mit Standarten und Agitationsmaterial aufstellen.

Die Durchführung obiger Vorschläge wird unsere Agitation schon ganz bedeutend fördern. Vor allen Dingen kommt es darauf an, daß jede Ortsgruppenleitung die Arbeit in dieser Richtung organisiert.

Daß wir außerdem noch durch Kleben unserer Plakate an geeigneten Stellen die Straße in unseren Dienst stellen, ist selbstverständlich, aber auch hierbei muß noch viel mehr als bisher planmäßig gearbeitet werden, d. h. die Stellen, wo geklebt werden soll, müssen genau auf ihre Wirksamkeit untersucht werden.

Neben diesen Maßnahmen sollen unsere Genossen aufgefordert werden, rote Fahnen herauszuhängen, Transparente über die Straße zu ziehen usw.

Photographien

aus der Eintragungszeit — Demonstrationen, Anbrang vor den Eintragungslokalen, Standartenkolonnen, originelle Agitation usw. müssen auf der Platte festgehalten werden. Wir brauchen Photos sowohl für unsere illustrierten Zeitungen, wie auch für die Berichterstattung an unsere Bruderparteien im Ausland. Die sachlichen Unkosten werden vergütet. Adresse für Einsendungen: Wilhelm Pieck, Berlin C. 54, Rosenthaler Str. 38 (Agitprop.).

Die Agitation auf dem Lande

Die Kampagne in Verbindung mit dem Kampf gegen Steuern und die Verelendung bietet günstige Gelegenheit, nicht nur in diesem Fall bei den werktätigen Bauern und Landarbeitern zu agitieren, sondern feste Stützpunkte für gemeinsames Vorgehen mit dem Industrieproletariat zu schaffen. Der Agitation muß besonders in den Vordergrund gestellt werden, daß die Fürsten gerade die besten Landstriche für sich beanspruchen. Material siehe Broschüre: „Keinen Pfennig den Fürsten" von Paul Frölich.

Eine wesentliche Aufgabe ist die Gewinnung von Vertrauensleuten unter den Landarbeitern und der Kleinbauernschaft.

Im Verlaufe der Kampagne muß ein breites Netz von Vertrauensleuten in den ländlichen Orten, in jedem Bezirk erreicht werden. Dem Zentralkomitee ist über die Durchführung und Erfolg dieser Aufgabe zu berichten.

Die Landagitation darf nicht allein getragen werden von den ländlichen Ortsgruppen. Alle Ortsgruppen müssen Kräfte für diese Landagitation mobil machen (Verbindung mit RFB.), in den Dörfern Versammlungen vorbereiten, Hausagitation, Demonstrationen mit Literaturvertrieb, Zeitungsverkauf usw. durchführen.

Nach Möglichkeit sollen ganze Belegschaften geschlossen bestimmte ländliche Gebiete bearbeiten.

Als Material erscheint Februarnummer des „Roten Land- und Forstarbeiter" und „Einiges Volk" zum Verkauf 5 Pfg. pro Stück.

Im Deutschen Landarbeiterverband müssen die Fraktionen mobil gemacht werden, damit der DVB. die Kampagne unterstützt durch Mitglieder- und öffentliche Versammlungen.

In gleicher Weise vorgehen in kleinbäuerlichen und Siedlerorganisationen.

Die Landbevölkerung muß bei der Agitation gründlich orientiert werden, wo die Gemeindebehörden die Listen auslegen müssen und wie die Eintragung zu erfolgen hat.

Unsere Gruppen und Zellen müssen versuchen, möglichst auch in den Landorten Einheitskomitees zu schaffen. Es müssen jeweils eine Anzahl Landorte, je nach den Verhältnissen, den einzelnen Zellen und Gruppen zur Bearbeitung zugeteilt werden. Sie sind verantwortlich zu machen für eine gründliche Agitation und Propaganda, daß die Listen in jedem Ort ausliegen, daß eine Kontrolle über die Listenführung jeweils vorhanden ist, daß nach Möglichkeit Leute zum Schlepperdienst gewonnen werden, z. B. durch arbeitslose Landarbeiter, oder Industriearbeiter, die im Dorfe wohnen, Kleinbauern.

Es empfiehlt sich, daß in den Landorten Zettel angeklebt werden, auf denen — wenn nicht eine Adresse der nächstliegenden Ortsgruppe — mindestens eine Arbeitsgebiets- oder Unterbezirksadresse der Partei angegeben wird, mit der Bekanntgabe, daß dort Material angefordert und Berichte über alle Vorgänge im Orte entgegengenommen sowie Auskünfte über die Durchführung des Volksbegehrs usw. erteilt werden. Solche Zettel können unter den Plakaten angebracht werden. Es wird damit eine Reihe von Verbindungen sich ergeben. Verbindungen, die zu dauernden Kanälen in die einzelnen Landorte ausgebaut werden müssen.

Millionenauflagen

Für das Volksbegehren wurden an 63 799 deutsche Gemeinden Eintragungslisten per Einschreiben durch KPD. und SPD. gemeinsam verschickt.

Außerdem hat das Zentralkomitee der KPD. bis jetzt folgendes Agitationsmaterial hergestellt und versandt:

250 000	Eintragungslisten.
900 000	Plakate „Bekanntmachung".
100 000	zweifarbige Plakate.
5 500 000	Flugblätter.
500 000	Bauernflugblätter.
770 000	Handzettel.
600 000	„ (zweifarbig).
400 000	gummierte Klebezettel.
360 000	Klebestreifen.
125 000	Plakate für Versammlungen und Agitationslokale.
100 000	Flugschriften für Frauen.
130 000	Sondernummern „Kommunistin".
500 000	Broschüren „Keinen Pfennig den Fürsten"
10 235 000	(also über 10 Millionen Exemplare).

Solche Riesenmunition

erfordert große Mittel, die aus den Mitgliedsbeiträgen allein nicht gedeckt werden können. Alle Genossen müssen deshalb auf den Sammellisten sammeln. Es muß möglich sein, auch von den Kreisen der sympathisierenden Mittelschichten finanzielle Unterstützung für den Kampf zu erhalten.

Zentralkomitee der KPD.

Adresse für direkte Geldüberweisungen: Postscheckkonto Berlin 102 254 W. Pieck, Berlin C. 54, Rosenthaler Str. 38.

Der Schlepperdienst

Der Schlepperdienst ist im Falle des Volksbegehrens eine wichtige politische Aufgabe. Als erstes ist notwendig, daß wir die Massen über die wirklichen Tatsachen aufklären. Es gibt sicher noch Millionen Deutsche, die nicht gründlich informiert sind, die kaum Zeitung lesen, in keine Versammlung gehen usw. Der Anknüpfungspunkt für die Agitation ist das Volksbegehren, aber darüber hinaus muß bei der Diskussion der Zusammenhang gezeigt werden mit der allgemeinen wirtschaftlichen Verelendung seit 1914. Krieg — Inflation — Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Abbau der Renten und Sozialversicherung, hohe Preise, — niedrige Löhne, Steuerdruck, Verteuerung der Lebenshaltung durch die Schutzzölle, Klassenjustiz (Fall Jürgens — Fememorde), das Verhalten der betreffenden Kommune, des Landtages und des Reichstages, Stellung der Landes- und Reichsregierung. Auf dem Lande — hohe Pachten, Ausbeutung durch den Großgrundbesitz, Steuerdruck. — Schutzzölle kommen nur den Großagrariern zugute usw. Richtlinie für diese Arbeit ist unser allgemeines Flugblatt und unser Bauernflugblatt. Die ganze werktätige Bevölkerung wird für diese Diskussion zugänglich sein, weil sie die Kosten seit 1914 zahlen mußte und weil unsere Parole: „Keinen Pfennig den Fürsten!" — „Arbeit und Arbeit den Werktätigen!" ihre Interessen ausdrückt. In der Diskussion muß selbstverständlich berücksichtigt werden, welche besonderen Interessen der Betreffende hat. (Beamter, Angestellter, Kleinbürger, Kriegsbeschädigter, Gewerkschafter, Genossenschafter, Kleinbauer, Siedler, Landarbeiter usw.).

Das erste Ziel der Diskussion ist, den Betreffenden für die Eintragung zu gewinnen, aber außerdem sollen wir nicht versäumen, den Schlepperdienst für den Verkauf geeigneter Literatur und für Abonnentenwerbung zu benutzen. Wir werden große Erfolge haben, wenn wir diese Arbeit ernsthaft und planmäßig organisieren. Es wird auch möglich sein, Geldmittel zu sammeln. Wenn auch keine großen Beträge eingehen, so verbürgt doch die Ausdauer und die Summe der Kleinarbeit den Erfolg.

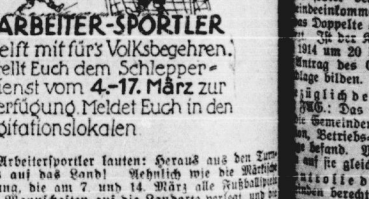
Der ganze Schlepperdienst muß in jeder Ortsgruppe von den Agitationslokalen aus organisiert werden. Zuerst ist es notwendig, daß alle Parteimitglieder auf die Agitationslokale verteilt werden. Danaben wird es möglich sein, einen großen Teil aktiver Helfer aus den sympathisierenden Organisationen zu gewinnen. Außerdem werden wir öffentlich auffordern, daß sich die Erwerbslosen und Sympathisierenden zur Verfügung stellen. Der Sammelpunkt für alle Kräfte ist das Agitationslokal. Von hier aus muß der ganze betreffende Stadtteil aufgeteilt werden, daß alle Wohnungen wirklich besucht werden und möglichst keine Doppelbesuche erfolgen (wenn dies nicht notwendig ist). Also jeder Schlepper erhält eine Anzahl Häuser zugewiesen. Er muß sich genau an diese Anweisungen halten. Literatur, Agitationsmaterial, Abonnentenscheine, Sammellisten werden im Agitationslokal ausgegeben (genaue Kontrolle), nach Besuch der Häuser geht der Schlepper ins Lokal zurück, berichtet und rechnet ab.

Nur wenn wir ganz planmäßig vorgehen, wenn wir die Städte und Gemeinden aufteilen, werden wir den größten Erfolg haben können.

Um die deutsche Meisterschaft

Die Forderung für die Herbeiführung des Volksentscheides zur Enteignung der Fürsten hat den lebhaftesten Widerhall auf Kreis-, Sparten- und Bezirkstagungen, auf vielen hunderten Kartelltsitzungen und Vereinsversammlungen gefunden. Die Bundesleitung des Arbeiterturn- und Sportbundes hat sich in einem Aufruf an die Mitglieder erklärt für den Volksentscheid ausgesprochen.

Das war der erste Schritt. Ihm muß der zweite folgen, wenn den unverschämten Fürstenforderungen durch den Volksentscheid die restlose Enteignung folgen soll. Der zweite Schritt muß in der aktiven Unterstützung in der Durchführung des Volksbegehrens seinen Ausdruck finden. Deshalb muß der



Losung aller Arbeitersportler lauten: Heraus aus den Turnhallen, hinaus auf das Land! Aehnlich wie die Märkische Spielvereinigung, die am 7. und 14. März alle Fußballspiele mit städtischen Mannschaften auf die Landorte verlegt, und die städtischen Mannschaften zur Unterstützung der Agitation auf dem Lande mit Werbematerial ausrüstet, müssen die Bezirke Maßnahmen ergreifen, die zur wirkungsvollsten Unterstützung des Volksbegehrens geeignet sind. Darüber hinaus müssen die Arbeitersportvereine und ihre Leitungen, insbesondere die Wanderorganisationen, besondere Agitationstruppen zusammenstellen, die auf den nächstliegenden Nachbarorten das Kleben der Listen kontrollieren, für den Aushang und das Kleben der Plakate, Verteilen von Flugblättern Sorge tragen, und somit ein Maximum organisatorischer Arbeit für die Eintragung bei größter Volksschichten in die Listen für das Volksbegehren leisten.

Arbeitersportler, seid auch eingedenk eures jahrzehntelangen Kampfes gegen die wilhelminischen Behörden, die im Interesse der bürgerlichen Sportbewegung euch tausendfältigen Schikanen aussetzten, sorgt mit dafür, daß in diesem Kampf nicht die Fürsten, sondern das Volk Meister wird.

Meldedienst vom 4.—17. März

Die amtliche Feststellung der Resultate des Volksbegehrens wird erst einige Zeit nach dem 17. März stattfinden.

Wir sind verpflichtet, schon vom 4. März ab täglich in unserer Presse die uns bekannten Resultate zu veröffentlichen.

In allen Eintragungslokalen muß ein Vertreter von uns anwesend sein, der bei Schluß der Eintragung täglich feststellt, wieviel Wahlberechtigte sich eingetragen haben. Diese Zahl ist sofort, unbedingt noch am gleichen Abend an die Ortsleitung (in großen Städten erst an die Stadtteil-Verwaltungsbezirksleitung) weiterzugeben. Die Ortsgruppenleitung ist verpflichtet, die ihr bekannt gewordenen Resultate noch am gleichen Abend an die Adresse der Bezirksleitung oder die Redaktion der Parteipresse telephonisch oder telegraphisch weiterzugeben.

Alle Bezirksleitungen geben dann noch am gleichen Abend die Resultate nach Berlin (Adresse des Zentralkomitees oder „Rote Fahne") weiter.

Berlin, den 4. März 1926.

Abteilung Agitprop des Zentral-Komitees.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260305-11/fragment/page=0010

Kommune-u-Kommunalpolitik

Kommunistische Arbeit in der Kommune

Beiträge zur Einführung in die Kommunalpolitik

Von Otto Kilian

Zweiter Teil: Kommunales, Finanz- und Steuerwesen

Wirtschaftlichkeit. Art der Aufbringung des Geldbedarfs der Gemeinden ist das entscheidende Merkmal zwischen sozialistischer und bürgerlich-kapitalistischer Gemeinde. Die sozialistische Gemeinde nimmt den Bedarf ausschließlich von den Besitzenden, während die kapitalistische Gemeinde die breite Masse der Besitzlosen belastet.

Wirtschaftlichkeiten der Geldbeschaffung. Den Gemeinden sind enge Grenzen gezogen. Ein Ueberblick ist schwer, da grundlegendes Gesetz, das Kommunalabgabengesetz (KAG.) von 1893, durch reichs- und landesrechtliche Bestimmungen seit 1919 vielfach durchlöchert, in wesentlichen Teilen aufgehoben ist.

Woher der Bedarfsdeckung:

1. durch Ueberweisungen von Reichssteueranteilen;
2. aus Erträgnissen des Gemeindebesitzes (Feld, Wald, Häuser, Steinbrüche, Bergwerke, Bäder, Ostmarkungen usw.);
3. durch Anleihen;
4. aus Werksüberschüssen (Gas, Elektrizität, Wasser, Straßenbahn usw.);
5. aus Gemeindeabgaben (Steuern, Gebühren, Beiträge).

a) Kommunale Anleihen sind an die Genehmigung der Aufsichtsbehörde gebunden. Neuerdings sind Aufnahme vorübergehender Kredite von Auslandsgeld genehmigungspflichtig.

b) Rechtsgrundlage sind §§ 3 und 4 KAG. Sollen mindestens 3 Jahren erzielt werden. „Eine Ausnahme ist zulässig, sofern Gebührenerhöhung zugleich einem öffentlichen Interesse dient, welches sonstigenfalls nicht befriedigt wird." (KAG. § 3, Abs. 2.) Gibt Möglichkeit vergünstigter Preisfestsetzung oder Preisnachlaß bei einem Rotbestimmter Schichten der Bevölkerung.

c) Grundlage KAG. in Verbindung mit Reichssteuergesetz, Finanzausgleichsgesetz (FAG.), Landessteuergesetz, Gesetz über Grundvermögenssteuer, Gewerbesteuergesetz, Steuernotverordnung sowie Durchführungsbestimmungen.

Von folgenden Reichssteuern sind die Gemeinden mit beteiligt, Zahlung geschieht durch „Ueberweisungen" (Abschlagszahlungen)

Einkommensteuer (§ 38 FAG.). Das Reich behält vom Aufkommen seit Oktober 1925/März 1926 65 Prozent, vom 1. April 1926 ab 50 Prozent. Den Rest bekommen die Länder. Preußen behält davon Anteil 45 Prozent, die Gemeinden und Landkreise erhalten 55 Prozent. Den Maßstab für die Verteilung bildet die Kopfzahl; der Einheitssatz wird mit der Größe der Gemeinde (zwischen 1,00 bis 2,75). Daneben wird noch ein größerer als der Anteil von vorhandenen schulpflichtigen Kindern berücksichtigt.

Körperschaftssteuer. Einkommensteuer bei physischen Personen, Körperschaftssteuer die Gesellschaften (A.-G., G. m. b. H., Genossenschaften). Nach § 20 FAG. in der III. StNV. und § 1 des Gesetzes über Kürzung des Reichsrats vom 10. August 1925) erhalten die Länder vom Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftssteuer seit Oktober 1925 50 Prozent. Der Schlüssel für die Verteilung auf die Gemeinden ist diskutiert, als daß es hier dargestellt werden könnte. Uebrigens ist die Methode der Reichssteuerverteilung zu einer wahren Wissenschaft entwickelt, die in der Regel nur der zuständige Verwaltungsbeamtenrat völlig beherrscht. Mindestens muß jede Gemeinde soviel bekommen, wie sie für das Rechnungsjahr 1911 an Einkommensteuer veranschlagt hatte. Bekommt sie mehr, so das Doppelte oder 1½fache dieses Betrages, werden die Anteile gekürzt. Ist der Kopfbetrag der Gemeindeeinkommensteuer für 1913/14 um 20 bzw. 40 Prozent höher als der für 1911, so kann der Betrag des GV. eines der anderen Jahre die Berechnungsgrundlage bilden. Anträge für 1926 sind bis 1. Mai zu stellen.

Jährlicher Eisenbahnunternehmungen bestimmt (§ 46): Das Steueröl eines Eisenbahnunternehmens entfällt auf die Gemeinden, in denen sich der Sitz der Verwaltungen, eine Betriebs- oder Werkstätte oder eine sonstige gewerbliche Niederlassung befand. Wenn mehrere Sitzgemeinden vorhanden sind, entfallen auf sie gleiche Anteile.

Mitteilungen der Finanzämter. Nach § 48 FAG. sind die Gemeinden berechtigt, Auskünfte sowie Einsichtnahme in die Nachrichten des Finanzamtes zu verlangen.

Von folgenden Landessteuern sind die Gemeinden beteiligt, bezw. können von ihnen Zuschläge erhoben werden

Gewerbesteuer wird vom Reich erhoben, Länder erhalten das gesamte Aufkommen abzüglich 4 Prozent für Verwaltung. Die Länder sind verpflichtet, an die Gemeinden mindestens 40 Prozent des Eingangs zu überweisen (§ 34 FAG.). Die Gemeinden können Zuschläge erheben mit Genehmigung der Länder.

Grundvermögensteuer. Wird vom Staat veranlagt. Für bebauten Grundstücken 0,25 Mark für je 1000 Mark Wert (Grundwert). Gemeinden können Zuschläge erheben. Zuschläge über 100 Prozent bedürfen genehmigungspflichtig.

Erbschaftssteuer verfügte (Ministerialverordnungsblatt 5. Januar 1926). Die Differenzierung der Zuschlagshöhe bei bebauten und unbebauten Grundstücken soll die Ausnahme bilden." Die Wohnungsbauten sollen unbedingt ebensoviel benutzen, wie die Großstädte — so will es dieser sozialdemokratische — Innenminister.

Biersteuer. Wurde bis 1925 veranlagt vom Staate nach den gültigen Richtlinien vom 23. November 1923. Von 1926 an gilt das Gesetz über Ueberleitung der Gewerbesteuer in das regelmäßige Verfahren vom 15. Oktober 1925. Der GSt. unterliegen Landwirtschaft, Garten-, Obst- und Weinbau, Viehzucht, Fischfang, Jagd. GSt. wird bemessen nach dem Betrag und nach dem Gewerbekapital. An Stelle des Gewerbekapitals kann auf Beschluß der Gemeinde die Lohnsummensteuer.

Zuschläge (§§ 11 bis 15 der Verordnung über die vorläufige Regelung der GSt. vom 23. November 1923):

1. Der Steuersatz nach dem Gewerbebetrag beträgt für den zur Abgabepflichtigen Ertrages, welcher den dem niedrigsten Hundertsatze der Reichseinkommensbesteuerung unterliegenden Betrag übersteigt, 1 v. H., für einen weiteren Teil des Ertrages bis zum Betrage dieses Betrages 1½ v. H. und für den darüber hinausgehenden Teil des Ertrages 2 v. H. des abgabepflichtigen Betrages.

2. Der Steuersatz vom Gewerbekapital beträgt für den Teil des Gewerbekapitals, der das Fünffache des dem niedrigsten Hundertsatze der Reichseinkommensbesteuerung unterliegenden Betrages nicht übersteigt, 1 vom Tausend, für den darüber hinausgehenden Teil des Gewerbekapitals 1½ vom Tausend.

Betriebe, deren Gewerbekapital das Fache des dem niedrigsten Hundertsatz der Reichseinkommensbesteuerung unterliegenden Betrages nicht übersteigt, bleiben von der Besteuerung nach dem Gewerbekapital befreit.

§ 13. Wird neben der Steuer nach dem Ertrag eine Steuer nach dem Gewerbekapital erhoben, so erhöht sich, falls der Ertrag 50 v. H. des Wertes des Gewerbekapitals überschreitet, der Steuersatz nach dem Ertrage für je angefangene 25 v. H. um ein Viertel, höchstens jedoch um vier Viertel.

Diese Vorschrift findet nur Anwendung, wenn der Gesamtertrag das Doppelte desjenigen Betrages übersteigt, welcher dem niedrigsten Hundertsatze der Reichseinkommensbesteuerung unterliegt.

§ 14. Der Steuersatz nach der Lohnsumme beträgt 1 vom Tausend der Lohnsumme.

§ 15. Wird neben der Steuer nach dem Ertrag eine Steuer nach der Lohnsumme erhoben, so erhöht sich, falls der Ertrag 100 v. H. der im letzten Kalenderjahr gezahlten Lohnsumme überschreitet, der Steuersatz nach dem Ertrage für je angefangene 50 v. H. um ein Viertel, höchstens jedoch um vier Viertel.

Gewerbeertrag ist der Reingewinn. Zum Gewerbekapital gehören nicht nur die Barmittel, sondern auch Wasserkräfte, Dampfkessel, Maschinen, Roh- und Hilfsstoffe, Wertpapiere, Urheber-, Patent-, Nießbrauchsrechte, Konzessionen, Bergbaurechte, Beteiligungen.

Die Preußische Regierung plant (Gesetzentwurf liegt zurzeit dem Staatsrat vor, Drucksache 55) nach dem Vorbild des Reichsfinanzministers Reinhold Herabsetzung der Gewerbesteuersätze. Die Steuer vom Gewerbekapital soll nur noch ½ bis ⅝ Tausendstel statt 1 bis 1½ Tausendstel betragen. Die Gewerbeertragssteuer soll nicht mehr voraus veranlagt werden, sondern nach dem früheren System der Veranlagung nach dem Ertrag des vergangenen Jahres.

Die Gemeinden können zur GSt. Zuschläge erheben. Zuschläge nach dem Gewerbekapital bzw. der Lohnsumme sollen die gleichen sein wie nach dem Kapitalertrage. Doch sind Abweichungen bis zum Doppelten gestattet (§ 41, Verordnung vom 23. November 1923). Solche Abweichungen und Zuschläge über 200 Prozent sind genehmigungspflichtig.

Verpflichtung von Betriebsgemeinden zu Leistungen an Wohngemeinden. Rechtsgrundlage §§ 52, 53 KAG. „Wenn eine Gemeinde, in der Arbeitnehmer wohnen, die im Betrieb eines anderen Ortes beschäftigt sind, mehr Ausgaben für Volksschulwesen, Armenpflege, polizeiliche Zwecke eine unbillige Mehrbelastung haben" Gegenwärtig tritt (nach § 52 Abs. 1 der Verordnung vom 23. November 1923) Zahlungsverpflichtung ein, wenn mehr als 20 Lohnempfänger in der Wohngemeinde wohnen, die in der Betriebsgemeinde beschäftigt sind. Die Betriebsgemeinde hat die Verpflichtung, aus den ihr regelmäßig zufließenden Vorauszahlungen an Gewerbekapital- oder Lohnsummensteuer den entsprechenden Anteil zu entrichten. Bei Streitigkeiten beschließt der Kreisausschuß, wenn Landgemeinden in Frage kommen; bei Stadtgemeinden, auch Kreisangehörigen, der Bezirksausschuß.

Für das platte Land ist wichtig diese Bestimmung, § 52, Abs. 3: „Liegt die Betriebsstätte in einem Gutsbezirke, so hat der Kreisausschuß auf Antrag der Wohngemeinde unter Berücksichtigung der Lohnsummensteuer der Wohngemeinde oder gleichartiger Gemeinden des Kreises oder Regierungsbezirkes einen Betrag festzusetzen, welchen der Gutsbesitzer für jeden Lohnsummenempfänger an die Wohngemeinde zu entrichten hat. Der Gutsbesitzer kann diesen Betrag auf die Gewerbetreibenden des Gutsbezirkes, welche die in der Wohngemeinde wohnenden Arbeiter beschäftigen, nach Maßgabe der an diese gezahlten Lohnsummen unterverteilen."

Severing achtet sehr darauf, daß die Realsteuerzuschläge in den Gemeinden möglichst niedrig bleiben. Im Ministerialblatt vom 10. Juni 1925 verfügte er: „Einige Gemeinden haben Aufgaben angefangen, die nicht unbedingt nötig sind. Dadurch sind Realsteuerzuschläge bedingt, die untragbar sind. Die Beschlußbehörden (Bezirksausschüsse) sollen keine Genehmigung zu den hohen Zuschlagssätzen geben."

Wandergewerbesteuer. Wird vom Staat erhoben. Gemeinden haben Zuschlagsrecht.

Hauszinssteuer. Wird vom Staat veranlagt auf Grund der III. Steuernotverordnung. Veranlagung, Rechtsmittelverfahren, wie bei der Steuer vom Grundvermögen. Vom staatlichen Aufkommen erhalten die Stadt- und Landkreise ein Fünftel nach Maßgabe des örtlichen Aufkommens. 8 Prozent davon erhalten Gemeinden mit großer Flüchtlings- und Erwerbslosenfürsorge. Gemeindezuschläge möglich nach Artikel II. Ziffer 6 der II. preußischen Steuernotverordnung. Das gesamte Aufkommen verbleibt den Gemeinden. Gemeindezuschläge über 100 Prozent hinaus können auf die Miete umgelegt werden. (Ueber Hauszinssteuer folgt nach ihrer Verabschiedung im Landtag besonderer Artikel.)

Neu ist diese Bestimmung in Artikel III des Gesetzes zur Aenderung des Preußischen Ausführungsgesetzes zum FAG. (Aenderung des § 77 KAG.), die die Diktatur der Genehmigungsbehörden enthält. „Erteilt die Genehmigungsbehörde die Genehmigung für Zuschläge (Hundertsätze) zu den vom Staate veranlagten Realsteuern oder Steuersätzen der besonderen Grundsteuerordnungen nicht in voller Höhe, so bedarf es zur Rechtswirksamkeit der Zuschläge (Hundertsätze) oder Steuersätze in der genehmigten Höhe eines beiteretenden Gemeindebeschlusses nicht."

3. Steuern, die von den Gemeinden bezw. Kommunalverbänden (Kreisen) ausgeschöpft werden können:

Wertzuwachssteuer. Die Stadt- und Landkreise sind berechtigt, bei Veräußerung von Grundstücken Zuwachssteuer zu erheben. Sie sind dazu verpflichtet, soweit es sich um Grundstücke handelt, deren Veräußerer das Eigentum an den Grundstücken in der Zeit vom 1. Januar 1919 bis zum 31. Dezember 1924 erworben haben. Entsprechende Verordnungen können in Landkreisen für die Zeit bis zum 31. März 1926 auch durch Beschluß des Kreisausschusses erlassen werden (Gesetz zur Aenderung des Ausführungsgesetzes zum FAG.)

Die Zurückverlangung des Erwerbungstermins ist also unbeschränkt. Man sollte deshalb jedenfalls den 1. Juli 1914 (Kriegsbeginn) nehmen. Die Steuerhöhe ist im Gesetz nicht vorgeschrieben, kann also sozial gestaffelt werden.

Vergnügungssteuer. Nach § 13 FAG. sind die Gemeinden zur Erhebung verpflichtet. Im Weigerungsfalle zieht der Staat die Steuer ein.

Hunde-, Katzen-, Pferde-, Kanarienvogel-, Nachtigallensteuer usw. Jawohl, diese unglaublichen Steuern gibt es oder hat es gegeben.

Steuer auf den Herbergsvertrag. (Logis in Gasthöfen.) Wird meistens, da verkehrshemmend, wieder aufgehoben.

Wein-, Schaumwein-, Mineralwässer- (sumarisch: Getränke-) Steuer. Nach § 14 FAG. Die Abschaffung ist jedoch beschlossen. Nach § 13 des Reichsgesetzes über Aenderung des FAG. vom 10. August 1925 dürfen kommunale Getränkesteuern von Gemeinden, die sie bis 1. September 1925 nicht hatten, nicht mehr eingeführt werden. Eine Erhöhung über die vom 1. September 1925 geltenden Sätze ist auch nicht erlaubt. Endlich erlischt das Recht zur Erhebung von kommunalen Getränkesteuern am 31. März 1927.

Jagdsteuer kann auch von nicht verpachtenden Jagden, also Eigentümern erhoben werden. Wirklicher Wert ist zu veranlagen.

Wohnungs-Luxussteuer. Ertrag muß verwendet werden zur Förderung der Wohnungsbeschaffung und Siedlung. Nach § 16 KAG.

Ferner möglich Gemeindesteuern auf Klaviere, Wagen, Autos, sogar Fahrräder usw.

Eine Aufzählung aller kommunalen Steuermöglichkeiten, im Handbuch der Kommunalen Wissenschaften, am Schlusse des 4. Bandes.

Beiträge können erhoben werden von den Gemeinden zu den Kosten von Gemeindeeinrichtungen, wie Kanalisation, Straßenreinigung usw. Ferner zum Wohnungsbau nach § 9a KAG. von Unternehmern mit mehr als 20 Beschäftigten, „wenn in der Gemeinde dadurch ein Wohnungsnotstand entstanden ist oder zu entstehen droht." Dies ist ein Messer ohne Klinge. Bei Veranlagung ist Einspruch möglich, der in der Regel jahrelang dauert. Außerdem können Unternehmer sich loskaufen, wenn sie „in ausreichendem Maße selber bauen".

4. Kommunistische Möglichkeiten

Bei der Steuerfestsetzung in den Gemeinden bzw. den Vorlagen der kommunistischen Fraktion sind folgende Gesichtspunkte tatsächlich vorwegzunehmen: Ob wir Kommunisten allein oder mit der SPD. die Mehrheit haben oder in der Mehrheit sind. Welche Steuer das Manövrieren gegen SPD. möglich macht. Die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Zentralgewalt, wobei das Ziel sein muß, die Regierung ins Unrecht zu setzen.

Grundprinzip für unsere Stellungnahme gegenüber allen Steuern, auch kommunalen: Steuern, die die Werktätigen direkt oder indirekt belasten, lehnen wir ab. Steuern, die die Besitzenden belasten, nehmen wir an.

Realsteuern lehnen wir also ab, da sie auf Mieten und Lebensmittelpreise abgewälzt werden. (Ausnahmen in ganz bestimmten Fällen möglich. Nur mit Genehmigung von BZ. Kompol.) Lohnsummensteuer unter allen Umständen ablehnen. Wohnungsluxussteuer beantragen wir nicht, da Ziel proletarischer Wohnungsreform Erfassung der übermäßig großen Wohnungen, nicht Vereinigung des Besitzvorrechtes durch Prämienzahlung. Wohnungserfassung anstreben, auch Wiedererfassung des Wohnungsmangelgesetzes. Für Hundesteuer und Vergnügungssteuer muß beantragt werden, alle proletarischen Vergnügen und alle von Proletariern (Einkommensgrenze höchstens 2000 Mark) gehaltenen Hunde wird keine Steuer erhoben. Vergnügungen und Hunde der Besitzenden dagegen zu vier- bis zehnfacher Steuerveranlagung.

Besondere Besitzsteuern, d. h. vom hohen Einkommen und Vermögen, können die Gemeinden gegenwärtig nicht erheben. Doch ist im Reichsgesetz über Aenderung des FAG. vom 10. August 1925 (§ 8) den Gemeinden ab 1. April 1927 das Recht zugesagt „selbständig Anteile an der Einkommen- und Körperschaftssteuer festzusetzen". Darauf können proletarische Gemeinden nicht rechnen, daß sie auf diese Weise eine wirkliche Besitzsteuer erheben könnten. Das wird die Genehmigungspflicht verhindern.

Das Thema Kommunistische Steuermöglichkeiten ist nicht erschöpfend behandelt. Es sollten nur Andeutungen gegeben werden.

Aufgaben der Kommunalvertreter zur Fürstenenteignungs-Kampagne

Vom 4. bis 17. März finden auf Anordnung der Reichsregierung die Eintragungen für das Volksbegehren auf entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürsten statt. Das Volksbegehren geht in der Weise vor sich, daß in den Gemeinden durch die Gemeindebehörde Listen ausgelegt werden, in die sich diejenigen eintragen müssen, die den Volksentscheid herbeiführen wollen. Da der Volksentscheid nur durchgeführt wird, wenn ihn mindestens 4 Millionen wahlberechtigte Personen verlangen, ist also nicht nur die größte Propaganda für die Einzeichnung notwendig, sondern auch die Bereitstellung von möglichst vielen Einzeichnungslokalen durch die Gemeindebehörden.

Sehr viele Gemeindevorsteher werden infolge monarchistischer Einstellung die Fürstenenteignungskampagne sabotieren. Sie werden sehr wenig Einzeichnungslokale bereitstellen, möglichst in ungünstigen Ortsgegenden, werden die Einzeichnungszeit für das Proletariat ungünstig legen und auch sonst Schwierigkeiten machen. Die Beweise dieser Sabotagearbeit liegen bereits vor in einer ganzen Reihe von Gemeindevorstehern zurückgewiesenen Briefen mit Einzeichnungslisten, wobei die Leute in Randbemerkungen ganz offen für die Fürsten Partei ergreifen. Eine Reihe von Amtsvorstehern sind besonders dreist gewesen.

Diesen Sabotageversuchen müssen unsere Kommunalfraktionen von vornherein vorbeugen. Sie haben die Gemeinde- oder Amtsvorsteher unverzüglich aufzusuchen, ihnen Vorschläge zu machen für die Einzeichnungslokale und vor allem zu fordern, daß die Listen nach Schluß der Betriebe ausliegen. In Ortschaften, in denen Arbeiter wohnen, die meist in auswärtigen Betrieben beschäftigt sind und die deshalb erst in den Abendstunden nach Hause kommen, müssen unbedingt Einzeichnungsgelegenheiten in den späten Abendstunden geschaffen werden. Im Hinblick auf die vielen Nachtschichtarbeiter im Bezirk müssen natürlich auch in Vormittagsstunden Einzeichnungsmöglichkeiten vorhanden sein. Diese können dann auch von den Frauen benutzt werden.

Ferner ist darauf zu achten, daß die Bekanntmachung der Stellen, wo die Einzeichnungslisten ausliegen, und der Zeit, in der die Eintragung möglich ist, nicht nur durch eine kleine Anzeige in irgendeinem Blatt oder gar nur durch Anschlag am Gemeindebrett erfolgt. Sondern daß auf Kosten der Gemeinde Plakatanschläge in möglichst großer Zahl im Orte erfolgen und daß in der Einzeichnungsfrist an den Einzeichnungsstellen durch Plakate zur Einzeichnung aufgefordert wird. Daneben ist die Bekanntgabe durch den Gemeindediener einen um den anderen Tag möglich. Ferner durch Hinweis in den örtlichen Kinos usw.

Es müssen ferner unsere kommunalen Vertreter den Versuch unternehmen, bis zu Beginn der Listenauslegung in den Kommunalparlamenten die Oeffentlichkeit auf die Einzeichnungsaktion aufmerksam zu machen in der Weise, daß ein Beschluß für die Listeneintragung erfolgt. Kommunistische Kommunalvertreter, verlangt deshalb vor allem sofortige Zusammenberufung des Gemeindeparlaments. Bringt Anträge ein auf entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürsten. Versucht durch Verhandlungen alle Gemeindevertreter für Eure Anträge zu gewinnen. Mobilisiert so die Einwohnerschaft zum Volksentscheid für entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen.

Manche Gemeindevorsteher werden die täglichen Einzeichnungsstunden so kurz wie möglich setzen, sie am Abend oder Sonntags ablehnen mit dem Hinweis auf den Mangel an Aufsichtspersonen. Um diesen Einwand aus dem Wege zu räumen, müssen sich Genossen, die im Gemeindevorstand sitzen oder Gemeindevertreter sind, zur Kontrolle zur Verfügung stellen. Genossen, die erwerbslos sind, können am Tage, die anderen nach Feierabend sich bereitstellen. Auf diese Weise können sie auch unbeholfenen Personen Rat über den Vorgang der Aktion des Volksbegehrens und Volksentscheids erteilen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260305-11/fragment/page=0011

Eine kleine Betriebszelle auf Landagitation

Ein Genosse schreibt uns:

Der Parole der Partei gemäß machten wir uns am Sonntag, dem 28. Februar, auf zum roten Landsturm, und zwar begaben wir uns in die Gegend von Döllnitz und Lochau. Wir waren keine geschlossene Kolonne, sondern nur fünf Mann von der Betriebszelle Ammendorfer Papierfabrik. Trotzdem waren wir mit dem Ergebnis unseres Ausmarsches sehr zufrieden. Ueberall da, wo wir tätig gewesen sind, hat der Gedanke des Bündnisses zwischen dem werktätigen Volk auf dem Lande und dem Stadtproletariat Wurzel geschlagen. Als äußeren Erfolg unseres Propagandazuges können wir an Literaturvertrieb buchen:

50 Stück „Arbeiter-Illustrierte",
50 Stück „Knüppel",
55 Broschüren: „Reiche Fürsten, arme Leute",
16 Zeitungen „Roter Land- und Forstarbeiter",
20 Broschüren der verschiedensten Sorten.

Neues vom Tage

Zwölf Jahre unschuldig im Zuchthaus

Das letzte Opfer des Massenmörders Denke

Glatz, 5. März.

Der Fleischer Eduard Trautmann aus Reichenau in Sachsen, der im Jahre 1911 vom Glatzer Schwurgericht wegen Mordes zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, wurde im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen, weil aus den Aufzeichnungen des Münsterberger Mörders Denke hervorging, daß der Trautmann zur Last gelegte Mord in Wirklichkeit von Denke begangen worden war.

Eßt keine italienischen Früchte!

Aber deutsche Prinzen schenken Italienern Güter

Die sozialdemokratische Presse meldet aus Rom, daß der deutsche Prinz von Schönburg-Waldenburg dem italienischen Oberfaschisten Mussolini angeboten habe, ein dem Prinzen in Südtirol gehörendes größeres Gut dem „Dichter" Gabriele d'Annunzio zu schenken.

Der Nationalismus der deutschen Prinzen geht seinen Wege. In Deutschland protestieren sie um jeden Zigeunerfetzen, dem Land- der „Unterdrückten Deutsch" (!) verbleiben Güter. Nationalistische Kleinbürger werden aufgefordert, keine italienische Waren zu meiden, aber die Prinzen . . . — Der kleine Prinz von Schönburg-Waldenburg auch schon — verfaulet nicht.

Goethe über den Ursprung des Fürsten-„Eigentums"

Lehrer: Bedenk, o Kind! Woher sind diese Gaben?
Du kannst nichts von Dir selber haben.
Kind: Ei! Alles hab' ich vom Papa.
Lehrer: Und der, woher hats der?
Kind: Vom Großpapa.
Lehrer: Nicht doch! Woher hats denn der Großpapa kommen?
Kind: Der hats genommen.

Radfahrer! Mäntel, Schläuche, Ersatzteile zu den bekannten billigen Preisen **Gummi-Bieder,** Große Steinstr.

Vogels Restaurant, Halle-Trotha
Sonnabend, den 6. März 1926:
Gr. Preis-Skaten
Anfang 4 und 7½ Uhr 829
Es ladet ein Wilhelm Vogel

JAH.
Sonnabend, den 6. März 1926, abds. 7½ Uhr, im „Flugplatz-Kasino" (Weber)
Gesellig. Beisammensein
der Ortsgruppe
Musik, Darbietungen, politische Vorträge
Eintritt 30 Pf. Ueberschuß f. Nähtube

Roßfleisch billiger!
Empfehle diese Woche: 839
Pa. fettes Fohlenfleisch Pfund 70 ₰
Pa. fett. Bratenfleisch Pfund 60 u. 50 ₰
Gehacktes . . . . Pfund 50 ₰
Rouladen . . . . Pfund 60 ₰
Pa. Salami Wintervare . . . . Pfund 90 ₰
sowie sämtl. andere **Wurstwaren**
Hermann Böhlert
Roßschlächterei
Glaucher Str. 75, Bärgasse 4
(am Obermarkt neben Hoefer)

Waschwannen Brühfässer Badewannen
Schöpfsätzchen das Stück mit 2.00 Mark
Prima Wäscheleinen, Nr. 10 Pf.
verkaufe, wie seit Jahren bekannt, gut und billig 825
Spezial-Geschäft
dauerhafter Waschgefäße
Schülershof 22, Eckhaus Marktpl.

! Gefrierfleisch !
Rochfleisch 70 Pf.
Bratenfleisch m. Knoch. 90 Pf.
Bratenfleisch ohne Knoch. u. Rouladen 1.10
per Pfund ist zu haben in la. Qualität bei folgenden Fleischermeistern:
R. Ackermann, Diakonissstr. 13
W. Ackermann, Leipzigstr. 29
Franz Becker, Merseburger Str. 65
Herm. Becker, Rudolf Hanstr. 11
Gustav Bognitz, Hardenbergstr. 2
Otto Brömme, Freimfelderstr. 14
O. Dönitz, An der Moritzkirche 2
Alfred Eckardt, auf d. Wochenmarkt
Edmund Fuchs, Beesener Str. 6
Adolf Grätz, Harz 36
Alfred Grötzner, Landwehrstr. 21
Rob. Hoffmann, Kl. Märchenstr. 27
Herm. Jamde, Delitzschstr. 7
Paul Kaiser, Gr. Brunnenstr. 7
R. Kutsch, Glaucharer Str. 34
Kurt Kümmel, Anhalter Str. 7
Karl Lauer, Röderberg 2 {527
Franz Leuteberg, Friedrichsplatz 5
Herm. Leubner, Jakobstr. 41
Herm. Liebig, Friedenstr. 29
Aug. Mangold, Merseburger Str. 105
Emil Marschall, Wörmlitzer Str. 105
Paul Müller, Wörmlitzer Str. 10
Otto Müller, Mansfeldstr. 15
Otto Nillius, Trotharer Str. 59
Max Reiche, Mühlgasse 7
Otto Renäcker, L.-Wächter-Str. 61
Emil Schammeit, Fritz-Reuter-Str. 1
Gust. Siedel, Streiberstr. 23
Hugo Tacke, Steinweg 39
Th. Teicher, Schleifweg 5 c
Selma Thümmer, Alter Markt 25
Karl Weber, Schmeerstr. 6

Modezeitungen empfehlen die Sortimentsbuchhandlung

W. F.-C. Union Weißenfels
Sonntag, den 7. März, nachm. 5 Uhr, im Gasthaus Lorbeer, Langendorf
Stromer-Abend
Hierzu ladet freundlichst ein
Der Vorstand
Für Stimmung ist gesorgt!

Flugplatz-Kasino, Bölkestraße
Sonnabend, 6. u. Sonntag, 7. März:
Ball
Klutz-Band-Orchester
Es ladet freundl. ein M. Weber
Sonnabend, den 13. und 20. März
Saal noch frei

Arb.-Radfahr.-Verein Theißen
Sonntag, 7. März 1926, abds. 6 Uhr:
BALL
Flotte Musik zur Stelle
Es laden freundlichst ein
Die Ortsgruppe Der Wirt

Große Auswahl in
ff. Kuchen u. Konditoreiwaren
Plankuchen mit ff. Füllung täglich frisch 40
Sonnabends:
Zweimal frisches Weißgebäck
Früh 9 Uhr: **Speckkuchen**
Max Schröder
Schweitzschestr., Ecke Lerchenfeldstr.

Blutfrische Seefische
empfiehlt 244
Max Günther, Rasberg
S. und Merseburg, Zeitz
Außerdem: Eine Ladung **Blumenkohl sehr billig**
Desgleichen verkaufe ich **spottbillige Apfelsinen.** Stand Goethei & Staudte
D. O.

Haushalt-Seifen:
Oranienburgerkern, Stück, à Kreg. 0,55
Oranienburgerkern, dunkel, ca. 2 Pfd. à Riegel 0,85, Oranienburgerkern, hell ca. 2 Pfd. à Riegel 1,05, Eisenkern, ca. 2 Pfd., à Riegel 1,10, Luxus 400-gr. Stück 0,38
Schmier-Seifen:
gekörnte Elain, hellgelb, à Pfd. 0,45 und 0,50, Alaoliter, schöne helle Ware à Pfd. 0,55 und 0,65
Seifenpulver:
Schwertil, à Pfd 0,35, Steinbach Schwan usw., Schneekönig, à Paf. 0,10 Seifenflocken, à Pfd. 0,30, Kartoffelmehl, à Pfd. 0,25, Kochstärke, à Pfd. 0,35, Reisstärke, à Pfd. 0,60, Borax à Pfd. 0,50
Waschbretter, Wäscheleinen per Meter von 7 Pf. an, sämtl. Bürstenwaren äußerst billig empfiehlt
Carl Hohnwalds Seifenhandlg.
Weißenfels, nur Klosterstr. 15

Bekanntmachung
Nachtrag
zur Ordnung über die Erhebung einer Hundesteuer in der Gemeinde Pieskerig

Auf Grund des Beschlusses der hiesigen Gemeindevertretung vom 22 Dez. 1925 wird hiermit gemäß §§ 16, 18 und 82 des Kommunalabgabengesetzes vom 24. Juli 1893 in der Fassung der Novelle vom 26. Aug. 1921 nachstehender Nachtrag zur Ordnung vom 4. Juni 1924 betr. die Erhebung einer Hundesteuer im Bezirk der Gemeinde Pieskerig erlassen

Der § 1, Absatz 1, erhält folgende Fassung:

Wer einen Hund hält, hat für denselben jährlich eine Steuer zu zahlen, welche sich beläuft:
für den ersten Hund auf 24 Mk.
für den zweiten Hund auf 75 Mk.
für den dritten Hund auf 150 Mk.

Als Stichtage gelten hierfür der 1. April und der 1. Oktober jeden Jahres. Die Steuer ist in halbjährlichen Raten und zwar in den ersten Tagen eines jeden halben Jahres an die Gemeindekasse zu entrichten

Gegenwärtige Aenderungen treten mit dem 1. Januar 1926 in Kraft. Die bezügl. Bestimmungen der Ordnung vom 24. Juni 1924 treten mit dem gleichen Tage außer Kraft

Pieskerig, den 26. Dezember 1925

Der Gemeindevorstand
gez. Kunz, Gemeindevorsteher — gez. Kaiser, Schöffe

Vorstehender Nachtrag zur Ordnung über die Erhebung einer Hundesteuer in der Gemeinde Pieskerig vom 28. Dezember 1925 wird genehmigt
Wittenberg, den 24. Februar 1926
Der Kreisausschuß
gez. v. Trebra

Veröffentlicht: 254
Pieskerig, den 2. Mär 1926
Der Gemeindevorsteher
Kunz

Emaillieren und Vernickeln von 17
Fahrrädern Ersatz- und Zubehörteile
in großer Auswahl
Max Schneider
Merseburg
Schmalestr. 19
Telephon 479

Prima 14
Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt
Hugo Hoffmann
Roßschlächterei
Weißenfels, Fischgasse 1

Weißenfels.
Prima fettes Fleisch
sowie
Rauchfleisch Zervelatwurst Blockwurst
und andere **Wurstsorten**
in bekannt. Güte empfehlen 15
Gebr. Keßler,
Inh.: Karl Keßler
Marienstr. 21

Hamburger Fischhalle
Zeitz, Brüderstr. 9
Täglich frisch Schellfisch, Kabeljau, Seeaal, Rotbarsch, Elbersteiner Gebirgsforellen, Fettheringe, 10 ₰ Sprotten, Kilo 55 ₰, Schott. Kalbfleischkringe Stück 10, 15, 15, 15 ₰, geräucherten Aal, Heringsmilch 4 Stück 8 ₰, Zitronen 1 Stück 6, 8 ₰
Täglich Eingang frischer u. geräuch.
Seefische
billigst 151
Harzkäse
(70 Stück Inhalt)
1,80
Hugo Schädel
93 Zeitz
Nahestraße

Frühjahrs-Angebote
zu enorm billigen Preisen

Konfektion
Schotten-Kleid reine Wolle, jugendliche Form, mit Gürtel und Tresse garniert 13,75
Jugendliches Kasak-Kleid mit Plüschrock und langem Aermel 16,75
Jugendlicher Mantel englischer Stoff, mit breitem Gürtel, zeitlicher Faltenlänge 11,50
Damen-Tuch-Mantel Glockenform, Aermel und Seite mit Tresse garniert 17,50

Kleiderstoffe
Kostümstoff ca. 140 cm breit, stapelgerechte Qualität . . Meter 3,50 2,95 — 2,75
Popeline reine Wolle, in den neuesten Farbstellungen . . . . Meter 3,50 — 2,65
Schotten für Kleider und Röcken, Riesenauswahl . . . Meter 2,95 1,95 — 1,45
Musseline reine Wolle, neueste Frühjahrsmuster . . . . Meter 3,50 2,95 — 2,50
Wasch-Seide satiert und gestreift, mod. Muster . . . . Meter 2,95 2,20 — 1,75

Herren-Artikel
Moderne Binder in gestreift und gemustert — 0,65
Normal-Hose gute haltbare Qualität — 1,65
Einsatz Hemd weiß, Trikot mit Perlstickereibrust, mod. Streifen . 2,45 2,20 — 1,95
Normal-Hemd mit Doppelbrust — 2,35

Alex **Michel**
Halle-Saale Am Markt

Auf Teilzahlung
liefern wir mit kleiner Anzahlung und bequemen Wochen- oder Monatsraten
Für Herren: Anzüge, Cutaways, Gummi-Mäntel, Leder-Jacken, Konfirmanden-Anzüge
Für Damen: Mäntel, Kostüme, Gummi-Mäntel, Kleider, Konfirmanden-Kleider
Ohne Anzahlung
erhalten unsere alten Kunden, welche ihr Konto beglichen haben, jede gewünschte Ware 819
Paul Sommer, Halle a. S., Leipziger Str. 14 I. u. II

Kleine Anzeigen
haben im Klassenkampf
Große Wirkung!

Wiener-Lichtspiele Pieskerig
Das Rielen-Doppelprogramm Freitag bis Montag
Der Film für alle mit Lya Mara dem Gesellschafts- und Sittenfilm der Zeit
Frauen, die man oft nicht versteht
7 Akte mit erstklassiger Besetzung
Regie: Friedrich Zelnik
Außerdem:
Sein größter Feind
6 Akte mit den beliebten Stars Amerikas Bert Lytell u. Milton Sills als Detektiv
Gewöhnliche Eintrittspreise mit Unkosten

Wir empfehlen:
Einen Posten **Schweinefleisch, Bauch, Keule** . . Pfund **1,20**
Schmer u. fettes Fleisch, Pfd. **1,20**
Prima argentinisches Ochsenfleisch zu bekannt billigsten Preisen
sowie **sämtliche Wurstwaren**
Karl Wahl & Sohn 255
Zeitz, Wasservorstadt 12

Roßschlächterei Karl Alsleben
Reilstraße 30
empfiehlt ständig prima
Roßfleisch u. frisch. Gehacktes
à Pfund 50 Pf.
sowie alle Wurstwaren zu billigen Preisen

Morgen, ein großer Posten
Bohnen u. Pflaumen
Ia. billigen Blumenkohl
Ida Zscheeg, Zeitz
Wasserberg 14 252
Marktstand am Brunnen

Hermann Quandt Konditorei Zeitz
verkauft Freitag und Sonnabend
billig, junge fette Hühner
Fleisch . . . . . 80 ₰
Rouladen . . . . . 60 ₰
Gehacktes . . . . . 60 ₰
Ausgelassenen Schmalz . . . .
634

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260305-11/fragment/page=0012